

Projekt Aussiedler Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort  
(2003 - 2006)

# - PASSpORT -

der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen  
des Diakonischen Werkes Waldeck-Frankenberg

Erfahrungen und Konsequenzen  
aus der Arbeit  
mit Aussiedlern

Dipl. Soz. Päd. Olga Dil  
unter Mitarbeit von  
Dipl. Päd. Klaus Fieseler

Zweckverband  
DIAKONISCHES WERK

Waldeck-Frankenberg



**Projekt Aussiedler Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort (2003 – 2006)**

**- PASSpOrt -**

**der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen  
des Diakonischen Werkes Waldeck – Frankenberg**

**Erfahrungen und Konsequenzen  
aus der Arbeit  
mit Aussiedlern**

**Dipl.Soz.Päd. Olga Dil  
unter Mitarbeit von Dipl.Päd. Klaus Fieseler**

**Korbach, März 2007**

**Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg, Prof.-Bier-Str. 2a,  
34497 Korbach, Tel. 05631-60330  
[www.dwwf.de](http://www.dwwf.de) – e-mail: [info@dwwf.de](mailto:info@dwwf.de)**

## Vorwort



Das Projekt PASSpOrt ( Projekt Aussiedler Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort) ist aus der Arbeit der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen im Zweckverband Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg entstanden. Es entstand aus der Notwendigkeit Angebote der Suchthilfe und der Suchtprävention für die Zielgruppe der Aussiedler speziell zugeschnitten bereit zu stellen.

Dank der guten konzeptionellen Arbeit und Begleitung von Klaus Fieseler fand das Projekt die Zustimmung der Verantwortlichen in der Evangelischen Kirche und der Stadt Korbach. Mit Unterstützung der Bundestagsabgeordneten Alfred Hartenbach und Matthias Berninger konnte 2003 eine Förderung des Projektes durch das Bundesministerium des Inneren erreicht werden.

Vom 1.11.2003 bis zum 31.10.2006 war Dipl.-Sozialpädagogin Olga Dil in dem Projekt tätig. Sie ist als Aussiedlerin von Kasachstan nach Deutschland gekommen, hat hier die Reifeprüfung nachgeholt und ein Hochschulstudium abgeschlossen. Das Thema Integration war und ist für sie ein ganz persönliches. Zugleich war sie in der Lage, dem Projekt die notwendige Professionalität zu geben.

Mit Hilfe des Projektes PASSpOrt wurden Zugangsschwellen zum regionalen Suchthilfesystem abgesenkt, die interkulturelle Kompetenz in der örtlichen Suchthilfe wurde gefördert und in der Zielgruppe der Aussiedler erfolgte eine breit angelegte Präventions- und Informationsarbeit. Zu den Effekten des Projektes gehört, dass zum einen bei der Zielgruppe der Aussiedler vorhandene Hindernisse zur Anbindung an die örtliche ambulante Suchthilfe abgebaut wurden und dass die Kompetenzen im professionellen Umgang mit der Zielgruppe gesteigert wurden.

Die Ergebnisse in dem Projekt haben schließlich das Hessische Sozialministerium dazu veranlasst, einen Zeitraum von zwei Monaten zu fördern, in dem Olga Dil die Erfahrungen aus ihrer Arbeit in einem Handbuch reflektieren und aufschreiben konnte. Die Lernprozesse, die sich aus dem Projekt ergeben haben, sollen so fruchtbar gemacht werden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfeeinrichtungen ebenso wie für in der Integrationsarbeit engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Ich danke der Stadt Korbach, insbesondere Herrn Heinz-Willi Müller, dem Bundesministerium des Inneren, dem Hessischen Sozialministerium, dem Diakonischen Werk Kurhessen-Waldeck, insbesondere Frau Elsbeth Wettlaufer, dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Diakonischen Werkes Waldeck-Frankenberg und dem Kirchenkreisamt Waldeck-Frankenberg, insbesondere Herrn Udo Geissler, für die Unterstützung des Projektes und die gute Zusammenarbeit.

Mein besonderer Dank gilt Olga Dil. In der Zusammenarbeit mit ihr habe ich viel gelernt über das Schicksal und den Weg der Deutschen nach Russland und zurück. Ich wünsche ihr Gottes Segen für den weiteren persönlichen und beruflichen Weg. Dem Zusammenwachsen der Menschen in Korbach wünsche ich einen guten und fruchtbaren Verlauf.

Korbach, im März 2007



Bernd Böttner  
Dekan

## **Vorwort des Bürgermeisters**



Migration stellt für Deutschland nicht nur eine allgemeine Herausforderung in gesellschaftlicher und rechtlicher Hinsicht dar. Der Umgang mit Zuwanderung und Ausländern in Deutschland ist stark emotional besetzt, wie sich nicht nur an der Problematik des Umgangs mit der rechtlichen Regelung der Zuwanderung und Integration zeigt. Auch aktuelle und gesellschaftliche Themen zeigen das Problem des Umgangs mit gesellschaftlichen Minderheiten, die Gewährleistungen sozialer Chancengleichheiten und Gerechtigkeit sowie die Problematik der Integration von Ausländern und Aussiedlern.

Der Präventionsrat der Stadt Korbach ist bereits in den vergangenen Jahren intensiv auf die Integration von Migranten eingegangen. Durch die Beschäftigung eines Streetworkers wurde versucht, das Konfliktpotential zu entschärfen, Hilfestellung bei der Integration zu geben und den Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zur Seite zu stehen.

Obwohl sich bei der Integration gerade von jugendlichen Aussiedlern in Korbach durchaus positive Tendenzen abzeichneten, wurden weitere Probleme immer deutlicher:

- Erwachsene Männer mit erheblichen Alkoholproblemen
- Jugendliche und junge Erwachsene mit Drogenabhängigkeit sowie in diesem Zusammenhang Rat suchende Eltern und Angehörige

Aus diesem Grund verfestigte sich die Notwendigkeit, eine Konzeption für ein angemessenes Hilfsangebot zu entwickeln. Zusammen mit der Beratungsstelle für Suchtkranke des Diakonischen Werkes Waldeck-Frankenberg und der Stadt Korbach entstand das mit Bundesmitteln geförderte Pilotprojekt PASSpOrt (**P**rojekt **A**ussiedler, **S**uchthilfe und **S**uchtprävention vor **O**rt).

Heute möchten wir Ihnen einen Überblick über die umfangreiche und intensive Arbeit dieses Projektes vorstellen. An dieser Stelle danke ich besonders der Dipl.-Sozialpädagogin, Frau Olga Dil, die das Projekt drei Jahre mit Leben erfüllt und engagiert die gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge aufgearbeitet hat. Der Erfolg dieser Arbeit zeigt, dass sie dringend weitergeführt werden muss. Ein Förderantrag wurde daher beim Land Hessen gestellt.

Des Weiteren danke ich dem Diakonischen Werk Waldeck-Frankenberg als Träger der Maßnahme für die gute Zusammenarbeit sowie allen Beteiligten für Ihren Einsatz. Langfristig gesehen wird sich die Integrationsarbeit als einer der wichtigsten Bausteine der Prävention in Korbach erweisen. Hierbei ist es erforderlich, dass alle Seiten aufeinander zugehen – in einem lebendigen, liebens- und lebenswerten Korbach.

Korbach, im März 2007



Klaus Friedrich  
Bürgermeister

**Vorworte**

**Einleitung**

**Teil 1**

**Theoretische Grundlagen**

**1.1 Sucht – Migration – Risikofaktoren**

**1.2 Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion – Aussiedler,  
Kontingentflüchtlinge...**

**1.3 Geschichte der Deutschen im (zaristischen) Russland bzw. der ehemaligen  
Sowjetunion und die Auswirkungen für ihr aktuelles Migrationsverhalten**

- a) Geschichte der Russlanddeutschen bis zum Beginn  
des 1. Weltkrieges
- b) Geschichte der Russlanddeutschen bis zur Auflösung der  
Sowjetunion (1989-1991)
- c) Geschichte und Situation der Deutschen in den Nachfolgestaaten der  
ehemaligen Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt der  
Migrationsmotive
- d) Migrationsmotive, Erwartungen und zunehmende rechtliche Hürden

**1.4 Kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge bzw. Hintergründe  
hinsichtlich der Suchtproblematik der Aussiedler**

- a) Warum trinken Russen Wodka?
- b) Kurze Historie des Trinkverhaltens der Russlanddeutschen
- c) Woher kam bei den jungen Russlanddeutschen der Trend zum  
Heroin?
- d) Geschichtliche Perspektive in der Suchtproblematik der jungen  
Aussiedler

### **1.5 Herkunft: Familie, Sozialisation und Kultur**

- a) Erziehung im Kindergarten
- b) Erziehung in der Grundschule
- c) Erziehung in der Mittelschule
- d) Deutsche Sprache und Image des Deutschtums in der sowjetischen Erziehung
- e) Religion im sowjetischen Erziehungssystem
- f) Vermittelte Werte und Stellung der Lehrer
- g) Eltern
- h) Respekt vor dem Alter
- i) Verhalten und Einstellung der Jugend – Vorstellungen der Aussiedlereltern
- j) Konfliktlösungen
- k) Einstellung zu Materialismus und Konsumgesellschaft
- l) Gemeinschaftssinn bei Aussiedlern
- m) Die Zeit vor der Ausreise und die Ankunft in Deutschland

### **1.6 Zugangsschwellen**

- a) Allgemeine Barrieren zwischen Migranten und den deutschen Institutionen, wozu auch das Suchthilfesystem zählt
- b) Welche Barrieren bestehen auf Seiten der Migranten?
- c) Welche Barrieren bestehen auf Seiten der Institutionen; insbesondere im Sozial- und Suchthilfesystem?
- d) Wie in Institutionen Barrieren gegenüber von Aussiedlern entstehen können

### **1.7 Hilfekonzepete aus den Herkunftsländern**

## **Teil 2**

### **Erfahrungen aus der Praxis**

#### **2.1 Suchthilfe und Aussiedler - Herausforderungen und Chancen**

- a) Wesentliche Merkmale der Aussiedler-Drogenszene
- b) Erfahrungen des deutschen Suchthilfesystems im Umgang mit Aussiedlern
- c) Neue Bewertungen, Wandel der Anforderungen und Nachfrage

#### **2.2 Entwicklung in Korbach - Projekt Aussiedler Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort (PASSpOrt)**

- a) Situation im Suchthilfebereich in den 90er-Jahren
- b) Suche nach Lösungswegen
- c) Beschreibung der Arbeitsfelder nach dem ursprünglichen Konzept
  - 1) Primärprävention
  - 2) Sekundärprävention
  - 3) Tertiärprävention
  - 4) Vernetzung

#### **2.3 Erfahrungen aus der Präventionsarbeit**

- a) (Erste) Erfahrungen in der Primärprävention
- b) Einige Ratschläge hin zu einer funktionierenden gemeinwesen-orientierten Projektarbeit
- c) Erfahrungen in der Sekundärprävention

#### **2.4 Erfahrungen aus der Arbeit mit den suchtkranken Aussiedler-Klienten der Beratungsstelle (Tertiärprävention)**

- a) Junge (20 bis 30-jährige) Heroinabhängige
- b) Cannabis – Kein Grund zur Aufregung?
- c) Die integrierten Außenseiter (Techno und Rave)

- d) Importierte Sucht
- e) Erfahrungen mit den Familienangehörigen der jungen Suchtkranken
- f) Alkohol – auch hier Droge Nr. 1

## **2.5 Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Institutionen und Kooperationspartnern**

## **2.6 Die Öffentlichkeitsarbeit im Projekt PASSpOrt**

## **2.7 Zusammenarbeit zur Projektbeantragung, Berichtspflichten, Leistungsnachweise**

## **2.8 Lernprozesse in der Beratungsstelle**

## **Nachwort**

## Einleitung

Seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wurden Wirtschaft, Gesellschaft und Bevölkerung Deutschlands – wie in kaum einem anderen Industrieland der Welt - durch grenzüberschreitende Massenbewegungen geprägt. Dies erklärt das Interesse am Phänomen „Migration“ im wissenschaftlichen Sinne weit über Fachkreise hinaus. Es erklärt auch im Zusammenhang mit der überaus starken Zunahme von Zuwanderern seit 1989 das Drängen auf Problemlösungen und Konzepten sowohl auf der wirtschaftspolitischen Ebene, als auch in allen Bereichen, die von der Eingliederung der Zuwanderer in die (bundes-)deutsche Gesellschaft berührt werden.<sup>1</sup>

Wissenschaftliche Überlegungen zu dieser Problematik haben in ihren gedanklichen Grundsätzen ihre jeweils fundierte Berechtigung, doch für die Praktiker in ihrem Arbeitsalltag können sie oft keine Handlungsanleitungen für ihre praktische Umsetzung bzw. Anwendung anbieten. Diese Überlegungen haben oft wenig praktischen Bezug und basieren nicht auf der Grundlage der Alltagspraxis sozialer niedrigschwelliger Arbeit.

Die vorliegende Dokumentation ist ein Zwischenergebnis sowohl aus der praktischen als auch theoretischen Auseinandersetzung im Rahmen des Projektes Passport mit der Aussiedler-, Migrations- und Integrationsthematik. Mindestens seit fünfzehn Jahren wird mit stets zunehmender Einsicht auf allen Ebenen der Gesellschaft die Notwendigkeit zugestanden, sich mit Migration und Integration in diesem Land intensiv beschäftigen zu müssen.

So zeigte sich diese Notwendigkeit auch in Korbach in der ambulanten Suchtberatung und bei vielen Institutionen, die in ihrer Arbeit auf verschiedene Weise mit Suchtproblemen bei Aussiedlern konfrontiert waren. Daraus entstand 2003 das „**Projekt Aussiedler-Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort**“ – PASSPORT in der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen des Diakonischen Werkes Waldeck-Frankenberg.

In der vorliegenden Dokumentation stehen die Integrationsleistungen der Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion im Zielland Deutschland mit dem Fokus auf der Drogenproblematik im Mittelpunkt. Dabei soll besondere Aufmerksamkeit auf die schon im Herkunftsgebiet begründeten Ursachen, die den Integrationsverlauf mit

---

<sup>1</sup> Bade/Troen, S. 11.

seinen Erfolgen und seinem Scheitern hier in spezifischer Weise beeinflussen, gerichtet werden.

Da dieses Material überwiegend für Fachkreise und die vor Ort Tätigen gedacht ist, möchten wir uns nicht ausführlich in fachliche Grundbegrifflichkeiten der Suchthilfe vertiefen. Auch die wissenschaftliche Erforschung von „Migration“ kann der Leser sich mit Hilfe wissenschaftlicher Fachliteratur leicht erschließen. Nicht verzichtet wird darauf, die geschichtlichen Umstände und Ursachen der Migration von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland darzustellen; insbesondere in dieser Hinsicht – so auch die Erfahrungen des Projektes - besteht ein großes Informationsdefizit bis weit in hauptberuflich mit Migranten beschäftigte Kreise hinein. Dabei ist es in der sozialpädagogischen Arbeit von großer Bedeutung, die Hintergründe der Migration zu kennen, da nur so ein Verstehen und das Entwickeln von Verständnis in der Arbeit mit diesen Menschen möglich ist.

Der erste Teil der Dokumentation ist deshalb den theoretischen Grundlagen gewidmet. Der zweite Teil, in dem die Erfahrungen aus der Praxis dargestellt werden, baut darauf auf.

# Teil 1

## Theoretische Grundlagen

### 1.1 Sucht und Migration, Risikofaktoren bei jugendlichen Aussiedlern

Oft wird die Frage gestellt, warum gerade jugendliche Aussiedler so häufig von Drogenabhängigkeit betroffen sind. Zur Beantwortung dieser Frage können Befunde aus der Entwicklungspsychologie und der Migrationsforschung hilfreich sein.

Aus der weltweiten Migrationsforschung ist bekannt, dass Migration mit einer Lebenskrise verbunden ist: „Die Migration stellt eine Veränderung von solchem Ausmaß dar, dass die Identität nicht nur hervorgehoben, sondern auch gefährdet wird. Der massive Verlust erfasst die bedeutsamsten Objekte: Menschen, Dinge, Orte, Sprache, Kultur, Gebräuche, Klima, manchmal den Beruf, gesellschaftliche bzw. ökonomische Stellung usw.. An jedem dieser Objekte haften Erinnerungen und intensive Gefühle. Mit dem Verlust dieser Objekte sind die Beziehungen zu ihnen und manche Anteile des Selbst ebenfalls vom Verlust bedroht.“ (Greenberg u. Greenberg, Psychoanalyse der Migration und des Exils, 1990.)

Typische Verläufe der psychischen Befindlichkeit bei Migration zeigen ein Auf und Ab, wobei nach einer Phase der Euphorie direkt nach der Migration eine Phase der Dekompensation kommt, bevor eine Form des Zurechtfindens in der neuen Umgebung gefunden wird. Dabei zeigen die Forschungsergebnisse auch, dass die Mehrheit der Zuwanderer, die die mit der Migration verbundene Lebenskrise bewältigt, sich die neue Welt aneignet, sich im Einwanderungsland zurecht findet und die Spielregeln kennen lernt.

Entwicklungspsychologisch kann Pubertät ebenfalls als Lebenskrise betrachtet werden: In keiner anderen Lebensphase sind Menschen einer so schnellen und so umfassenden körperlichen, geistigen und psychischen Veränderung unterworfen; es bestehen hohe Anforderungen an die Anpassungsleistungen. Jugendliche stehen dabei einer Vielzahl an Entwicklungsaufgaben gegenüber, "die das ganze Spektrum von körperlichen, physiologischen, psychologischen und sozial-kulturellen Kapazitäten des Individuums herausfordert und nach ständigen aktiven Anpassungsleistungen verlangt" (Hurrelmann, 1991). Die Belastungen dabei sind in den letzten Jahrzehnten im Zuge zunehmender Individualisierung deutlich gestiegen:

Ungesicherte Beziehungen innerhalb der Familie (hohe Scheidungsraten), veränderte Lebens- und Berufsperspektiven der Eltern auf Kosten der physischen, psychischen und sozialen Pflege der Kinder und hohe Leistungsanforderungen in der Schule, die eine große Belastung für die Jugendlichen darstellen (Hurrelmann et al., 1989; Hurrelmann, 1989). Weitere Risikofaktoren sind laut Hurrelmann die übergroßen Freiheiten zur Entwicklung eines eigenen Lebensstils, die Jugendliche oft überfordern und nicht zuletzt die zunehmenden Umweltprobleme, die eine beängstigende Zukunftsperspektive liefern. Fallen nun für den Jugendlichen mehrere Belastungskonstellationen zusammen, dann kann er je nach persönlicher Disposition und dem Grad der sozialen Unterstützung diese entweder auf seine Art bewältigen oder er ist physisch und psychisch überfordert und es kann zu Störungen im psychosozialen und psychosomatischen Bereich sowie auch zu Suchtverhalten kommen.

Suchtmittelmissbrauch als Kompensationsmethode bei Lebenskrisen ist ein hinreichend bekanntes Phänomen. Es tritt oft auch bei Verlusten durch Krankheit, Trennung und Tod auf. Durch das Zusammentreffen von zwei Lebenskrisen mit teilweise Verlust von Identität und des Gefühls von Ganzheit steigt das Risiko, dass die Betroffenen sich durch Suchtmittelkonsum zeitweise eine Illusion von Identität, Ganzheit und Wohlbefinden verschaffen. Viele Jugendliche und junge Erwachsene begannen in dieser Phase mit Heroinkonsum. Hier ist zum einen die hohe Suchtpotenz der Droge ein Risikofaktor, zum anderen ihre spezifische Wirkung. Diese besteht darin, dass die Betroffenen sich unter Drogeneinfluss als selbstsicher, leistungsfähig, stark, emotional unverletzlich, cool und von den Einflüssen und Bewertungen von außen unbeeindruckt erleben. Sie erleben dadurch zeitweise ein Gefühl der Ganzheit und des mit sich selbst im Einklang stehen. Unter Heroineinfluss tritt die Befindlichkeit eines wenig selbstbewussten, erfolglosen und nicht wertgeschätzten Jugendlichen, der sich gleichwohl an hohen Männlichkeitsidealen orientiert, in den Hintergrund; stattdessen hat er für kurze Zeit Befindlichkeit und Lebensgefühl des Marlboro-Mannes erworben. Diese spezifische Drogenwirkung trifft sozusagen genau die Bedürfnislage der Risikogruppe.

## 1.2 Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion – Aussiedler, Kontingentflüchtlinge...

Nach der Ankündigung und Umsetzung von Perestroika und Glasnost durch M. Gorbatschow ab 1985 gab es für viele Menschen nur noch einen Wunsch: Raus aus dem einstmals gelobten Staat. Der Wunsch ließ sich bei Vorliegen unterschiedlicher Voraussetzungen erfüllen. Viele jener, die solche Voraussetzungen erfüllten und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion verlassen konnten, sind nun im Westen, davon viele im wiedervereinigten Deutschland. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie sich hier eine bessere, sichere Zukunft erhoffen und sie verschiedenen, meist mit ihrer Religion oder Nationalität verbundenen Belastungen in der ehemaligen Sowjetunion entgehen wollen.

Die überaus meisten von ihnen haben dieselbe Muttersprache – Russisch. Sie alle wurden von der sowjetischen (meist russischen) Sozialisation in einem im weitesten Sinne totalitären Gesellschaftszusammenhang und auch vom Sozialismus stark geprägt. Sie schimpfen, sie kritisieren und verurteilen, da sie dort enttäuscht wurden; dennoch haben viele in mancherlei Hinsicht noch immer, wenn auch oftmals unbewusst, Sehnsucht nach Aspekten des Sozialismus und insbesondere nach der von ihnen gelebten Kultur und Lebensart in den Herkunftsgebieten, wobei im Herkunftsgebiet mitgeprägte Mentalitäten und Verhaltensdispositionen zum Teil erhebliche Eingliederungsprobleme in Deutschland begründen.

Das Zielland der Deutschstämmigen und ihrer Familienangehörigen, wenn sie das Staatsgebiet der ehemaligen Sowjetunion verließen, war praktisch ausnahmslos Deutschland. Jüdische Migranten und ihre Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion wurden und werden jedoch neben Deutschland auch in großer Zahl von Israel (bis Oktober 1995: etwa 750.000 Personen) und den USA (bis Oktober 1995: etwa 150.000) aufgenommen.<sup>2</sup>

Die (russlanddeutschen) Aussiedler haben in Deutschland einen privilegierten Status; sie werden mit ihrer Anerkennung nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als Deutsche gemäß Artikel 116 I Grundgesetz durch die Einreise nach Deutschland deutsche Staatsbürger mit allen Rechten (z.B. Wahlrecht) und Pflichten (z.B. Militärdienst).<sup>3</sup> Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG), das am 01.01.1993 in Kraft trat, wurde festgelegt, dass nur noch für Deutschstämmige in der

---

<sup>2</sup> Hess/Kranz, S. 53; Schoeps/Jasper/Vogt, Russische Juden in Deutschland, S. 7.

<sup>3</sup> Wendt - Marek Fuchs, S. 19; Ingenhorst, S. 8; Kornischka, S. 2.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) die generelle Annahme gilt, dass das für eine Einbürgerung als Voraussetzung notwendige Kriegsfolgenschicksal (staatliche Diskriminierung in Verbindung mit dem „Deutschsein“ und die Folgen der Vertreibungen des Zweiten Weltkrieges) weiterhin vorliegen; zudem wurde der neue Rechtsstatus des Spätaussiedlers<sup>4</sup> für diejenigen eingeführt, die ab 1993 einen Aufnahmebescheid erhielten und aussiedelten, wobei das BVFG (Bundesvertriebenenfolgegesetz) ganz allmählich dadurch ausläuft, dass nach dem 31.12.92 geborene Personen nicht mehr einen Spätaussiedlerstatus in eigener Person begründen können.<sup>5</sup>

Aussiedler zeichnen sich zunächst durch Probleme des Zurechtfindens in dem völlig ungewohnten politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik, zu viele Erwartungen an den Staat (Wohnraumzuteilung, Arbeitsplatzsuche), die generelle Erwartung von Privilegien als Deutsche und häufig wenig Eigeninitiative aus.<sup>6</sup> Diese Privilegien schienen wohlbegründet; so wurde eine große bundesweite Kampagne ab Herbst 1989 mit dem als „Spaltformel“ wirkenden Motto „Aussiedler sind keine Ausländer“ beworben.<sup>7</sup> Daraus resultierte ein im Vergleich zu Ausländern höherer Anpassungsdruck hin zu den Einheimischen. Assimilation im Sinne einer bedingungslosen Anpassung wurde von diesen wiederum weitgehend verlangt.<sup>8</sup> Der Glaube der Aussiedler, eine deutsche Kultur zu besitzen, wurde schnell fraglich, da deren Ausprägungen meilenweit von der aktuellen Mentalität der Einheimischen entfernt war.<sup>9</sup> Dieses Idealisieren des Deutschtums musste zwangsweise zu herben Enttäuschungen führen, da eine konsumorientierte, scheinbar atheistische Gesellschaft, soziale Probleme, Kriminalität, Auflösung von Milieus und anderer Gemeinschaften zugunsten einer wachsenden Individualisierung, das Verschieben

---

<sup>4</sup> Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff „Aussiedler“ verwendet, der insofern auch die Spätaussiedler einschließen soll. Nur dort, wo es der Verfasserin inhaltlich auf die Unterscheidung ankommt, findet der Begriff „Spätaussiedler“ Verwendung. Zudem sollen vom Begriff „Aussiedler“ auch diejenigen Zuwanderer erfasst sein, die im Wege der Familienzusammenführung mit nach Deutschland einreisen, ohne in eigener Person die Voraussetzungen der Anerkennung als Aussiedler zu erfüllen. Nicht vom Aussiedlerbegriff umfasst sein sollen im Rahmen dieser Arbeit, da sie nicht Zielgruppe des Projektes waren, Aussiedler mit anderem Herkunftshintergrund (Polen, Rumänien usw.), die ebenfalls (Spät-) Aussiedler sind, es sei denn, es wird ausdrücklich auf sie Bezug genommen. Insbesondere im Zusammenhang mit den Herkunftsgebieten wird der gebräuchliche Oberbegriff „Russlanddeutsche“ gewählt.

<sup>5</sup> Ingenhorst, S. 102-103; Angenendt - Hartmut Gassner, S. 131; übersichtliche und aktuelle Darstellung der Rechtsgrundlagen: BMI, Zuwanderungsrecht und –politik, S. 70 – 75.

<sup>6</sup> Gugel, S. 114.

<sup>7</sup> Bade, Ausländer, Aussiedler, Asyl, S. 100 und S. 170.

<sup>8</sup> Kunschner, S. 20.

<sup>9</sup> Kunschner, S. 71.

von nationalen zu liberal-republikanischen Idealen, Veränderungen in Familienstrukturen und Beziehungen Phänomene sind, die von Aussiedlern keinesfalls erwartet wurden, was durch Sprach- und Akzeptanzprobleme noch gesteigert wurde.<sup>10</sup> Die Folgen waren Enttäuschung, Orientierungslosigkeit und teilweise Resignation.<sup>11</sup> Gerade ihre größte Erwartung, als Deutsche unter Deutschen leben zu können, wurde enttäuscht, weil sie als Deutsche nur sporadisch anerkannt wurden.<sup>12</sup> Auch erfuhren sie – trotz oft vorhandener Verwandtschaft und Freunde - keine sie befriedigende Aufnahme in die Gemeinschaft einer ethnischen Minderheit wie Ausländer, da sie selbst einen anderen Integrationszielpunkt haben.<sup>13</sup> Dennoch suchen die jugendlichen Aussiedler, die oft im Herkunftsgebiet bereits assimiliert waren, bei gleichermaßen Betroffenen nach einer (neuen) Identität, Selbstbestätigung und Perspektiven, so dass diese „Landsleute“ als einzige Akzeptanz bieten; dabei tritt nicht selten eine Überhöhung des (besseren) „Deutschtums“ auf und Ausländer werden sozial unterhalb des eigenen Ranges eingeordnet<sup>14</sup>. All dies hat zudem herkunfts-spezifische Gründe: Die Deutschen lebten, unter hohem Assimilationsdruck bereits ab dem Kindergartenalter, da das Etikett „Deutscher“ gleichbedeutend mit Faschist war, zumeist als kleine Gruppe zwischen den Russen und Angehörigen meist asiatischer Völker.<sup>15</sup> Von den bei der Herausbildung neuer Staaten aufbrechenden Konflikten blieben insbesondere Aussiedler aus Kasachstan, wo die Bewohner den Türken hier in Sprache und Aussehen gleichen, und Usbekistan nicht verschont.<sup>16</sup> Von der Gesamtzahl der Aussiedler aus der UdSSR kommen deutlich mehr als die Hälfte aus asiatisch-muslimischen Republiken, wo nunmehr seit Jahren Angehörige der Titularnationen die Macht in Politik und Verwaltung innehaben, welche vormals unterdrückte Sprachen als Schul- und Amtssprachen einführten und sich der Ressourcen der Länder bemächtigten.<sup>17</sup> Von den Diskriminierungen sind alle Europäer (Russen, Polen, Ukrainer, Deutsche) betroffen, welche zuvor das Land politisch und wirtschaftlich leiteten.<sup>18</sup> In der Sowjetunion bildeten ethnische Zuschreibungen (dort: nationale Definitionen) die Voraussetzung für staatlicherseits legitimierte Feindbilder

---

<sup>10</sup> Kunschner, S. 55.

<sup>11</sup> Kunschner, S. 55 und S. 80-81.

<sup>12</sup> Kunschner, S. 87.

<sup>13</sup> Kunschner, S. 99.

<sup>14</sup> Kunschner, S. 109.

<sup>15</sup> Kotzian, S. 109.

<sup>16</sup> Strobl/Kühnel, S. 17.

<sup>17</sup> Strobl/Kühnel, S. 25, 81, 83.

<sup>18</sup> Vgl. Strobl/Kühnel, S. 25, 81, 83.

und Ausgrenzungen.<sup>19</sup> Um zu beschreiben, wie zu Sowjetzeiten die asiatischen Völker, „denen man die Kultur und Schriftsprache brachte“, selbst diskriminiert wurden, führe ich einen – mangels Literatur - jedem „Europäer“ aus UdSSR-Zentralasien bekannten (auch den Aussiedlerjugendlichen hier) oft zitierten Spruch an: „ Wir haben den Kasachen beigebracht, im Stehen zu pinkeln.“ Diese Einstellung wird von den früher selbst unterdrückten Aussiedlern, nun – unsicher aber mit Staatsbürgerschaft - nicht selten den Ausländern entgegengebracht, die man hier in dieser Zahl nie erwartet hätte. Gehorsam und Respekt vor Eltern und Älteren ist primäres Erziehungsziel in Aussiedlerfamilien,<sup>20</sup> wo eine binnenfamiliär autoritär-konservativ geprägte Erziehung zu Identitätsproblemen und erhöhter Aggressivität der Jugendlichen, die faktisch wie Ausländer zwischen zwei Welten wechseln, beiträgt.<sup>21</sup> So wird ihnen von älteren Aussiedlern bei übermäßigem Trinken, Drogenmissbrauch oder Kriminalität das Deutschsein abgesprochen und abwertend vorgeworfen, sich wie „Russen“(!) zu benehmen.<sup>22</sup>

Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden im Rahmen von humanitären Hilfsmaßnahmen ohne besonderes Anerkennungsverfahren durch eine Übernahmemeerkklärung der Bundesregierung vom 05.12.1990 (unter Einschluss von etwa 8.500 Personen, die vor deren Inkrafttreten ab dem 15.02.91 eingereist waren) als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention als so genannte Kontingent-Flüchtlinge, was die Aufnahme einer bestimmten, bis heute nicht fixierten Zahl von Personen (Kontingent) meint,<sup>23</sup> aufgenommen.<sup>24</sup> Diese Übernahmemeerkklärung bezieht sich auf die Zusage der letzten Regierung der DDR (wo im Sommer 1990 vor der Wiedervereinigung die Jüdischen Gemeinden nur 381 Mitglieder zählten<sup>25</sup>) von 1990, die Ansiedlung von Juden aus der Sowjetunion zuzulassen, um in der DDR die jüdische Gemeinde zu stärken; die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen werden vom wiedervereinigten Deutschland weiterhin eingehalten.<sup>26</sup>

---

<sup>19</sup> Strobl/Kühnel, S. 27.

<sup>20</sup> Boll, S. 57.

<sup>21</sup> Boll, S. 62 und S. 69.

<sup>22</sup> Boll, S. 325.

<sup>23</sup> Menora - Pavel Polian, S. 46.

<sup>24</sup> Vgl. Hess/Kranz, S. 57-58; Beger, S. 31; Schoeps/Jasper/Vogt, Ein neues Judentum in Deutschland?, S. 28. Der Begriff „Kontingentflüchtling“ soll im Rahmen dieser Arbeit nur insoweit Verwendung finden, als es inhaltlich zwingend erscheint; sonst werden die Oberbegriffe „Juden aus (in) der ehemaligen Sowjetunion/ aus (in) Rußland“ bzw. „jüdische Zuwanderer“ für diese Gruppe gewählt, wobei zumeist auch diejenigen –meist Familienangehörige- mitefasst sein sollen, die nicht jüdischen Glaubens sind.

<sup>25</sup> Vgl. Schulz, S. 11.

<sup>26</sup> Münz/Seifert/Ulrich, S. 49.

Ähnlich wie bei Aussiedlern aus der GUS wird bei Juden aus der ehemaligen Sowjetunion der Nachweis einer individuellen Verfolgung nicht gefordert,<sup>27</sup> da die generelle Annahme gilt, dass sie im Herkunftsgebiet Diskriminierung erfahren. Dabei erhalten sie den gleichen Rechtsstatus wie Asylberechtigte, was eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, sozial- und arbeitsrechtliche Gleichstellung mit Deutschen sowie außerdem Sprachförderung und andere Integrationshilfen bedeutet.<sup>28</sup> Wenn sich auch Flüchtlinge von Emigranten begrifflich darin unterscheiden, dass Flüchtlinge ihren Aufenthalt als vorübergehend betrachten,<sup>29</sup> so ist bezogen auf die Gruppe der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion diese Bezeichnung insofern irreführend, dass sie nach ihren Vorstellungen zumindest ihr Herkunftsland meist für immer verlassen und weit überwiegend zumeist in Deutschland bleiben wollen und werden.<sup>30</sup>

Beide Gruppen sind somit – wenn dies auch noch stärker für Aussiedler gilt - gegenüber weiteren Gruppen von Zuwanderern (Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylbewerbern und Asylberechtigten, ausländischen Arbeitskräften) privilegiert.<sup>31</sup> Jedoch schließen diese Besserstellungen im Vergleich zu anderen Migranten viele vergleichbare Schwierigkeiten und Probleme in sozialen, materiellen, beruflichen und weiteren Bereichen und daraus erwachsende Konflikte keinesfalls aus,<sup>32</sup> da die Eingliederung der Migranten in die für sie fremde Gesellschaft nicht allein mit der Statusregulierung, der Befriedigung primärer materieller Bedürfnisse<sup>33</sup> oder/und dem Erlernen der Landessprache (unbestritten der wichtigste Faktor für jede Form von Integration<sup>34</sup>) getan ist.<sup>35</sup>

Wenn heute zunehmend von „den“ Aussiedlern als Problemgruppe, aber auch ganz allgemein gesprochen wird,<sup>36</sup> meint man damit in der Regel die in den letzten Jahren eingewanderten Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Diese Wahrnehmung hat auch eine fundierte Berechtigung, da die deutschstämmigen Aussiedler aus

---

<sup>27</sup> Münz/Seifert/Ulrich, S. 49; aktuelle Kurzübersicht hinsichtlich Rechtsgrundlagen und Statistik: BMI, Zuwanderungsrecht und –politik, S. 50f.

<sup>28</sup> Angenendt-Jürgen Fijalkowski, S. 157; Ingenhorst, S. 93.

<sup>29</sup> Treibel, S. 165.

<sup>30</sup> Vgl. Menora - Klaus Briegleb, S. 100, 103; .

<sup>31</sup> Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.- Franz Hamburger, S. 17; Margolina, Das Ende der Lügen, S. 119f.

<sup>32</sup> Sikora - Günter Endruweit, S. 20.

<sup>33</sup> Dietz/Hilkes, S. 10.

<sup>34</sup> Copley/Ruddat/Dehn/Lucassen - Ruddat, S. 42; BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 114, S. 6.

<sup>35</sup> Vgl. Kunschner, S. 70-71; Wendt - Marek Fuchs, S. 36; Graudenz/Römhild - Barbara Dietz, S. 123.

<sup>36</sup> Puskeppeleit, S. 26; Kunschner, S. 17.

osteuropäischen Ländern (insbesondere aus Polen und Rumänien), die nicht der GUS angehören, seit Inkrafttreten des KfbG zur Erlangung des Aussiedlerstatus individuell nachweisen müssen, dass sie wegen ihres Deutschtums verfolgt bzw. diskriminiert werden bzw. wurden, was wohl in der Realität immer weniger der Fall und – falls doch - zudem immer schwerer nachzuweisen ist. Im Jahr 2002 kamen von 91.416 Aussiedlern 90.587 aus der ehemaligen Sowjetunion<sup>37</sup> (insgesamt kamen von 1950 bis 2003 4,3 Mio. Aussiedler bezogen auf alle Herkunftsgebiete, davon aus der ehemaligen Sowjetunion 2.077.334).<sup>38</sup> Mittlerweile kommt die ganz überwiegende Mehrheit der Aussiedler aus nur zwei Staaten: Russland und Kasachstan.<sup>39</sup> Ein weiterer Grund für die – oben aufgeführte - Wahrnehmung ist, dass diejenigen Aussiedler, die schon früher nach Deutschland kamen, zumindest institutionell und wirtschaftlich als integriert gelten und somit nicht oder nicht mehr unter der Kategorie „Problemgruppe“ eingeordnet werden.<sup>40</sup>

Wesentlich weniger Aufmerksamkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung und in ihrer Wahrnehmung als spezifische Migrantengruppe in der Gesamtbevölkerung (bis hin zur faktischen „Unsichtbarkeit“) wird insbesondere den Juden aus der ehemaligen Sowjetunion hier in Deutschland zuteil.<sup>41</sup> Dies liegt schon allein in ihrer wesentlich geringeren Zahl begründet: Insgesamt sind bis 30.12.2003 180.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion einschließlich ihrer Familienangehörigen nach Deutschland eingereist und aufgenommen worden, wobei seit 1995 jährlich kontinuierlich zwischen 15.000 und 20.000 Menschen Aufnahme fanden (2003: 15.442 Personen).<sup>42</sup> Insbesondere hinsichtlich des gesellschaftlichen Alltagslebens ist zu vermuten, dass die jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion von weiten Kreisen der Bevölkerung unter die Aussiedler eingeordnet werden bzw. für solche gehalten werden. Dazu trägt bei, dass sie in Deutschland oft gemeinsam untergebracht werden, gemeinsame „Integrationsmaßnahmen“ wahrnehmen und mit den Aussiedlern oft von den Behörden unter den Begriff „Russische Herkunft“

---

<sup>37</sup> Bundesverwaltungsamt: Jahresstatistik Aussiedler 2002.

<sup>38</sup> Bundesverwaltungsamt: Jahresgutachten 2004 vom Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, S. 62-63.

<sup>39</sup> BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 113, S. 3.

<sup>40</sup> Dietz/Roll, S. 13.

<sup>41</sup> Schoeps/Jasper/Vogt, Russische Juden in Deutschland, S. 8f.

<sup>42</sup> Bundesverwaltungsamt: Jahresgutachten 2004 vom Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, S. 63-64

subsumiert werden, wobei dies bereits den Differenzen in den Gruppenidentitäten nicht gerecht wird.<sup>43</sup> So kommen die jüdischen Kontingentflüchtlinge<sup>44</sup> im Gegensatz zu den Aussiedlern, die zumeist aus ländlichen Regionen aus den Randgebieten der Sowjetunion kommen, zu einem überaus hohen Prozentsatz aus großen Städten und haben meist einen gehobenen Bildungsstand (hoher Anteil von Akademikern). Dies lässt sie auch im Zielland Deutschland oftmals besser und flexibler mit den neuen Lebensumständen sich zurechtfinden. Auch sind die Zuwanderer dieser Gruppe im Vergleich zu Aussiedlern bei der Einreise durchschnittlich wesentlich älter und haben deshalb und allgemein pro Familie durchschnittlich weniger Kinder. Da Integrations- und Anpassungsschwierigkeiten (Alkohol- und Drogenmissbrauch, Kriminalität und Gewalttätigkeiten) von Zuwanderern aus der Sowjetunion hauptsächlich bei der Gruppe der Heranwachsenden wahrgenommen werden, wo – schon zahlenmäßig - Russlanddeutsche dominieren, wird diese – gleichsam russischsprachige Gruppe - von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit gar nicht als eigenständige Gruppe erkannt. So unterscheidet die Aufnahmegesellschaft im praktischen Miteinander ja auch nicht zwischen jenen Menschen aus Russland, die selbst Aussiedler sind, und

---

<sup>43</sup> Hess/Kranz, S. 67-68.

<sup>44</sup> (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion waren Schwerpunkt des Projektes. So sollen zu den jüdischen Kontingentflüchtlingen als zweitgrößter Migrantengruppe aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland, wo bei einheimischen Fachkräften mindestens ebenso große Unkenntnis hinsichtlich ihrer Geschichte und Integrationsspezifika vorherrscht, wenigstens einige Literaturempfehlungen gegeben werden:

Generell zur jüdischen Geschichte: Ben-Sasson, Haim Hillel, Geschichte des jüdischen Volkes - Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Band I-III, Sonderausgabe, München 1992; Bein, Alex, Die Judenfrage: Biographie eines Weltproblems, Band 1, Stuttgart 1980;

Zur Diskriminierung und Verfolgung von Juden in Russland/der Sowjetunion: Freedmann, Robert O., Soviet Jewry in the 1980s, The politics of antisemitism and emigration and the Dynamics of resettlement, London 1989; Mertens, Lothar; Alija, Die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS, 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Bochum 1993; Messmer, Matthias, Die Judenfrage in der Sowjetunion, Ideologische Voraussetzungen und politische Realität 1953 – 1985, in: Konstanzer Schriften zur Schoah und Judaica, Band 1. Auflage, Konstanz 1992; Messmer, Matthias, Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus, Entwicklungen in Russland, der Ukraine und Litauen, in: Konstanzer Schriften zur Schoah und Judaica, Band 3, 1. Auflage, Konstanz 1997; Rapoport, Louis, Hammer, Sichel, Davidstern, Judenverfolgung in der Sowjetunion, 1. Auflage, Berlin 1992;

Zur Zuwanderung und Integration von Juden aus Russland bzw. der Sowjetunion in Deutschland: Hess, Rainer, Kranz, Jarden, Jüdische Existenz in Deutschland heute: Probleme des Wandels der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Zuwanderung russischer Juden nach 1989, Berlin 2000; Schoeps, Julius H., Jasper, Willi, Vogt, Bernhard, Ein neues Judentum in Deutschland? 1. Auflage, Potsdam 1999; Schoeps, Julius H., Jasper, Willi, Vogt, Bernhard, Russische Juden in Deutschland, Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land, Weinheim 1996; Schulz, Marlies, Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, Ein (Exkursions-)Bericht zur Migration von Juden in Berlin, in: Arbeitsberichte des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 54, Berlin 2001.

jenen, die als Familienangehörige eines Aussiedlers hier leben. Generell wird im Rahmen dieser Arbeit daher – insoweit verallgemeinernd - von (Spät-)Aussiedlern die Rede sein, wenn es um die Integration von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland geht; wobei der Leser mindestens im Hinterkopf behalten sollte, dass nicht jeder, der in Deutschland russisch oder mit russischem Akzent deutsch spricht, ein Aussiedler ist.

### **1.3 Geschichte der Deutschen im (zaristischen) Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion und die Auswirkungen für ihren heutigen Integrationsverlauf in Deutschland**

#### a) Geschichte der Russlanddeutschen bis zum Beginn des 1. Weltkrieges

Das Deutschtum in Russland basiert<sup>45</sup> auf drei unterschiedlichen Hauptentwicklungen, die unmittelbaren Einfluss auf die Bildung dreier Minderheitengruppen innerhalb einer Nationalität mit völlig unterschiedlichen historischen, sozialen und teilweise kulturellen Hintergründen hatten.<sup>46</sup> Trotz aller historischen und sozialen Unterschiede mit daraus resultierenden unterschiedlichen Leistungen und Funktionen waren alle drei Gruppen wichtige Wegbereiter einer beginnenden dynamischen, westlich geprägten Wirtschafts- und Sozialverfassung im russischen Kaiserreich; sie wurden so im Zeitalter der Modernisierung zu einem aktiven Stützpfiler einer Regierungspolitik, soweit diese gemäßigt konservative bis liberale Züge trug.<sup>47</sup>

Die erste Gruppe sind die so genannten „Deutschbalten“, welche sich seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts als Nachfolger der deutschen Ordensritter im Baltikum etablierten, wobei sie die dortige Ober- und Herrschaftsschicht stellten.<sup>48</sup> Sie kamen durch die russische Eroberung der baltischen Gebiete (Peter der Große) 1710 unter zaristische Herrschaft.<sup>49</sup> Die zu jener Zeit etwa 80.000 Deutschbalten wurden 1939/1940 größtenteils in der Folge der Umsiedlung der jeweiligen Volkszugehörigen

---

<sup>45</sup> Übersicht: Klötzel, S. 18-21.

<sup>46</sup> Klötzel, S. 15.

<sup>47</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 34.

<sup>48</sup> Klötzel, S. 15.

<sup>49</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 34.

aus den jeweils anderen Einflussgebieten, die im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes festgelegt worden waren, in Gebieten unter deutscher Herrschaft angesiedelt,<sup>50</sup> so dass sie und ihre Geschichte als Vorläufer der heutigen Aussiedler in Deutschland eine zu vernachlässigende Rolle spielen.

Die Geschichte der zweiten Gruppe führt auf die Herrschaftszeit des Vaters von Peter dem Großen Mitte des 17. Jahrhunderts zurück. Er gründete die kleine Moskauer Vorstadt Sloboda, ein eingezäuntes, bewachtes Ghetto (ohne damit Not und Elend zu meinen, was man gemeinhin mit diesem Begriff verbindet) mit eigener Selbstverwaltung, eigener Sprache (je nach Nationalität – meist deutsch) und der Freiheit zur Religionsausübung. Sie wurde zur historischen Wiege der deutschen höfisch-städtischen Kreise in Russland.<sup>51</sup> Der Beginn der Herrschaft Peters des Großen ist durch die von ihm hinsichtlich der einheimischen Bevölkerung geforderte massive Übernahme von kulturellen, arbeitstechnischen und alltagsbezogenen Merkmalen von den Westeuropäern (insbesondere den Deutschen) gekennzeichnet, was oftmals übertrieben und unangemessen war und auch so empfunden wurde. Zum Zweck der Entwicklung und Öffnung Russlands ließ er viele Offiziere, Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer, Handwerker und Baumeister aus dem Westen (insbesondere aus Holland und Deutschland) per Anwerbung nach Russland holen.<sup>52</sup> Diese Gruppe gehörte aufgrund ihres gehobenen gesellschaftlichen Status, ihrer höheren Bildung und handwerklichen Fähigkeiten zu den höfisch-städtischen Kreisen.<sup>53</sup> Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt des Einflusses von Deutschen in Russland, waren geadelte Deutsche aus der Stadtbevölkerung und der deutschbaltische Adel besonders stark in den führenden Institutionen des russischen Reiches vertreten: Militärwesen, Diplomatie, höhere Verwaltung. Bis etwa 1880 wurden so etwa 40% aller höheren Befehlspositionen in der Armee, 62% im Ministerium für Post und Verkehr, 57% im Außenministerium und 42% im Kriegsministerium mit Deutschen besetzt, obgleich Deutsche in dieser Zeit nur rund 1% der Gesamtbevölkerung ausmachten.<sup>54</sup> Diese Umstände prägten auch das Deutschenbild der Russen, Ukrainer usw. in der Bevölkerung und bei den Eliten, da diese meist keinerlei Kontakt zu „einfachen“ Deutschen hatten. So kam aus der massiven deutschen Präsenz in den tragenden Reichsinstitutionen, die von anderen

---

<sup>50</sup> Stölting, S. 281; Mensen - Gerd Stricker, S. 189.

<sup>51</sup> Vgl. Klötzel, S. 19.

<sup>52</sup> Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund - Schmitt-Rodermund, S. 51; Ingenhorst, S. 19.

<sup>53</sup> Klötzel, S. 16.

<sup>54</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 37-38.

Nationalitäten als Problem wahrgenommen wurde, die sogenannte deutsche Frage auf, die mit den Spannungen im Vorfeld des 1. Weltkrieges manifest wurde.<sup>55</sup>

Nicht partizipieren konnte an diesen Entwicklungen eine dritte Gruppe, auch die „Kolonisten“ genannt, mit überwiegend bäuerlicher Herkunft und Tätigkeit. Ihre Vertreter kamen – gefördert durch konkrete Versprechungen - nach der Einladung der aus Preußen stammenden Zarin Katharina der Großen in das Land und stellten die bei weitem überwiegende Ursprungspopulation der heutigen Aussiedler und die in der Folgezeit bei weitem größte Gruppe der Deutschen in Russland dar.<sup>56</sup> Katharina der Großen ging es bei dieser Maßnahme in erster Linie um die Beförderung des wirtschaftlichen Aufschwunges durch die Vermehrung ihrer Untertanen und Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Flächen; zusätzlich sollten die Kolonisten fortschrittliche Anbaumethoden in die rückständige russische Landwirtschaft einführen, so dass sie den einheimischen Bauern Anreize geben sollten, ihre Landwirtschaft zu modernisieren, zu mechanisieren und zu intensivieren.<sup>57</sup> Die Angeworbenen kamen vor allem aus den Hessischen Landgrafschaften, der Nordpfalz und Nordbayern, Regionen mit kritischen Zuständen wie Beschneidung der Religionsfreiheit, Hunger, Armut, und Überbevölkerung. Da die Versprechungen der Zarin verlockend großzügig waren (freie Religionsausübung, Befreiung von Steuern, Zöllen und Militärpflicht, Möglichkeit zur Aufnahme von Krediten sowie relative Autonomie), machten sich viele Deutsche auf den Weg nach Russland, wo bis 1788 etwa 27.000 ankamen, die es allerdings die ersten Jahrzehnte schwer hatten, wirtschaftlich Fuß zu fassen.<sup>58</sup> Die Zeit der großen Auswanderungen nach Russland währte etwa bis 1850.<sup>59</sup> Vorrangig an die Wolga und nach Neurusland (Nordküste des Schwarzen Meeres) sowie in viele andere Teile des zaristischen Russland waren mindestens 100.000 Kolonisten ausgewandert, die bis 1862 etwa 3.000 Kolonien gegründet hatten.<sup>60</sup> Die einzelnen Kolonien waren dabei in sich konfessionell homogen, so dass es nur rein lutherische, katholische, mennonitische oder anders gläubige Kolonien gab, die jedoch hinsichtlich der regionalen Herkunft der Auswanderer in der Regel gemischt waren

---

<sup>55</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Ingeborg Fleischhauer, S. 39.

<sup>56</sup> Ingenhorst, S. 19-20; Sikora - Joachim Sikora, S. 7.

<sup>57</sup> Ingenhorst, S. 20.

<sup>58</sup> Treibel, S. 33-34; Ingenhorst, S. 21; Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund - Schmitt-Rodermund, S. 52.

<sup>59</sup> Mensen - Gerd Stricker, S. 163.

<sup>60</sup> Ingenhorst, S. 26f.

und mit der länger ansässigen Bevölkerung kaum Berührung hatten.<sup>61</sup> Sie sprachen Deutsch, heirateten untereinander und waren insgesamt eine zerstreute, in einigermaßen friedlicher Koexistenz zurückgezogen lebende, ökonomisch recht erfolgreiche „sozioreligiöse Gemeinschaft“, die sich nicht assimilierte und lange auch keinem Assimilationsdruck ausgesetzt war.<sup>62</sup> So drückt denn auch der Begriff „Russlanddeutsche“ eine doppelte Identifikation dieser Volksgruppe aus: Einerseits empfanden sich die Russlanddeutschen als Angehörige des Russischen Reiches, gleichzeitig fühlten sie sich mit dem deutschen Volk als Ganzem sprachlich-kulturell verbunden, wobei das unterschiedliche Selbstverständnis der Deutschen in Russland, sowie ihre Zerstreutheit über das riesige Land, die eine Kommunikation erschwerte, dazu beitrugen, dass sie nicht zu einer eng verbundenen ethnischen Gemeinschaft wurden.<sup>63</sup> Mit der Gründung des Deutschen Reiches (1871) und dem Ansteigen der panslawischen Strömungen im Zuge der nationalen Entwicklungen in Europa wurden die Deutschen in Russland nicht mehr nur für sich, sondern auch im Bezug auf die „deutsche Nation“ betrachtet und wurden so zum Spielball des russisch-deutschen Verhältnisses.<sup>64</sup> Dies machte sie einerseits zum Angriffsziel russischer Nationalisten (Diffamierung als „innere Deutsche“) und ließ ihnen andererseits - parallel zu anderen Minderheiten - eine Sündenbockfunktion zukommen, wobei all diese Auseinandersetzungen mit den Deutschen vor dem 1. Weltkrieg auf die interne gesellschaftliche Ebene beschränkt blieben.<sup>65</sup> Auch die russische Intelligenz tat sich im 19. Jahrhundert mit den Deutschen schwer.<sup>66</sup> Im Rahmen der Russifizierungspolitik nach 1881 wurden die Elementarschulen der russlanddeutschen Kolonisten endgültig russifiziert, so dass sich nun Kinder, die kein Russisch konnten, Lehrern gegenüber sahen, die kein Deutsch konnten.<sup>67</sup> Zudem wurden die Deutschen nach 1874 ebenfalls zum mehrjährigen Wehrdienst verpflichtet,<sup>68</sup> was, da die Armee eine eindeutig russischsprachige Institution war, ebenfalls ein Element der Russifizierung war.<sup>69</sup> Auch wenn der Anteil Deutscher in Führungspositionen – auf hohem Niveau - nach und nach reduziert wurde, herrschte für die überwiegende Mehrheit dieser nationalen Minderheit durchaus eine günstige

---

<sup>61</sup> Stölting, S. 282; Ingenhorst, S. 26f.; Treibel, S. 34.

<sup>62</sup> Ingenhorst, S. 47; Treibel, S. 34.

<sup>63</sup> Stölting, S. 281; Klötzel, S. 15-16.

<sup>64</sup> Treibel, S. 34; vgl. Ingenhorst, S. 17.

<sup>65</sup> Kappeler/Meissner/Simon-Kappeler, S. 16.

<sup>66</sup> Klötzel, S. 48-49.

<sup>67</sup> Stölting, S. 283.

<sup>68</sup> Klötzel, S. 41.

<sup>69</sup> Stölting, S. 21; Fleischhauer/Jedig - Detlef Brandes, S. 135.

Atmosphäre bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges.<sup>70</sup> Nach der Revolution von 1905 erhielt die deutsche Minderheit auch wieder größere kulturelle Freiheiten (deutsche Vereine, Zeitungen und Heimatliteratur entstanden).<sup>71</sup> So hatte die deutsche Stadtbevölkerung eigene Institutionen der Wohlfahrtspflege, der Krankenpflege und Sozialfürsorge und es gab umfassende kulturelle Möglichkeiten (deutsche Theater, Zeitungen und Verlage) sowie deutsche Schulen und Klubs für verschiedene soziale Gruppen, wobei all dies in hohem Ansehen stand.<sup>72</sup> Aber auch die deutschen Kolonisten, die mit 1.317.502 Personen im Jahr 1897 die bei weitem stärkste deutsche Volksgruppe darstellten (insgesamt lebten laut Volkszählung von 1897 1.790.489 Personen in Russland, die Deutsch als ihre Muttersprache angaben, was 1,4% der Bevölkerung entsprach)<sup>73</sup>, hatten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ähnlich vorbildliche Einrichtungen vorzuweisen.<sup>74</sup> Sie wiesen hinsichtlich Bevölkerungswachstum, Landexpansion und Kapitalakkumulation im Vergleich zur historisch benachteiligten russischen Bauernschaft (erst 1861 war die Leibeigenschaft aufgehoben worden!) eine hervorragende Entwicklung auf. Viele deutsche Kolonisten waren durch den wirtschaftlichen Aufstieg zu Wohlstand gekommen.<sup>75</sup> Insgesamt soll allein der Landbesitz der deutschen Kolonisten (ohne das Gutsland im Baltikum) 1914 etwa 10 Millionen Hektar betragen haben.<sup>76</sup> Die Kolonisten lebten überwiegend als Bauern bzw. Ackerbauern zu 90-99% auf dem Land, wobei sie zwar den von allen Nationalitäten höchsten Prozentsatz an Lesefähigen (86-92%) erreichten, jedoch nur einen durchschnittlichen Anteil an Personen mit mittlerer oder höherer Bildung vorweisen konnten (0,5-2,9%).<sup>77</sup>

#### b) Geschichte der Russlanddeutschen bis zur Auflösung der Sowjetunion (1989 -1991)

Nach dem deutschen Aufmarsch gegen das unvorbereitete russische Zarenreich schienen sich alle von nationalistischen Kreisen geförderten Ängste zu bestätigen: Der „deutsche Drang ostwärts“ wurde mit dem „deutschen Joch über Russland“

---

<sup>70</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 38.

<sup>71</sup> Stölting, S. 282.

<sup>72</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 38.

<sup>73</sup> Übersicht: Bauer/Kappeler/Roth - Roth, S. 184; Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund - Schmitt-Rodermund, S. 53.

<sup>74</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 38.

<sup>75</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 39-43; Kappeler/Meissner/Simon - Kappeler, S. 13; Klötzel, S. 43, 51; anschaulich: Kappeler/Meissner/Simon - Ingeborg Fleischhauer, S. 42-45.

<sup>76</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 41.

<sup>77</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Kappeler, S. 11, 13.

gleichgesetzt, der äußere Feind mit den „inneren Deutschen“ identifiziert, wobei sich dieser traumatische Eindruck zu einer „integralen Germanophobie“ auswuchs, die in einer Flut antideutscher Pamphlete und Maßnahmen Ausdruck fand - bis es zu antideutschen Ausschreitungen in den Städten sowie antideutschen Wirtschaftsprogromen kam.<sup>78</sup> Zudem wurden Deutsche aus dem Frontbereich zwangsevakuiert und deutschrussische Soldaten von den Frontabschnitten abgezogen (Vorwurf der Kollaboration).<sup>79</sup> Alle deutschen Ortsnamen wurden sofort russifiziert (St. Petersburg wurde beispielsweise zu Petrograd) und der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit wurde verboten.<sup>80</sup> Die insofern einsetzende existenzielle Verunsicherung der Russlanddeutschen zog nun nationale Vereinigungsbestrebungen nach sich, die zuvor von marginalen nationalistischen Gruppen aus deutschrussischen und deutschbaltischen Kreisen vergebens verlangt worden waren<sup>81</sup>, jedoch konnten diese aufgrund der nun folgenden Umwälzungen nicht mehr umgesetzt werden. Blieben die Maßnahmen der Regierungen vor der Oktoberrevolution noch ohne tiefergehende Wirkung auf die Russlanddeutschen, wurde ihnen nun mit der Sozialisierung von Aktien- und Kontenbesitz sowie insbesondere von Besitz an Grund und Boden als dauerhafter Erscheinung ihre Existenzgrundlage entzogen, was sie der Vernichtung ihres besonderen kulturellen und sozialen Status entgegensehen ließ.<sup>82</sup> Die Russlanddeutschen waren vom aktiven Faktor im zaristischen Russland zum bloßen Objekt im bolschewistischen Russland geworden.<sup>83</sup> So haben sich die Deutschen am Aufbau des bolschewistischen Staates äußerst marginal beteiligt.<sup>84</sup> Auch vor dem Hintergrund, dass die sowjetische Führung nach der Oktoberrevolution noch einige Jahre auf die Weltrevolution (auch in Deutschland) hoffte, wurde als Vorzeigeprojekt am 19.10.1918 das „Autonome Gebiet der Wolgadeutschen“ geschaffen (ab 1924 Republik), welches immer mehr zum regionalen Zentrum der Russlanddeutschen wurde.<sup>85</sup> Allerdings war für die bolschewistische Führung schon vor dem Krieg, - wobei Stalin in seiner theoretischen Hauptschrift zur nationalen Frage Lenins Standpunkt übernimmt, - immer undenkbar, dass man den Deutschen aus dem

---

<sup>78</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Ingeborg Fleischhauer, S. 40; Klötzel, S. 53f.

<sup>79</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 50.

<sup>80</sup> Treibel, S. 34; Stölting, S. 283.

<sup>81</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Ingeborg Fleischhauer, S. 40.

<sup>82</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Ingeborg Fleischhauer, S. 46.

<sup>83</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 31.

<sup>84</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 83.

<sup>85</sup> Grotzky, S. 211; Stölting, S. 284.

Baltikum und den Kolonisten erlauben werde, sich zu einer einzigen Nation zu vereinigen.<sup>86</sup> Abwanderung, Hungersnot und Terror reduzierten die Personenzahl der Deutschen, von denen viele auch auf der Seite der „Weißen Armee“ gestanden hatten,<sup>87</sup> trotz hoher Geburtenrate von 1,7 Millionen in 1914 auf 1,4 Millionen in 1939.<sup>88</sup> Dennoch bedeutete die frühe sowjetische Periode für sie neben rechtlicher Gleichstellung auch einen kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Bürgerkrieg<sup>89</sup>, so dass Ende der 30er-Jahre die deutschsprachige Kultur in Russland den vorrevolutionären Zustand übertraf (so sprachen nach eigenen Angaben rund 95% der Deutschen deutsch als Muttersprache).<sup>90</sup> Die Zeit der Kollektivierung erschwerte ihnen allerdings das Leben, da viele als Kulaken deportiert wurden.<sup>91</sup> Auch wurde 1938 das Recht auf Unterricht in der Muttersprache Deutsch außerhalb der Wolgarepublik aufgehoben.<sup>92</sup>

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland bringt ihnen erstmals die kollektive Beschuldigung als „Faschisten“ ein.<sup>93</sup> Mit dem Hitler-Stalin-Pakt kam es zu Umsiedlungen von Deutschen aus jenen Gebieten, die neu an die Sowjetunion gefallen waren, so dass viele - im zuvor brutal von der ansässigen Bevölkerung geräumten - Warthegau angesiedelt wurden, was später bedeutete, dass diese Deutschen nach der späteren Einnahme dieser Gebiete durch die Rote Armee 1944/1945 in die Sowjetunion (meist nach Sibirien oder auch nach Mittelasien „repatriert“ wurden).<sup>94</sup> Ihr Schicksal teilten viele Deutsche, die aus den von Deutschland im Krieg eroberten Gebieten ebenfalls zur Umsiedlung in den Warthegau gedrängt worden waren.<sup>95</sup> Bereits ab 1939 wurden von der Sowjetführung zunehmend männliche Russlanddeutsche aus den „westsowjetischen Gebieten“ systematisch nach Osten deportiert.<sup>96</sup> Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion traf es – unter dem Vorwurf, die Wolgadeutschen hätten Abertausende von feindlichen Diversanten und Spionen versteckt - praktisch

---

<sup>86</sup> Zitiert in: Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 57.

<sup>87</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 82.

<sup>88</sup> Stölting, S. 284.

<sup>89</sup> Pinkus/Fleischhauer - Fleischhauer, S. 50; Stölting, S. 284.

<sup>90</sup> Fleischhauer/Jedig - Benjamin Pinkus/Beer-Sheva, S. 193-195; Generell zur frühen Haltung der Bolschewiki zur Sprachenfrage: Halbach, S. 71f.

<sup>91</sup> Stölting, S. 284.

<sup>92</sup> Fleischhauer/Jedig - Benjamin Pinkus/Beer-Sheva, S. 195.

<sup>93</sup> Stölting, S. 285.

<sup>94</sup> Mensen - Gerd Stricker, S. 171; Stölting, S. 285; vgl. Mitzka, S. 33-34.

<sup>95</sup> Stölting, S. 285.

<sup>96</sup> Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund - Schmitt-Rodermund, S. 55.

ausnahmslos alle Russlanddeutschen<sup>97</sup>: Die Wolgadeutschen und andere wurden unter großen Verlusten an Menschenleben ab dem 28.08.1941 innerhalb kurzer Zeit nach Mittelasien und Sibirien deportiert, die Wolgarepublik wurde aufgelöst (und mit Russen und Ukrainern besiedelt).<sup>98</sup> Bis mindestens 1945 lebten die Deutschen in Zwangsarbeitslagern und arbeiteten dort meist im Bergbau, in der Industrie und in der Waldarbeit unter schwersten psychischen und physischen Bedingungen in der so genannten Arbeitsarmee.<sup>99</sup> Dabei wurden nur Frauen mit einem Kind unter drei Jahren, Kinder allgemein (Kinderheime) und alte Menschen ausgespart, sie mussten nicht in die Arbeitsarmee und wurden direkt in sibirische Dörfer geschickt.<sup>100</sup> Nach der „Befreiung“ Osteuropas kamen auch von dort anfangs alle deutschen Frauen und Männer bestimmter Jahrgänge hinzu, wobei die letzten 1950 zurückkehrten.<sup>101</sup> Nach dem Krieg lebten die Russlanddeutschen oft bis 1955 in Kommandanturen unterstellten Sondersiedlungen, die sie nur mit Ausnahmegenehmigung verlassen durften, wobei die zugrunde liegenden Beschuldigungen erst 1964 zurückgenommen wurden. Ihnen wurde mithin das Recht verwehrt, in ihre Siedlungsgebiete vor dem Krieg und generell in die europäischen Bereiche der Sowjetunion zurückzukehren. Dies galt bis 1972, wobei die Russlanddeutschen von der Aufhebung des Verbotes keine Kenntnis hatten, da es nicht veröffentlicht wurde.<sup>102</sup> Deutsche Schulen oder deutsche Presse gab es nicht mehr; die deutsche Sprache war - auch in Kindergärten und Schulen - verboten. Der Besuch weiterführender Schulen wurde ihnen weitestgehend verwehrt. All dies galt auch für jene Deutschen, die schon zuvor in Sibirien oder Mittelasien gelebt hatten. Hinzu kam, dass sich viele russlanddeutsche Familien – oft um den Kindern Demütigungen zu ersparen - unter dem Druck der allgemeinen Diskriminierungen als Russen zu tarnen begannen und auch zu Hause russisch sprachen.<sup>103</sup> Generell waren die Russlanddeutschen kollektiv zu „Faschisten“, „Kollaborateuren“ und „Verrätern“ geworden, obgleich sie zu derlei Untaten wohl überwiegend weder den Willen noch überhaupt eine Chance gehabt hatten. Dieses Urteil wurde von der sowjetischen Gesellschaft akzeptiert und

---

<sup>97</sup> Mensen - Gerd Stricker, S. 170; Stölting, S. 285.

<sup>98</sup> Grotzky, S. 211; Treibel, S. 35.

<sup>99</sup> Kluge, S. 145; Fleischhauer/Jedig - Jedig, S. 212.

<sup>100</sup> Dietz/Hilkes, S. 19.

<sup>101</sup> Puskeppeleit - Rex Rexhäuser, S. 40.

<sup>102</sup> Vgl. Puskeppeleit - Rex Rexhäuser, S. 39; Puskeppeleit - Peter Hilkes, S. 46; Mensen - Gerd Stricker, S. 146, 172.

<sup>103</sup> Mensen - Gerd Stricker, S. 171.

wirkte viele Jahrzehnte noch in Konfliktfällen fort.<sup>104</sup> Erst nach dem Besuch von Bundeskanzler Adenauer 1955 (damit verbunden war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten) erhielten die Russlanddeutschen ihre politischen und kulturellen Rechte zurück; insbesondere erhielten sie auch wieder sowjetische Pässe.<sup>105</sup> Für einen neuen Anfang nach den Lagern zogen die meisten Deutschen nach Kasachstan, Kirgisien und Mittelasien, wo sie bessere Löhne, die Gründung von Glaubensgemeinschaften und ein besseres Klima erhofften; allerdings blieben nicht wenige auch in Sibirien.<sup>106</sup> Durch die Zerstreung in der Diaspora wurde es ihnen immer schwerer und auf Dauer kaum möglich, ihre Sprache, deutsches Brauchtum und Traditionen zu erhalten, was noch dadurch befördert wurde, dass selbst die Familien auseinander gerissen wurden.<sup>107</sup> Auch kam es durch die Zerstreung und zunehmende Assimilation jüngerer Generationen zu immer mehr Mischehen (in Städten häufiger als auf dem Land), wobei vorrangig europäische – meist russische - Ehepartner gewählt wurden.<sup>108</sup> Dabei wurde meist in der Familie eine sprachlich und kulturell russisch geprägte Lebensweise bevorzugt. Im Ergebnis markiert so der Zweite Weltkrieg das Ende der Existenz der Russlanddeutschen als sichtbarer und geschlossener Volksgruppe, was ein weiterer und dauerhafter Schritt auf dem Weg in die Marginalisierung war.<sup>109</sup> Mit einer gewissen Berechtigung lässt sich mithin sagen, dass die Gründe für die heutigen Ausreisewünsche vieler Russlanddeutscher so nicht entstanden wären, wäre der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht 1941 nicht erfolgt.<sup>110</sup> Die von den Russlanddeutschen oftmals vorgebrachten Hoffnungen, ein „nationales“ Siedlungsgebiet zu bekommen oder in die Ursprungsgebiete zurückkehren zu dürfen, erfüllten sich nicht.<sup>111</sup> Fraglich ist allerdings, ob das Bemühen um solch ein Gebiet stark war, da die Russlanddeutschen zumeist nach wie vor politisch inaktiv waren und nicht zur offenen Herrschafts- oder Gesellschaftskritik neigten.<sup>112</sup> Wohl auch deshalb in ihren Hoffnungen enttäuscht, wandten sich manche von ihnen nach und nach anderen Auswegen zu. So begann ab 1970 die Emigration in die BRD,

---

<sup>104</sup> Stölting, S. 286.

<sup>105</sup> Mensen - Gerd Stricker, S. 171; Stölting, S. 286.

<sup>106</sup> Puskeppeleit - Peter Hilkes, S. 48.

<sup>107</sup> Ingenhorst, S. 57; Überblick über die Veränderungen für die deutsche Minderheit in der Sowjetunion bis zu dieser Zeit: Kappeler/Meissner/Simon - Kappeler, S. 17.

<sup>108</sup> Kappeler/Meissner/Simon - Rasma Karklins, S. 140ff; Dietz/Roll, S. 26, 40.

<sup>109</sup> Ingenhorst, S. 57. Fleischhauer/Jedig-Sidney Heitmann, S. 259.

<sup>110</sup> Vgl. Treibel, S. 35.

<sup>111</sup> Stölting, S. 286.

<sup>112</sup> Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund-Schmitt-Rodermund, S. 56; Fleischhauer/Jedig-Sidney Heitmann, S. 254.

wohin bis 1977 etwa 30.000 Personen auswanderten, die einen hohen Anteil an deutsch-deutschen Ehen aufwiesen, die deutsche Sprache in der Familie praktizierten und in Deutschland in einem wirtschaftlich günstigen Gesamtumfeld mit großer materieller Unterstützung durch den Staat und Unterstützung durch die Gesellschaft gut integriert worden sind.<sup>113</sup> Der Antrag auf Ausreisegenehmigung bedeutete zu jener Zeit oft den Verlust des Arbeitsplatzes und eine lange und harte Bearbeitung durch den KGB.<sup>114</sup> Ab etwa 1970 entspannte sich auch die wirtschaftliche und rechtliche Situation der Deutschen, selbst der Gebrauch der deutschen Sprache wurde immer weniger sanktioniert, sie wurde aber aus den oben dargestellten Gründen auch immer weniger praktiziert.<sup>115</sup>

Anfang der 80er-Jahre wurden die Ausreiseerlaubnisse weniger, da es nun politisch darum ging klarzustellen, dass die Russlanddeutschen keinen Grund hätten, in die BRD auszuwandern.<sup>116</sup> Gegen Ende der Sowjetunion lebten 6% der Russland-Deutschen verstreut über die Sowjetunion, 1% in Tadschikistan, 5% in Kirgisien, 41% in den russischen Grenzgebieten Kasachstans und 46% in Kasachstan selbst.<sup>117</sup> Bis zum Ende der Sowjetunion gab es zudem keine deutschen Schulen oder Kindergärten, was den Anteil derjenigen Deutschen, die Deutsch als Muttersprache bezeichneten, stetig abnehmen ließ (1979 57%). Infolge der Umsiedlungen trafen nun viele deutsche Dialekte von Deutschen, die oftmals nur noch Dialekt sprechen konnten, in Dörfern aufeinander. Zudem setzte sich Isolation vom deutschen Sprachgebiet fort, was einen alten Sprachstand konservierte und die Sprache „verbäuerlichte“ (deutsche Worte für politische, wirtschaftliche oder kulturelle Themen und moderne Dinge gab es nicht). Da außerdem die Sprache lange Zeit öffentlich verboten und verachtet worden war, waren selbst diejenigen, die noch muttersprachig die deutsche Sprache lernten, oft sehr unsicher und zurückhaltend im Sprachgebrauch.<sup>118</sup>

Der Aufbruch im Zuge der Reformen Gorbatschows, welcher Themen wie die Deportation verschiedener Völker und deren Schicksal enttabuisierte,<sup>119</sup> erfasste auch die Russland-Deutschen, die nun begannen, sich wieder in Vereinigungen zu sammeln, wobei das vorrangigste Ziel einer Mehrheit von ihnen, nämlich die

---

<sup>113</sup> Vgl. Münz/Seifert/Ulrich, S. 122; Stölting, S. 286.

<sup>114</sup> Grotzky, S. 210.

<sup>115</sup> Puskeppeleit-Peter Hilkes, S. 46.

<sup>116</sup> Grotzky, S. 212.

<sup>117</sup> Stölting, S. 286; vgl. Kappeler/Meissner/Simon-Rasma Karklins, S. 137.

<sup>118</sup> Vgl. Stölting, S. 286-287.

<sup>119</sup> Klötzel, S. 7.

Wiederherstellung der „historischen Gerechtigkeit“<sup>120</sup> im Sinne der Wiedererlangung einer eigenen deutschen Staatlichkeit möglichst in den ursprünglichen Siedlungsgebieten, 1989 mit dem Beschluss des Obersten Sowjet zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik scheinbar erreicht werden konnte.<sup>121</sup> Als allerdings schon die ersten Deutschen dort auf heftigsten Widerstand der nun dort einheimischen Russen und Ukrainer, wobei das Etikett „Faschist“ wieder aufkam, sowie der Funktionäre stießen und das Wolgagebiet fluchtartig wieder verlassen mussten, wurde die Hoffnung der Restaurierbarkeit der Wolgarepublik aufgegeben und die Alternative, die Auswanderung in die Bundesrepublik, trat mehr und mehr in den Vordergrund.<sup>122</sup> Bis in die Gegenwart erwiesen sich alle – auch bilateralen - Versuche, für eine Mehrheit der Russlanddeutschen einen tragbaren Kompromiss hinsichtlich von ihnen akzeptierten Lebensbedingungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu erreichen, als mehr oder weniger trügerisch, so dass die Gefahr bestand, dass sich die Assimilierung oder die Auflösung der immer mehr auswandernden Ethnie schon vor einem möglichen Konsens vollzogen haben würde.<sup>123</sup> Dabei entsprach die ökonomische Situation der Russlanddeutschen mindestens dem sowjetischen Durchschnitt, oft soll sie sogar besser gewesen sein.<sup>124</sup> Da auch die Diskriminierungen - so lange ein angepasstes Verhalten gewahrt wurde - seit der Perestroika zurückgingen, nennt die Mehrheit der Deutschen Aussiedler ethnisch-religiöse Gründe und die Familienzusammenführung als Ausreisemotive, wobei ihnen bekannt war, dass weder die Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch die deutsche Aufnahmegesellschaft wirtschaftliche Ausreisegründe offen akzeptieren würden.<sup>125</sup>

c) Geschichte und Situation der Deutschen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt der Migrationsmotive

Angesichts des seit der Perestroika stetig steigenden Nationalgefühls auch der mittel-asiatischen Völker, die mittlerweile eigene Staaten mit ihren jeweiligen Nationalsprachen gebildet haben, kam es zu einem wachsenden Vertreibungsdruck

---

<sup>120</sup> Klötzel, S. 3.

<sup>121</sup> Kluge, S. 148; Stölting, S. 287.

<sup>122</sup> Puskeppeleit - Peter Hilkes, S. 50; Stölting, S. 287-288; Grotzky, S 216.

<sup>123</sup> Vgl. Klötzel, S. 4.

<sup>124</sup> Treibel, S. 37.

<sup>125</sup> Treibel, S. 37-38.

insbesondere in Mittelasien gegenüber allen dort als „Kolonisatoren“ begriffenen Europäern.<sup>126</sup> Da die deutsche Minderheit dort und in den entsprechenden Randgebieten Russlands mehrheitlich lebte (siehe oben), aber im Gegensatz zu beispielsweise Ukrainern und Russen nicht in ein ihrer Ethnie vorbehaltenes (Staats-)Gebiet auswandern konnte und sich gleichzeitig die Hoffnungen auf eine Autonomie in Russland, wo zudem auch immer mehr nationalistische Strömungen aufkamen, zerschlugen, fassten viele von ihnen sehr schnell den Entschluss, nach Deutschland auszuwandern, weshalb beispielsweise allein von 1989 bis Anfang 1992 mindestens 170.000 Russlanddeutsche Kasachstan verließen.<sup>127</sup> Insgesamt kommen daher die so genannten Russlanddeutschen zum großen Teil nicht aus dem europäischen Teil Russlands, sondern aus anderen – meist asiatischen - Staaten der GUS und deren russischen Grenzregionen,<sup>128</sup> wobei die Statistik noch deutlicher wäre, wollte man auch diejenigen als aus Asien kommend berücksichtigen, die zunächst nach Russland zogen, sich aber erst später dort für die Emigration entschieden.<sup>129</sup> Ähnlich wie bei anderen Europäern, die Kasachstan verlassen, kann auch bei den Russlanddeutschen generell von einem Ursachenbündel (ethnische und ökonomische Motive sowie der Wunsch nach Sicherheit, Verlässlichkeit und Zukunftsfähigkeit insbesondere für die junge Generation in Deutschland) ausgegangen werden.<sup>130</sup> So kam es in Kasachstan insbesondere durch soziale und wirtschaftliche Krisen (Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Ausbildungssituation und Armut), durch ethnische Konflikte und Ausgrenzungen, durch verstärkte Kriminalität und Suchterscheinungen sowie durch das Gefühl, nicht der letzte Deutsche/Europäer vor Ort sein zu wollen, zu Perspektivlosigkeit und Orientierungskrisen.<sup>131</sup> Gerade für Eltern in Ländern der GUS ist in diesem Zusammenhang der offensichtliche Anstieg von Kriminalität und Drogensucht unter Jugendlichen ein Grund zur Ausreise, da man sich die Situation in Deutschland in dieser Hinsicht besser vorstellte.<sup>132</sup> Insgesamt konnte auch die weitgehende Assimilierung die tief verankerte Furcht vor Diskriminierung nicht ganz verdrängen.<sup>133</sup> Die Deutschen, deren Gesamtzahl in der ehemaligen Sowjetunion nicht feststellbar

---

<sup>126</sup> Mensen-Gerd Stricker, S. 151f., 176; Treibel, S. 38; Stölting, S. 29-31, 34, 288.

<sup>127</sup> Puskeppeleit-Peter Hilkes, S. 50.

<sup>128</sup> Treibel, S. 32.

<sup>129</sup> Vgl. Mensen-Gerd Stricker, S. 152.

<sup>130</sup> Treibel, S. 38.

<sup>131</sup> Dietz/Roll, 24-ff.

<sup>132</sup> Vgl. Melzer - Igor S. Kon und Boris M. Levin, S. 28-40.

<sup>133</sup> Dietz/Roll, S. 23.

scheint (Schätzungen schwanken zwischen einer und zwölf Millionen; laut Volkszählung von 1989 sollen es rund zwei Millionen gewesen sein), lebten im Herkunftsgebiet überwiegend in Dörfern sowie Klein- und Mittelstädten, knapp 80% von ihnen verfügten über ein Stück Land oder Garten und ein großer Teil von ihnen lebte in eigenen Immobilien.<sup>134</sup> Da seit Beginn der 90er-Jahre zunehmend größere finanzielle Mittel von Seiten der BRD für die Russlanddeutschen in den Herkunftsgebieten bereitgestellt wurden, es aber dennoch nicht zur Verringerung der Auswanderungszahlen kam, deutet dies darauf hin, dass sich die Ausreisemotive bereits verfestigt hatten und nicht mehr beeinflussbar waren.<sup>135</sup>

#### d) Migrationsmotive, Erwartungen und zunehmende rechtliche Hürden

Minimalkonsens aller Aussiedler war – mit abnehmender Tendenz - der Wunsch „als Deutscher unter Deutschen zu leben“, was aus den früher von dieser Volksgruppe erlebten und als ungerecht empfundenen historischen Entwicklungen insbesondere ab dem 1. Weltkrieg resultiert.<sup>136</sup> Diese Erinnerungen wurden ihnen seit Jahren - bedingt durch die zunehmenden nationalen und ethnischen Konflikte- immer bewusster, so dass die Angst vor einer Wiederholung ihr Bewusstsein erreichte. Immer bedeutender wurde zudem, dass sich die wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern für die überwiegende Mehrzahl von ihnen – trotz aller geweckten Hoffnungen und Anstrengungen auch der Bundesrepublik, die Mehrheit von ihnen durch Unterstützung in den Herkunftsgebieten zum Bleiben zu bewegen<sup>137</sup>- nicht gebessert hatte, wie viele Aussiedler zunächst noch hofften. Da insbesondere die jüngeren Generationen, die oft kaum noch als Deutsche zu erkennen waren und aufgrund dessen (mit der Ausnahme Mittelasiens, was allerdings für alle Europäer gilt<sup>138</sup>) auch kaum noch als diskriminiert bezeichnet werden konnten, dort mittlerweile die Hoffnung auf eine spürbare Verbesserung ihrer Lebenslage aufgegeben hatten, suchten sie einen Ausweg aus der Misere, der sich ihnen bei Deutschstämmigkeit in der Familie bot.<sup>139</sup> So waren es oft keineswegs die

---

<sup>134</sup> Silbereisen/Lantermann/Schmitt-Rodermund - Marek Fuchs/Thomas Schwierting/Johannes Weiß, S. 70-72; vgl. Riek, S. 50ff.

<sup>135</sup> Riek, S. 151.

<sup>136</sup> Vgl. Riek, S. 116.

<sup>137</sup> BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 113, S. 1. BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 115, S. 13ff; Riek, S. 65.

<sup>138</sup> Vgl. S. 45.

<sup>139</sup> Strobl/Kühnel, S. 79ff; Dietz/Roll, S. 27.

alten, noch als Deutsche problemlos erkennbaren Menschen, welche auswandern wollten, sondern die ihre „Großmutter“ bedrängenden jüngeren Familienangehörigen, die ohne sie (Stichwort: Sprachtest) keine Chance hatten. Ab 1996 sah ein Urteil des BVerfG – vereinfacht beschrieben - vor, dass nur derjenige, welcher als Aussiedler kommen wollte, die deutsche Sprache können musste (er/sie also nach bestandem Sprachtest Familienangehörige „mitnehmen“ konnte), was schon eine Hürde für Ausreisewillige bedeuten konnte. Seit 01. Januar 2005 müssen nunmehr alle Abkömmlinge und nichtdeutschen Ehegatten, wenn sie in den Aufnahmebescheid einbezogen werden wollen (um nach Deutschland kommen zu dürfen), im Herkunftsgebiet Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen.<sup>140</sup> Dies gelingt vielen, die gerne kommen würden, nicht. Dieser Sprachtest ist nicht zuletzt ein wichtiger Umstand, weshalb die Zahlen der einreisenden Aussiedler rückläufig sind und weiter zurückgehen werden.

Insgesamt kann gesagt werden, dass als „Push-Faktor“ die ökonomische und soziale Misere in den Herkunftsgebieten mit zunehmender Tendenz deutlich im Vordergrund stand.<sup>141</sup> Auch wenn mittlerweile durch realitätsnahe Informationen über die Situation in Deutschland (Arbeitslosigkeit, Ellenbogengesellschaft, viele Ausländer und - was man sich dort nicht vorstellen konnte! - Drogen) durch offizielle Kanäle und zunehmende Kontakte der Menschen in den Herkunftsgebieten zu Menschen, die schon in Deutschland lebten, Deutschland nicht mehr als „Märchenland“<sup>142</sup> galt, so wurden doch die Chancen einer Verbesserung der Lebenslage in Deutschland als so groß eingeschätzt, dass die Kräfte des Beharrens überwunden wurden. Insgesamt spielten mithin – neben dem wichtigen Motiv der Familienzusammenführung, wobei der Begriff „Familie“ wesentlich mehr Verwandtschaftsgrade umfasst als hier gemeinhin üblich - als „Pull-Faktor“ ebenfalls Gründe die wichtigste Rolle, die im Zusammenhang mit der nach dem subjektiven Empfinden der Migranten besseren ökonomischen Situation in Deutschland standen, wie z.B. medizinische und soziale Versorgung, gesellschaftliche Harmonie sowie Ausbildungsmöglichkeiten. Ziel der Ausreise war - vereinfacht gesagt - eine lebenswerte Perspektive vor dem Hintergrund einer erwarteten größeren Stabilität, besonders hinsichtlich einer sozialen Integration<sup>143</sup> in Deutschland. Dem spricht auch nicht entgegen, dass bei

---

<sup>140</sup> Vgl. Kurzfassung zu den rechtlichen Hintergründen und rückläufigen Aussiedlerzahlen: BMI, Zuwanderungsrecht und –politik, S. 71f.

<sup>141</sup> Riek, S. 116f; Dietz/Roll, S. 33-34.

<sup>142</sup> Dietz/Hilkes, S. 25-26.

<sup>143</sup> Riek, S. 151.

Umfragen die Mehrzahl religiös-ethnische Motive für die Auswanderung angaben, wohingegen politisch-systemische Gründe eine untergeordnete Rolle spielten.<sup>144</sup>

#### **1.4 Kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge bzw. Hintergründe hinsichtlich der Suchtproblematik der Aussiedler**

Das geschichtliche Wissen über mehrgenerationale Entstehungsbedingungen suchtbelasteter Biographien ermöglicht uns neue Perspektiven hinsichtlich der Ursachen der Alkohol- und Drogenepidemien in der Vergangenheit und der Aktualität zu entwickeln<sup>145</sup>. Verfolgt man die Biographien der alkoholkranken Aussiedler im mittleren Alter, treten drei gemeinsame Aspekte als Leitfaden der historischen Belastungshintergründe für ihr Suchtkrankheitsbild in den Vordergrund: Die kollektive Tragödie der Vertreibung mit all den Verlusten und brutalen Diskriminierungen, das Elend der Nachkriegszeit und die vom Staat traditionell gesteuerte und in Kauf genommene Alkoholvergiftung des russischen bzw. sowjetischen Volkes (Drogen- und Alkoholpolitik). Bei näherer Betrachtung der Familiensysteme von jungen heroinabhängigen Aussiedlern stößt man oft nicht nur auf das Zusammentreffen ihrer Familiengeschichte mit der Geschichte der Suchtepidemien (hauptsächlich Alkohol) im Herkunftsland, sondern auch auf verblüffende Ähnlichkeiten zwischen den jeweils erlebten Traumatisierungen, welche beinahe Wiederholungen der Schicksale über die Generationen hinaus zu sein scheinen.<sup>146</sup>

Unser Präventionsprojekt entstand vor allem vor dem Hintergrund der Opiatepidemie unter jungen Aussiedlern. Dieser gesellschaftliche Brennpunkt wird nur wegen der zerstörerischen Geschwindigkeit der Substanzwirkung und der Begleitumstände (Beschaffungskriminalität usw.) als solcher epidemisch und bedrohlich wahrgenommen. Suchtmittel Nummer eins bleibt nach wie vor der Alkohol<sup>147</sup>; bei der älteren Generation sowieso, die Jüngeren haben noch Zeit, bis das Krankheitsbild sich deutlich manifestiert. Nun, was ist mit den jungen Heroinabhängigen, die zum Alkohol schon immer eine gleichgültige Einstellung hatten? Wo sind die gemeinsamen Hintergründe, biographischen Überschneidungen und historischen Rückkopplungen? Die Droge kann variieren - unverändert bleibt die Sucht. Die

---

<sup>144</sup> Riek, S. 150.

<sup>145</sup> Stachowske, S. 36.

<sup>146</sup> vgl. Stachowske, S. 37.

<sup>147</sup> vgl. Barth/Czycholl, S. 11.

Lebensumstände können sich ändern, die Sehnsucht nach Liebe, Verständnis, Anerkennung und Freiheit kann über die Generationen weiter gegeben werden. Der größte Irrtum der Aussiedler in diesem Zusammenhang sind Aussagen wie:

„In Russland gab es keine Sucht, in Russland gab es keine Drogen.“

Erstens: Beinahe ein Viertel der Bevölkerung in Russland ist schwer alkoholkrank<sup>148</sup>.

Zweitens: In Russland gab es schon immer auch illegale Drogen. Auf Grund der brutalen Drogenpolitik, der weiten Entfernungen der ländlichen Regionen, wo die Russlanddeutschen überwiegend herkommen, von den russischen Metropolen und der guten Versorgung mit der legalen Droge Alkohol trat die illegale Drogenkriminalität bzw. der Drogenkonsum bis Ende der 80er-Jahre kaum oder gar nicht in Erscheinung. Festzuhalten bleibt: Die Eltern der heroinabhängigen jugendlichen Aussiedler sehen keineswegs einen Zusammenhang zwischen der Erkrankung ihrer Kinder und dem eigenen Trinkverhalten (oft latente Alkoholabhängigkeit), zwischen den Eingliederungsschwierigkeiten der Jüngeren in Deutschland und den selbst erlebten Abschottungen und Diskriminierungen im Herkunftsland. Sie sehen auch keinen Zusammenhang zwischen den eigenen verdrängten und vergessenen Traumatisierungen und der nicht ausgesprochenen Hingerissenheit, den Enttäuschungen, der Angst und dem Frust ihrer Kinder. Für sie gibt es keine Verbindung zwischen ihren autoritären Erziehungsmethoden, der rückständigen Lebensart und den Minderwertigkeitskomplexen ihrer Kinder.

a) Warum trinken Russen Wodka?

„Weil er flüssig ist. Wenn wir ihn schneiden könnten, hätten wir ihn gegessen.“<sup>149</sup>

Alkoholismus ist kein ausschlaggebendes Merkmal ausschließlich der russischen Kultur. In Europa gab und gibt es wohl auch genug trinkfreudige Völker, unter denen Russland jedoch nach wie vor beim Konsum von Spirituosen den ersten Platz einnimmt. Das destruktive, exzessive und selbstzerstörerische Trinken ist mindestens seit über anderthalb Jahrtausenden der Alltag von Abermillionen Russen<sup>150</sup>. Man möchte hier nicht mit dieser Aussage die Empörung der Zielgruppe Aussiedler – überwiegend enthaltsame und fleißige Menschen - hervorrufen. Diese Gruppe mit

---

<sup>148</sup> Vgl. Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 151. Dieses Buch verschafft dem (einheimischen) Leser einen –manchmal überspitzten- aber in toto sinnvollen Überblick über die unglaublichen geschichtlichen und sozialen Hintergründe des Alkoholismus in Russland.

<sup>149</sup> Moderner Aussiedler-Witz, Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 7

<sup>150</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 15

der russischen Durchschnittsbevölkerung im Bezug auf Trinktradition auf eine Stufe zu stellen wäre (nicht aus nationalen Gründen!) falsch und ungerecht. Die ausreisenden Deutschen sind überwiegend solche Bürger, die Russland - gerade in den riesigen ländlichen Räumen (Sibirien) - am meisten fehlen. Schließlich sind sie Nachkommen der Generation, die mit ihrem ca. 1% Anteil an der Gesamtbevölkerung Russlands über die Hälfte der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion bzw. Abgaben an den Staat und der Exportgewinne des Zaristischen Russlands erwirtschaftete. Nun – durch Zwangsmaßnahmen (Sprachverbot, Zersiedlung, Religionsverbot usw.), freiwillig (Mischehen) oder einfach mit dem Verlauf der Zeit durch Anpassung russifiziert - hatten sich die Russlanddeutschen mehr und mehr in Russland „integriert“.

Es ist wohl schwer zu definieren, ob die Aussiedler prozentual mehr als die Binnen-deutschen trinken; jedoch wird sowohl die offizielle als auch die Dunkelziffer der Alkoholkranken in Russland im prozentuellen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sicherlich wesentlich höher als in Deutschland sein. Dieses mit der Begründung „die Russen trinken mehr als Deutsche“ zu erklären, wäre viel zu einfach und schlicht trivial.

Die Tatsache ist, dass die Alkoholsituation unter den Russlanddeutschen (Aussiedlern) sich nicht mehr wie vor 100 Jahren auf Ausnahmefälle beschränkt, sondern ein ernst zu nehmendes Problem ist. Waren die Russlanddeutschen vor hundert Jahren noch von einem oft protestantischem Arbeits- und Sittenbild geleitet, das Alkoholexzesse fast völlig und Alkoholgenuss nur selten und maßvoll gestattete, haben sie sich nach und nach auch im Hinblick auf den Alkoholkonsum der Aufnahmegesellschaft (Sowjetunion) angepasst. Diese Entwicklung ist sowohl aus der gesellschaftlichen Perspektive als auch aus der Perspektive des Arbeitsalltags mit dieser Gruppe im Suchthilfesystem aus folgenden Gründen problematisch:

- Vor dem Hintergrund der immer schlechteren Lage auf dem Arbeitsmarkt und der gleichzeitig anteilsgemäß immer mehr steigenden Zahl der neuen Einwanderer, die aus dem postsowjetischen Chaos bereits in einer kritischen Phase des Alkoholismus nach Deutschland einreisen. Diese Klientengruppe des deutschen Suchthilfesystems wächst, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den neuen Regelungen im System der Agentur für Arbeit: So werden nunmehr von dieser immer mehr Menschen mit Suchtauffälligkeiten verpflichtend aufgefordert, sich mit Suchtberatungsstellen in Verbindung zu setzen (sonst drohen Zuwendungskürzungen), was zuvor nicht

regelmäßig geschah. Ergebnis aus Sicht der Beratungsstellen ist, dass immer mehr Menschen – in der Regel ohne Eigenmotivation hinsichtlich ihrer eigenen Suchtproblematik - vorsprechen; darunter sind auch Aussiedler. Die Hauptbarrieren in der Arbeit mit diesen Menschen sind: Sprachinkompetenz, Motivationslosigkeit, nicht selten ein – hier unbekanntes - völlig irrationales Verhalten im Bezug insbesondere auf den Umgang mit Alkohol.

- Die Beschäftigung mit den Biographien der jungen drogenabhängigen Aussiedler in der Beratung weist deutlich auf die Zusammenhänge zwischen der Alkoholsucht oder zumindest dem missbräuchlichen Alkoholverhalten der älteren Generation und der Heroinsucht der jüngeren Aussiedler hin.

Es handelt sich nach wie vor um die Sucht als solche, um ein psychologisches Phänomen, das mit äußeren Einflüssen einhergeht. Die Hauptvoraussetzungen für die Entstehung einer Suchtkrankheit sind (vereinfacht dargestellt!): Die individuelle Lebensgeschichte (psychische Instabilität, traumatische Lebensereignisse, Perspektivlosigkeit, schicksalhafte Umstände), das Umfeld (soziale Umgebung inklusive Familie) und Verfügbarkeit der Suchtmittel.<sup>151</sup> Der erste Faktor ist absolut individuell und menschlich, was nichts mit einer bestimmten Kultur oder dem Staatssystem zu tun hat. Den Ausbruch einer Sucht/Drogenepidemie bestimmen in der Regel die wirtschaftlichen (Krisen), politischen (Kriege) und sozialen (Armut) Faktoren. Diese Faktoren werden kaum von den letztlich Betroffenen ausgelöst oder beeinflusst, was Ohnmachts- und Machtlosigkeitsgefühle bedingt.

Die Entwicklung der russischen Trinkkultur ist verblüffend, spannend und entsetzlich zugleich. Nach einigen historischen Quellen führt sie bis in die Zeit des 6. Jahrhunderts zurück.<sup>152</sup> Die Abhängigkeit des russischen Staatskapitals von den Alkoholeinnahmen zeigt sich im folgenden Zeitvergleich deutlich: Von Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts stiegen die Einnahmen von 20 auf 32 Prozent, im 19. Jahrhundert stiegen sie auf 42 Prozent, sodass der „Säufer-Etat“ bis zu 70% aller Staatsausgaben, die zum größten Teil für die Reproduktion der bestehenden Machtverhältnisse (ob zaristische oder sozialistische) investiert wurden, deckte. Bis zu Gorbatschows Antialkoholkampagne belief sich der Anteil der Spirituosensteuer an den Staatseinnahmen auf durchschnittlich ungefähr ein Drittel. Russland war eine Alkoholkolonie analog zu Kaffee- oder Kautschukplantagen der klassischen

---

<sup>151</sup> Voigtel, S. 32-45

<sup>152</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 15 ff

Kolonien, mit dem Unterschied, dass Russland mit seinem Anspruch auf den Großmachtstatus sich mit Hilfe des Wodkas zur Kolonie seiner selbst gemacht hat<sup>153</sup>. Die verheerenden Folgen des nationalen Alkoholismus auf den genetischen Bestand des Volkes, sein physischer und psychischer Gesundheitsverfall waren weder mit pseudowissenschaftlichen<sup>154</sup> noch mit patriotisch-nationalistischen<sup>155</sup> Versuchen, die positive und sogar notwendige Bedeutung von Wodka für die russischen Seelen und Körper zu idealisieren, wegzuwischen.<sup>156</sup> Doch jeder Versuch des Staates, seine wirtschaftlichen Interessen und das Gemeinwohl zum Einklang zu bringen (1905, 1911, 1914, 1917, 1921, 1927) scheiterten jeweils wegen des russischen Trinkstils bereits im Vorfeld von vagen Reformen. Insbesondere die kommunistischen Fanatiker verfolgten mit allen möglichen absurden und brutalen Methoden die Ideologie vom „klaren Geist des nüchternen Volkes“. Doch 1925, trotz der Kritik „die Sowjetregierung trete in die Fußstapfen der zaristischen Regierung“, wurde der finanzielle Gewinn aus dem Alkoholhandel dem „kleineren Übel“, ein alkoholisiertes Volk zu haben, vorgezogen<sup>157</sup>. Produktion und Vertrieb von Spirituosen zum Wohl des Sowjetstaates wuchsen unaufhaltsam. So gab es 1940 doppelt so viele Geschäfte für Spirituosen wie für Lebensmittel.

Insbesondere in der russischen Kriegsgeschichte hat Alkohol seine besondere Bedeutung und beeinflusste oft genug den Kriegsverlauf.<sup>158</sup> Faktisch wurden Kriege oft erst durch Alkoholsteuern möglich, wobei dann nicht selten Schlachten wegen des Alkoholkonsums der Truppen verloren wurden.

Im Verlauf des „Großen Vaterländischen Krieges“ wurden die Anordnungen über die Vergabe und Verteilung des Alkohols an die Soldaten immer wieder geändert, mal wurde sie unterbunden, dann wieder wurde sie drastisch erhöht. Unverändert blieb die Tatsache, dass Alkohol - ein „Lebens- und Todeselixier“<sup>159</sup> - der Armee permanent zur Verfügung stand. Generell kamen beim Militär auch die Personenkreise unmittelbar mit Alkohol in Kontakt, die bislang kaum Bezug zum Trinken hatten: Junge Bauernsöhne aus der tiefsten Provinz, Soldaten aus muslimischen Republiken, junge Frauen in Armee und Sanitätsdienst. Im Zweiten Weltkrieg hat die „Hundert-Gramm-Tagesration“ Wodka, die insbesondere nach den

---

<sup>153</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland S. 104-105

<sup>154</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 106

<sup>155</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 147

<sup>156</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 106

<sup>157</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S.118-129

<sup>158</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 59-70

<sup>159</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 68-70

schweren Verlusten auch bis zu 500 Gramm erhöht wurde, die Menschenverluste durch Trunkenheit „erfolgreich“ beeinflusst.<sup>160</sup> Aus den Erinnerungen eines Kriegsveteranen: „Im Krieg haben wir uns gegen die Angst vor dem Tod voll gesoffen und nach dem Krieg, um zu vergessen!“ Erinnert sei auch an die dramatisch-enthemmende Rolle des Wodkas bei der sowjetischen Besatzung in Mitteleuropa und Deutschland mit der geschätzten Opferzahl von rund 800.000 Frauen und Mädchen, deren Vergewaltigungen infolge der Trunksucht der Soldaten-Täter besonders brutale Formen annahmen.<sup>161</sup>

Nach dem zweiten Weltkrieg benötigte der Staat Kapital für den Wiederaufbau. Der Alkoholhandel verzeichnete ein viel rascheres Wachstum als jede andere Industriebranche. Zwischen 1945 und 1985 stieg der Alkoholkonsum pro Kopf um das Siebenfache. Der Wodka wurde von immer Jüngeren konsumiert, immer deutlicher traten die pathologischen Folgen des exzessiven Alkoholkonsums über Generationen in Erscheinung.<sup>162</sup>

Aus den Erinnerungen an die Kindheit Ende der 50er-Jahre bis Anfang der 60er-Jahre im Grenzgebiet zwischen Sibirien und Nordkasachstan (wo letztlich die meisten Aussiedler herkommen)<sup>163</sup>:

*„Alle schönen Kindheitserinnerungen sind vor dem Hintergrund der elenden Zeit verblasst und nichtig geworden. Kinderreiche Familien, Armut, Läuse, Kälte und Mangel an Kleidung, alkoholsüchtige, gewalttätige und hurende Ehemänner und Familienväter, zu 90%, in jeder Familie. Der Gestank nach dem Selbstgebrannten (Samogon) steckt immer noch in meiner Nase. Gebrannt wurde in jedem Haushalt: für Eigenverzehr, für den Zweck des Zahlungsmittels. Insbesondere die einsamen Kriegswitwen waren für die illegale Produktion des Alkohols berüchtigt. Für einen „Halbenliter“ (übliches Maß einer Flasche Wodka) konnte man sich gestohlenes Heizmittel oder Futter für die Haustiere des Eigenbedarfs nach Hause illegal bringen lassen, sich eine handwerkliche Hilfe holen, und nicht selten weibliche Sehnsucht nach männlicher Nähe stillen.*

*Kinder der verfluchten, im Alkohol und Tränen durchtrunkenen Nachkriegszeit: Wir sind entweder Alkoholiker, oder haben Alkoholiker geheiratet, oder - in günstigsten Fällen - leben mit ständigen - in der aktuellen Realität unbegründeten - Phobien und*

---

<sup>160</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 68-70

<sup>161</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland S. 70

<sup>162</sup> Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 129, 151

<sup>163</sup> Aus einem Beratungsgespräch mit der Mutter eines heroinabhängigen Klienten (Januar 2006).

*werden immer wieder von den selben Träumen wach, wo der Vater die Mutter bis zur Bewusstlosigkeit misshandelt. Er übergießt das Haus mit Benzin und hält in der Hand die bereits angezündete Fackel. Wir, fünf Kinder im Alter von 10 Jahren abwärts, weinen und flehen ihn auf den Knien an, das nicht zu tun...“*

Diese Schilderung sei exemplarisch für die Verrohung der Sitten während und nach dem Krieg und der stalinistischen Gewaltherrschaft angeführt.

Heute liegt der Pro-Kopf-Verbrauch an reinem Alkohol in Russland mit 13-15 Liter pro Jahr an der Weltspitze. Als Folge davon fiel im Jahre 1994 die mittlere Lebenserwartung der Männer auf unter 58 Jahre. 40% der verstorbenen Männer erreichen nicht einmal das Rentenalter von 60 Jahren. Damit ist Russland bei der männlichen Lebenserwartung nicht nur das Schlusslicht in Europa: In zwei Dritteln aller Länder weltweit leben Männer länger als in Russland<sup>164</sup>.

#### b) Kurze Historie des Trinkverhaltens der Russlanddeutschen

Diese kurzen und gewiss vereinfacht dargestellten Ausführungen über die Alkoholepidemie in Russland des letzten Jahrhunderts fällt in Bezug auf die Geschichte unserer Zielgruppe mit ihren dramatischsten Kapiteln -Zeit der Akkulturation und Russifizierung, Enteignung, Vertreibung, massenhafte Vernichtung und Diskriminierung. Dabei ist deutlich anzumerken, dass diese Gruppe gegen die massenhafte Alkoholepidemie bis zum Ende der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts aus vielen kulturellen oder politisch bedingten Umständen überwiegend immun geblieben war. Deutsche waren trotz der seit dem 19. Jahrhundert fortgeschrittenen Russifizierungspolitik eine in sich geschlossene nationale Gruppe; die Vermischung mit anderen Nationalitäten hat so gut wie gar nicht stattgefunden.<sup>165</sup> Nach der Vertreibung aus ihren Kolonien im Kaukasus, der Wolgarepublik und der Ukraine in die tiefsten Regionen Sibiriens, Mittelasiens und Kasachstans während des Krieges und der nachfolgenden Zeit der Kommandantur waren sie wegen der dramatischen Umstände der Recht- und Statuslosigkeit einerseits von dem Rest der Bevölkerung abgeschottet, andererseits von dem kollektiven Unheil „Alkohol“ relativ verschont geblieben. Schließlich ergab es keinen Sinn, Alkohol in die Arbeitslager zu bringen, da die Häftlinge nicht zahlen konnten. Zudem durften sie nicht, da der Kollaboration verdächtig, kämpfen; Deutsche bekamen also auch keinen „Armee-Alkohol“.

---

<sup>164</sup> vgl. Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 151

<sup>165</sup> Siehe hierzu die Ausführungen zur Geschichte der Russlanddeutschen oben.

Erst mit der – viel später veröffentlichten - Rehabilitierung und dem Recht auf freie Ansiedlung der Deutschen in den ihnen erlaubten Regionen der Sowjetunion bekamen sie auch überhaupt wieder Zugang zu Alkohol. Mit dieser De-facto-Zersiedlung des Deutschtums in der Sowjetunion nahm dann dort ihre immer mehr fortgeschrittene Integration in die einheitliche sowjetische Gesellschaft mit allen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten ihren Anfang. So wurde auch das russische bzw. sowjetische Trinkverhalten übernommen, was allerdings auch für andere Nationalitäten, die historisch-kulturell kaum Bezug zur Alkoholproblematik hatten (muslimische Republiken wie Kasachstan), gilt. Die moralischen, kulturellen und religiösen Werte, die den Deutschen in Russland über 200 Jahre eigen waren, verschwammen nach und nach, die russisch-sowjetische Kultur dominierte in allen Lebensbereichen, man glich sich an und übernahm dabei in der Regel nicht nur die guten Aspekte der Leitkultur.

c) Woher kam bei den jungen Russlanddeutschen der Trend zum Heroin?

Bereits Mitte der 70-er Jahre ist der Drogenkonsum in vielen Regionen Russlands ziemlich gewöhnlich, aber gesellschaftlich weder anerkannt noch publiziert worden. Seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan hat sich der bis heute funktionierende Drogenhandelsweg gebildet, was eine starke Verbreitung der illegalen Drogen zur Folge hatte.<sup>166</sup> So leben die gleichen Völker, die den Norden Afghanistans dominieren, auch in den angrenzenden Sowjetrepubliken (Usbeken und Tadschiken), was den Aufbau von Handelswegen erleichterte. Zudem kamen viele junge Sowjetsoldaten bei ihrem Einsatz in Afghanistan mit Opiaten in Berührung.

Harte Drogengesetze (auf Verkauf eines einzigen Joints standen mindestens 7 Jahre Gefängnis) haben dies seinerzeit nicht verhindert.<sup>167</sup>

Um 1990 fiel die so genannte "Drogenrevolution" mit "Perestroika" und "Glasnost" von Gorbatschow zusammen. Heute nennt man oft diese Periode, so ungefähr zwischen 1987 und 1994, "unsere kleinen 60-er Jahre".

Dazu gab es noch einen Moment, der die Bevölkerung zum Drogenkonsum bewegte, und zwar die berühmte "Antialkoholkampagne" von Gorbatschow, dem so genannten „Mineralsekretär“.

---

<sup>166</sup> Vgl. Barth/Schubert, S. 22

<sup>167</sup> Vgl. Margolina, Trinken und Macht in Russland, S. 166

Die Begrenzung des Alkoholverkaufs hat eine Art "Substitutionstherapie" provoziert: Die Jugendlichen haben Experimente mit psychoaktiven Mitteln angefangen. Weiterhin hat die offene Grenze nicht nur zur Entwicklung einer offeneren Gesellschaft, sondern auch zur Entwicklung des illegalen Drogengeschäftes beigetragen.

Die Hauptlieferungen kamen nach offiziellen Angaben aus Afghanistan (über Tadschikistan und Kasachstan), aber auf dem Schwarzmarkt konnte man die verschiedensten Sorten finden, so wie u. a. "weißer Chinese" (ein synthetisches Opiat). Die Qualität dieser "Strassendrogen" ist sehr schlecht; sie enthalten bis zu 90% Beimischungen. Eng verbunden mit der Heroinexpansion (Stichwort: Spritzen) ist auch die schnelle Verbreitung von HIV und Hepatitis<sup>168</sup>.

Die Drogenexpansion in Russland hat keinen unmittelbaren Zusammenhang oder direkten Einfluss auf die Drogenproblematik der Aussiedler in Deutschland. Die jungen heroinabhängigen Klienten unserer Beratungsstelle mit postsowjetischen Migrationshintergrund kamen auf verschiedensten Wegen in Kontakt mit Heroin. Festzuhalten ist, dieser Erstkontakt geschah -mit wenigen Ausnahmen- in Deutschland. In der Regel sind es 16-17-jährige (zumeist) Jungs aus den tiefsten Provinzen Kasachstans, die zwar das Wort „Drogen“ nur aus dem Fernsehen kannten, wohl aber unmittelbar und indirekt ständig mit Sucht und/oder ihren potenziellen Ursachen und Begleiterscheinungen konfrontiert waren: Alkoholismus der älteren Generationen, familiendynamische Traumatisierungen, verzerrte und deformierte Autoritäten, unterdrückte und auf sich selbst projizierte Aggressionen gegen die Umwelt und eigene Minderwertigkeitsgefühle.

#### d) Geschichtliche Perspektive in der Suchtproblematik der jungen Aussiedler

Ein Gespräch mit Dr. Ruthardt Stachowske zum Thema Drogenabhängigkeit und Familiengeschichte

Dr. Ruthardt Stachowske ist Leiter einer Fachklinik für Drogenabhängige. Mit seinen Forschungen und Veröffentlichungen hat er wichtige Beiträge zum Verständnis multigenerationaler Zusammenhänge bei Sucht geliefert. Weitere Informationen über [www.stachowske.de](http://www.stachowske.de)

---

<sup>168</sup> Vgl. Margolina, Trinken und Macht in Russland S. 166

**Herr Dr. Stachowske, in Ihrem Buch „*Mehrgenerationentherapie und Genogramme in der Drogenhilfe : Drogenabhängigkeit und Familiengeschichte*“<sup>169</sup> beschreiben Sie Drogenabhängigkeit als generationsübergreifend. Sie haben dort die Geschichte der Drogenabhängigkeit in Deutschland ab dem 19. Jahrhundert dargestellt. In vielen Familien von Drogenabhängigen wurden in der Eltern- und Großelterngeneration die selben Substanzen – oft als Medikamente – konsumiert; für diese Tatsache besteht in den betroffenen Familien kein Bewusstsein. Ebenso besteht in Deutschland kein Bewusstsein über das Ausmaß der Drogenepidemie im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wir haben jetzt viele Jugendliche und junge Erwachsene Aussiedler mit Drogenproblemen. Gab es in Russland ähnliche Drogenprobleme in den vorherigen Generationen?**

Sie müssen das, was ich über Deutschland geschrieben habe, auf die ganze nördliche Hemisphäre übersetzen. Es gilt für die gesamte nördliche Hemisphäre plus Neuseeland und Australien, dazu Nordafrika und ich gehe davon aus, dass es auch für Asien gilt. Die von mir so genannte Drogenepidemie ist fast weltweit, die Opium-Abkommen in den 20er Jahren sind abgeschlossen worden, weil die nördliche Hemisphäre drohte, an Drogenmissbrauch kaputt zu gehen. Pharmakologisches Wissen wurde auch vor 200 Jahren weltweit verbreitet und das haben natürlich die Pharmakonzerne Mitte des 19. Jahrhunderts exzellent zur Verbreitung und zum Verkauf der Substanzen genutzt. Sie können davon ausgehen, dass die Informationen und Substanzen (Morphin, Heroin, Kokain) in New York und Moskau, den baltischen Republiken, in Ägypten und Nordafrika, in Europa und Nordamerika verbreitet waren. In Ägypten ist beispielsweise in den 30er Jahren der Arbeitslohn in Heroin ausgezahlt worden.

Fast alle Staaten der Welt hatten Drogenprobleme und haben die Opium-Konferenzen ratifiziert. Bis zu den Opium-Konferenzen waren alle Drogen frei käuflich oder nur unter geringen Einschränkungen zu erwerben. Die Opium-Konferenzen sind ein Ausdruck dafür, dass die Staatengemeinschaft, den Umgang mit hochsuchtpotenten Stoffen reglementieren wollte. Und wer immer da auch ratifiziert hat, hat gesagt: Ich habe ein Interesse, dass das passiert.

---

<sup>169</sup> Heidelberg 2002

## **Wie war die Situation in Russland und der Sowjetunion in dem Zusammenhang?**

In New York erschien 1890 ein Artikel, in dem beschrieben wurde, wie Kokain als Ersatzstoff eingesetzt werden soll für Morphinisten und Codeinisten. Dieser Artikel wurde in Moskau gelesen und wurde in der Moskauer Zeitschrift von Merck veröffentlicht.

In den Baltischen Republiken soll es einen illegalen Drogenhandel mit dem deutschen Chemieunternehmen Böhlinger gegeben haben, der Völkerbund hat lange nachgehakt, wie diese Mengen da reinkommen. Man findet in den Archiven auch Hinweise auf Handelsbeziehungen nach Osteuropa und es gibt im Moment keinen Grund anzunehmen, dass Osteuropa nicht ähnliche Drogenprobleme hatte wie Westeuropa oder Nordamerika. Das Chemieunternehmen Merck hat nach Moskau verkauft, und das werden nicht die biologisch dynamischen Medikamente gewesen sein. Da gab es ein Interesse, Geld zu verdienen und da ist Geld verdient worden.

Es spielt natürlich auch eine Rolle, dass es eine Zeit lang im 19. Jahrhundert eine Unwissenheit im Umgang mit diesen hochsuchtpotenten Medikamenten gab.

Sie können das auch an den Begriffen sehen: die Drogenabhängigkeit heißt ja in Osteuropa „Narkotizismus“ oder ähnlich, die haben den Begriff der Narkotika und der ist ja auch als Fachbegriff in Westeuropa geläufig.

## **In den 80er Jahren, soll es einen abgeschlossenen illegalen Drogenmarkt hinter dem Eisernen Vorhang gegeben haben, der unabhängig von dem westlichen Drogenmarkt war. Wie hat sich das ausgewirkt?**

Bei Ihrer Frage geht es um den so genannten illegalen Drogenhandel - was ich sage, ist aber kein Widerspruch dazu. Ich bin ja ein erklärter Gegner der Aufteilung in legal und illegal, denn diese verklärt nur, dass es sich im Grunde genommen um pharmakologische Substanzen handelt. Heroin heißt Diacetylmorphin, Codein heißt Äthylmorphin, Morphin heißt Morphin und Opium heißt Opium. Auf der pharmakologischen Ebene sind dies einander sehr verwandte Substanzen.

Es ist eigentlich ein Irrglaube, dass der Westen jetzt von fernen Teilen der Welt mit Drogen überschwemmt wird, geschmuggelt in Lkws und unten in Schiffen. Das verkennt völlig, dass alle Drogensubstanzen entweder in Deutschland erfunden und

patentiert wurden. Das sind nur deutsche Produkte (außer LSD). Man verkennt, dass das Zentrum der weltweiten chemisch-pharmazeutischen Industrie in Europa liegt, hauptsächlich in Deutschland, teilweise in der Schweiz und in Frankreich. Man verkennt, dass das gesamte Drogenproblem eigentlich seinen Ursprung in Deutschland hat. Da gibt es auch nichts dran zu deuteln.

Wenn man sagt, dass Kokain und Heroin aus fernen Ländern kommen, dann stimmt das einerseits. Aber es verklärt die Realität: Kokain ist 1860 in Göttingen synthetisiert worden, der frühe Reichtum der chemisch-pharmazeutischen deutschen Industrie stammt unter anderem aus der Produktion von Drogen, auch aus der Produktion dieser Substanzen nach den Opium-Konferenzen 1920. Nicht geklärt ist, warum auch nach der dritten Opiumkonferenz in Deutschland die so genannten illegalen Drogen weiter produziert wurden und zum Beispiel in erheblichem Umfang in der nationalsozialistischen Medizin genutzt wurden.<sup>170</sup> Deutschland ist durch die Versailler Verträge zur Ratifizierung der Opiumkonferenzen gezwungen worden; Deutschland ist eines der wenigen Länder der Welt, die nicht ratifizieren wollten. Später haben die Nazis gigantische Mengen produziert, Heroin, Kokain, Morphin. Irgendwann hat man sich in Südostasien, Afghanistan und anderen Ländern, um die Kriege zu finanzieren, die Herstellungsmethoden und die chemischen Grundstoffe in Deutschland gekauft. Man hat dort selbst produziert und den Vertrieb organisiert. Aber man hat nichts anderes gemacht, als letztendlich deutsche Produktionsmethoden zu übernehmen. Das ist im Prinzip wie der Verkauf von deutschen Produktionsanlagen und -methoden von VW nach Mexiko.

Wenn wir forschen wollen, müssen wir auf die pharmakologische Ebene gehen und nicht in legal und illegal verklären. Die wichtige Frage im Bezug auf Osteuropa ist: Was hat sich aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie hinter dem so genannten Eisernen Vorhang entwickeln können? Es gibt die große Produktion an Rohopium. Ich war 2004 in Bischkek in Kirgistan, und man berichtete mir über gigantische Mengen von Rohopium. Dabei geht es nicht um irgendwelche armen Bauern, die zur Ernte mit einem Messer über's Feld hüpfen, wie es in Fernsehbildern gern gezeigt wird, sondern um Mengen im hohen Kilogramm Bereich. Es ist dabei auch gleichgültig, wie und wo es produziert wird, denn es ist dem Gehirn egal, ob es legal oder illegal oder aus der Türkei oder aus Afghanistan kommt. Man muss auf der pharmakologischen Ebene fragen, welche suchtpotente Substanz wo verfügbar

---

<sup>170</sup> vgl. Stachowske 2002, S. 92

gewesen ist. Und da kann es sein, dass das Kokain in Osteuropa nicht so verfügbar ist oder dass die Verfügbarkeit von Alkohol höher ist als die von teuren pharmakologischen Substanzen.

Man wird auch einen höheren Gebrauch von Natursubstanzen dort finden. In Zentralasien gibt es große „Ephedrinfelder“<sup>171</sup>. Die Bauern dort wissen, wie sie Ephedrin machen, das ist dort Standardwissen. Sie können dort zu den alten Bauern gehen, die machen Ihnen da sonst was draus, weil man dort seit Jahrhunderten dieses Wissen hat. Aber das Ephedrin der 70er-Jahre in Deutschland auf der Szene ist ja kein anderes Ephedrin als das in Kirgistan, nur weil es dort alte Bauern herstellen. Man darf nicht den Fehler machen, sich verklären zu lassen und zu denken, dass eine sei ein landwirtschaftliches Produkt und hier sei es eine illegale Droge auf der Szene. Pharmakologisch ist das „eine Substanz“. Da gibt es sozusagen regional begründete Unterschiede, aber man darf nicht darüber hinweg sehen, dass man eigentlich kontrollieren muss: Was ist mit der suchtpotenten Substanz, die konsumiert wurde?

Wenn man dann fragt, wie Sucht in den Generationen gelernt und interkulturell gelernt wird, dann ist dabei die Frage wichtig, wie Kindern beigebracht wird, mit Suchtstoffen umzugehen. Dann ist es erst mal unwichtig, um welche Substanz es sich handelt, denn ein Kind kann nicht sehen, ob es Heroin oder Ephedrin ist. Ein Kind kriegt nur mit, dass es einen Umgang mit suchtpotenten Substanzen gibt und lernt das von seinen Eltern. Wenn man Patienten fragt, welche Substanzen im Familiensystem konsumiert worden sind, wird man oft die Antwort bekommen: „Gar keine.“ Wenn man dann weiter fragt: „Wer war krank?“ dann hört man beispielsweise von Kriegsverletzten, die einfach mit Morphin behandelt wurden. Aber das gilt ja nicht als Droge, sondern es wird Schmerzmittel genannt. Oder man hört „Meine Mutter hatte Migräne.“ Dann können Sie fragen, welche Medikamente ihr geholfen haben.

Mir sind diese Dinge durch viele Jahre Forschung klar und ich weiß, dass diese Art zu denken ein anderes Denken ist, als man es in Deutschland und Europa lehrt.

Das Drogenproblem, so wie ich es in meinem Buch beschrieben habe, ist ja nicht isoliert als Drogenproblem zu betrachten. Ich habe drei Thesen aufgestellt. Die erste These besagt, dass es Suchtentwicklung in den Generationen gibt. Die kann man

---

<sup>171</sup> Ephedra sinica und andere Ephedra-Arten, z.B. Meerträubelkraut, Ephedrin fand verschiedene medizinische Anwendungen, wird in höheren Dosierungen auch als Stimulans missbraucht, kommt in Dopingmitteln zum Einsatz oder dient als Grundstoff zur Herstellung weiterer Drogen wie Methamphetamin.

nachvollziehen, wenn man sich von dem Gegensatz zwischen legal und illegal freimacht und bei den verschiedenen Generationen die verschiedenen Substanzen im Genogramm erfasst. Man fragt ganz vorsichtig: „Wer war wie krank?“ usw.. Fragen Sie hinten herum, fragen Sie nie in das Trauma rein, sondern fragen Sie immer nach Krankheiten. Als nächste Frage: „Ist Ihnen geholfen worden? Mit welchen Medikamenten?“ dann kriegt man es schon raus. Auch beispielsweise Rheumamittel waren hoch suchtpotent. Sie müssten dann in den Büchern von Keup<sup>172</sup> nachsehen, da finden Sie relativ gute Erklärungen, um welche Wirkstoffe es sich handelte. Die erste These ist also: Sucht entwickelt sich aus dem Zusammenhang in den Generationen, der verkannt ist. Keiner wird süchtig, wenn die Generationen ihn das nicht lehren. Irgendjemand hat es ihm beigebracht. Dahinter steckt die These, dass es eine Konsumähnlichkeit gibt zwischen den Generationen.

Die zweite These lautet, dass es nicht verarbeitete Traumata in den Familien zwischen den Generationen gibt, also Missbräuche oder Gewalt.

Und die dritte sehr wichtige These ist, dass Täter- und Opferfamilien untereinander geheiratet haben. Die Diktaturen sind damit in die Familien hereingebrochen, durch die Diktaturen gibt es zerstörte Familien. Das findet man sehr oft vor, wir haben das hier in Deutschland erlebt mit den Heiraten zwischen Täter- und Opferfamilien des Nationalsozialismus. Aber überall in Europa haben die Diktaturen Familien zerstört, beispielsweise Familien, die durch das Franco-Regime in Spanien zerstört wurden und in die Baskenkultur eingeheiratet haben.

Ähnlich hat der Stalinismus viele russlanddeutsche und russische Familien zerstört. Viele Großväter dieser harten russlanddeutschen Jugendlichen, dieser „Draufhauer“, kommen aus den Stalinlagern. Die sind genauso wie Holocaust-Opfer zerstörte Menschen und einige von denen haben in den Familien weiter gewütet. Sie können es bei den Enkeln sehen, manchmal ist die Härte der Enkel nichts anderes als eine versteckte Väter-Geschichte - so ist der Opa in den Stalinlagern gefoltert worden. Es ist ihnen aber nicht mehr bewusst, dass sie das wiederholen. Fragen Sie nach, wie viele von den Vätern der russlanddeutschen jungen Menschen wiederum von Vätern erzogen wurden, die extrem traumatisierte und zerstörte Menschen sind.

Gerade in den russischen Lagern waren die Deutschen drin. Ich bin Kind der ersten Generation, Flüchtling aus dem zweiten Weltkrieg. Meine Familie ist auch

---

<sup>172</sup> Keup, Wolfram: Mißbrauchsmuster bei Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und Drogen; Freiburg 1993.

ruslanddeutsch, aber eben 1945 geflüchtet. Und die berichtet darüber, dass nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Russland man als Deutscher dort nicht mehr leben konnte. Die Familie ist von Russland nach Polen gegangen und dann endgültig 1945 geflüchtet. Das Drama der Wolga-Deutschen hängt damit zusammen. Was die Leute dort erlebt haben, das ist Horror pur gewesen. Nach dem Überfall Deutschlands auf Russland waren das nicht mehr Russlanddeutsche, die von Katharina der II. geholt wurden, sondern nach dem Überfall waren es die Deutschen. Da ging das Martyrium los, im Stalinismus da war alles erlaubt gegen die Deutschen. Meine Oma ist erst 1958 aus Sibirien wieder gekommen, da waren ja 700.000 bis 800.000 Deutsche, die umgeleitet wurden und in Sibirien gearbeitet haben, die wurden in den Lagern sehr grausam behandelt.

Diese zerstörten Menschen haben Familien gegründet. Und das heißt, man muss im Grunde genommen fragen: „Was ist in den Generationen an Zerstörung im Krieg gelaufen und danach?“

Diese drei Ebenen sind also wichtig: Sucht, Traumata und Täter-Opfer oder der Einfluss der Diktaturen in die Familiensysteme.

Ich hab einige wenige Therapien gemacht, in denen ich mit Opfern der Stalindiktatur geredet habe - das ist die Hölle gewesen. Wenn man die Bücher liest von deutschen Gefangenen aus den Lagern in Sibirien - das war die Hölle. Das war prinzipiell nicht anders als die Berichte aus dem Vietnam-Krieg und aus Jugoslawien. Die Gefangenenlager waren die pure Hölle. Das war quälen, das war foltern. Dass man Menschen umbringt, dass die Menschen kaputt gehen, das war einfach richtig pure Rache. Wer da raus gekommen ist, war zerstört. Und dann haben diese Menschen Familien gegründet. Die Prozesse in solchen Familien sind auch in der Literatur von und über Holocaust-Opfer beschrieben.

Wer da heil raus gekommen ist, der war für sein Leben gezeichnet. Und diese Menschen haben Kinder gekriegt, haben sie erzogen. Wer nicht reflektiert war und wer seine Zerstörung ausgelebt hat, hat wieder zerstört. Das ist das, was ich weiß, in Kurzform und das habe ich in den Therapien mit Menschen aus Südeuropa erlebt, aus Osteuropa, aus Polen.

Aus den nordischen Ländern weiß ich nur, dass eine Gruppe von Schweden und Dänen zur SS gegangen sind. Dort hat man untersucht, was aus den

Nachfolgegenerationen geworden ist und die sind zerstört, ähnliches sieht man in Frankreich an den Nachfolgegenerationen der Kollaborateure.

Es gibt ja auch die These, dass die Rassenunruhen in den USA erst dann zur Ruhe kommen, wenn das Unrecht des Sklavenhandels eingestanden ist. Und dahinter wühlt das Unrecht, das als solches nicht eingestanden ist. Es ist das, was die Zerstörungskraft macht und es ist das, was die Menschen entwurzelt<sup>173</sup>.

Wir machen gerade hier in unserer Therapieeinrichtung eine Therapie mit zwei Sinti-Frauen. Die sind groß geworden mit dem Begriff: die Deutschen sind das Volk der Mörder. Und jetzt bekommen sie eine Therapieaufgabe von der Justiz und eine Verpflichtung, eine Therapie zu machen. Wenn sie die nicht machen, werden ihnen die Kinder weg genommen - zu Recht, denn die Kinder haben nichts auf der Drogenszene zu suchen. Aber sie müssen in der Kultur der Mörder als Sinti Therapie machen mit dem Druck der deutschen Justiz und des deutschen Rechtsstaates - und das ist zum Wahnsinnig werden, wenn das nicht aufgearbeitet werden kann.

Das Thema hat natürlich eine gewisse doppelte Brisanz: Deutschland ist als multinationales Land verkannt; es ist ein Land, das seine Migrationsgeschichte verdrängt hat. Zum anderen habe ich ja aufgehört, über legal und illegal, über Kultur und Subkultur zu reden. Ich sage stattdessen, dass die chemisch-pharmazeutischen Substanzen ein Teil dieser Kultur sind, kulturgemacht sind und gar keine Subkultur sein können. Es kann nicht sein, dass die Kultur daran partizipiert und dann sagt: „Da haben wir aber ein paar Schmutzfinken, wo das aus dem Ruder gelaufen ist.“ Die Substanzen sind aus dieser Kultur, gerade bei polytoxikomanem Drogenkonsum sind es überwiegend legale Medikamente. Drogenabhängige sind nur ein Ausdruck dieser Kultur.

---

<sup>173</sup>

vgl.: [Boszormenyi-Nagy und Spark](#)

## 1.5 Herkunft: Familie, Sozialisation und Kultur

Die Geschichte der Russlanddeutschen ist auch bei ausführlicher Darstellung nur der äußere Rahmen des Aussiedlerbildes. Sie dient daneben dem ethnisch-nationalen, politischen und rechtlichen Verständnis der Aussiedlungsproblematik insgesamt. Weitere, eher vernachlässigte Aspekte der Integration der Aussiedler in Deutschland sind die nach Deutschland mitgebrachten kulturellen und sozialen Grundeinstellungen wie sie den Menschen in der Sowjetunion/Russland vermittelt wurden. Auch hier stehen die geschichtlichen und politischen Hintergründe und ihre Einflüsse auf die Menschen miteinander in einem engen Zusammenhang.

Die folgenden Exkurse in die Biographie des „Homo Sowjeticus“ kann man aus der westlichen Sichtweise als absurde Parodie auf eine Gesellschaftsordnung zur Kenntnis nehmen. Ohne Fähigkeit zur Einnahme der anderen Perspektive bringt dies jedoch in der professionellen Facharbeit keinen praktischen Nutzen. Die Definition allein der wesentlichen Merkmale der Zielgruppe (ggf. der jungen Aussiedler) bringt uns hier nicht weiter. Viel wichtiger ist das Wissen, wie wir damit arbeiten können, da diese Merkmale nur unsere Ausgangslage in der Arbeit mit der Zielgruppe sind. So können beispielsweise das ausgeprägte und abgeschottete Gruppenverhalten der Zielgruppe, ihre konservative Lebensplanung, die engen familiären Bindungen, der manchmal äußerst brutale Umgang mit sich selbst und anderen als ihre Merkmale, Krankheitssymptome und zum Teil auch als Heilungsressourcen zugleich gesehen werden.<sup>174</sup>

Wegen der Komplexität der Thematik ist es zwar sinnvoll, die eigentliche Zielgruppe der jungen Aussiedler im Auge zu behalten. Ein Exkurs in die gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Elterngeneration dieser Zielgruppe ist für die fachliche Arbeit mit der Zielgruppe allerdings unverzichtbar. Daher soll es Schwerpunkt der folgenden Ausführungen sein, wie die Menschen, die heute zwischen 30 und 50 Jahre alt sind, dort von Staat und Familie erzogen wurden. Welche Normen, Werte, Bildungsinhalte, Moralvorstellungen und kulturelle Eigenheiten wurden dieser Generation dort vermittelt?

Diese Generation (bis 50 Jahre) ist diejenige, die jetzt Kinder und Jugendliche hier in Deutschland erzieht, wobei sich insbesondere bei den Jugendlichen nun hier deutliche Auffälligkeiten zeigen. Diese Heranwachsenden werden jetzt in Deutsch-

---

<sup>174</sup> Vgl. Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 123

land hunderttausendfach von sowjetisch-russisch<sup>175</sup> erzogenen Menschen erzogen. Für viele Aussiedlereltern und Kinder ist es selbstverständlich, dass sie hier – auch wenn sie hier schon geboren wurden und sich in Kindergarten und Schule problemlos integriert haben - später dann doch einen Freundeskreis haben, der im wesentlichen aus anderen Aussiedlern besteht. Weshalb ist dies so?

Im Folgetext werden – in stark verallgemeinernder Form, die sicherlich nicht jedem Individuum gerecht wird - nach Lebensabschnitten geordnet bestimmte typische Lebenseinstellungen dargestellt, die dem Leser einen Grundeindruck vermitteln sollen.

#### a) Erziehung im Kindergarten

Es gab für jedes Kind von früh morgens bis 18.30 Uhr einen Kindergartenplatz, aber es gab keine Kindergartenpflicht. Da, wo es möglich war, nutzte man familiäre Strukturen, um das Kind möglichst lange im häuslich-familiären Umfeld zu behalten. Dafür mussten oft die berühmten Babuschkas (Großmütter) herhalten.

Wichtig ist hierbei zu wissen, dass nahezu alle Aussiedler aus ländlichen Gebieten in der Peripherie des Riesenreiches kommen; somit waren die Wege zum Kindergarten länger und die Kinder mussten selbst zum Kindergarten gebracht und abgeholt werden. Jüngere Eltern hatten fast nie Autos; daher mussten diese Wege mit dem Kind auf dem Arm, im Kinderwagen oder im Schlitten, oft bei minus 35 Grad und starken Winden, zurückgelegt werden. Da Vollbeschäftigung herrschte (herrschen musste), waren Frauen immer auch berufstätig. Die Kindergartenkinder wurden somit starkem Stress ausgesetzt und waren oft krank, was wiederum gewisse Vorurteile dem Kindergarten gegenüber rechtfertigte.

Letztlich blieb aber der Mehrheit der Kinder in der Sowjetunion nichts anderes übrig, als früher oder später zusammen mit anderen Kindern von klein an, langsam aber sicher zu würdigen Bürgern der sowjetischen Heimat zu werden. Und dieses „Werden“ war überwiegend subjektiv sehr schön:

Der ganze Erziehungsprozess im Kindergarten war streng geregelt und verplant – zu Hause war es eher natürlich. Für die Erzieher gab es oft Prüfungskommissionen, Konferenzen, Fortbildungen für Fachkräfte. Für jeden Betreuungstag und für jede Betreuungseinheit (von der morgendlichen Begrüßung bis zu den Mahlzeiten,

---

<sup>175</sup> „Sowjetisch“ ist hier politisch zu verstehen, russisch ist als „Leitkultur“ zu verstehen.

Stuhlkreisen und anderen Unterrichten wie Musik und Sport) mussten schriftliche Dokumentationen erstellt werden.

Die Hauptprinzipien der staatlichen bzw. institutionellen Früherziehung in der Sowjetunion waren:

1. Kindgerechte gesunde körperliche Entwicklung:

- ausgewogene gesunde Ernährung,
- reguläre, festgelegte Schlafzeiten (Betreuungszeit von 7:00 bis 18:30),
- sportliche Aktivitäten, Bewegung.

2. Geistige Entwicklung:

- musische Erziehung (Tanz und Musik) und Entwicklung der Feinmotorik,
- Vorbereitung zur Schule: Zählen und Rechnen bis 10, elementare Geometrie, sprachliche Förderung (nur Russisch).

3. Vermittlung von Werten der Sowjetischen Gesellschaft:

- Disziplin und soziales Verhalten (Rücksicht, Zusammenspiel bzw. -arbeit, Teilen können, Geduld haben),
- Anleiten hinsichtlich der sowjetischen Ideale: Lenin, Rote Armee, Oktoberrevolution, 1. Mai. All die Symbole und Feiertage mit ihren Bedeutungen sollten den Kindergartenkindern über spannende Geschichten, Bilder, Gedichte und Lieder vermittelt werden. Oft wurden sowjetische Ideale in Lieder mit positiv besetztem Hauptmotiv eingebaut. So wurde in manchen Frühlingsliedern wie selbstverständlich Lenin „mitbesungen“.

Die Vermittlung von Werten der sowjetischen Gesellschaft, die alles wie einen Rahmen zusammenhielt, nahm man als selbstverständlich. Der Kindergarten war auch in der Sowjetunion ein Ort der Wärme und Zuwendung, ein Ort der Kindheit. Und wenn die Kindheit schön war, dann war auch alles, was sie ausmachte, schön, sinnvoll und richtig.

b) Erziehung in der Grundschule

Die Grundschule fing mit sechs Jahren mit der Grundstufe (Klasse 0) an, dauerte vier Jahre, also bis zur dritten Klasse. Alle Fächer - auch Sport und Musik - wurden komplett von einer Lehrerin unterrichtet; ein männlicher Grundschullehrer war die absolute Ausnahme; dennoch wird hier aus Gründen der Lesbarkeit von „Lehrern“

gesprochen. Im Kindergarten gab es ebenfalls nur Erzieherinnen. Unterrichtsausfall - auch nur stundenweise - gab es niemals wegen des Ausfalls von Lehrern, sondern nur aus klimatischen Gründen oder wenn der aktuelle Generalsekretär der Partei starb.

Vor allem hat der Lehrer Wissen vermittelt: Rechnen, Lesen, Schreiben, Allgemeinwissen, aber auch die Werte eines ehrlichen, fleißigen, starken, bescheidenen, mutigen, gerechten, artigen und lieben sowjetischen Kindes. Dies geschah nicht nur durch Strenge, sondern vielmehr durch Zuneigung, beinahe Bemutterung, durch Aufmunterung und Begeisterung über all die schönen Dinge der positiven Hälfte der Welt. Diese positive Hälfte der Welt war die sowjetische Heimat, die Heimat wurde durch die kommunistische Partei gelenkt und geschützt. Russische Sprache sowie Kultur, Natur und all die guten sowjetischen Menschen machten den Reichtum dieses Teils der Welt aus.

Die politische Erziehung der Jugend sollte durch das Herz erfolgen, deswegen standen Lenin, die KPdSU und die Sowjetunion insgesamt stets in Verbindung mit der größten Güte der Welt, mit Glück, Wärme, Sicherheit, stolzer Schönheit, Heldentum, Fleiß, Freundschaft, Heimat. Man sollte diesen nur blind vertrauen und daran glauben, wie die meisten es auch lange getan haben. Man wurde sprachlich auf der Grundlage der grandiosen literarischen Texte unterrichtet, die in der Regel verlogen überhöht und patriotisch aufgepeppt waren. Die Erziehung zielte auf das stolze Anpreisen der schönen Heimat mit ihrer kompletten politischen Verpackung und auf die Vermittlung der menschlichen Grundwerte ab. Deren traditionell christliche Wurzeln wurden dabei nicht erwähnt, da diese Werte der internationale Kommunismus geschenkt hatte.

### c) Erziehung in der Mittelschule

Nach dem Besuch der Grundschule folgte ausnahmslos verpflichtend mindestens bis zur achten Klasse die Mittelschule. Der Besuch dauerte aber regelmäßig bis zum Abschluss der zehnten Klasse, womit die Schulpflicht für alle in der Sowjetunion spätestens endete. Mit Ausnahme von geistig behinderten Kindern gab es keine Trennung nach Befähigung der Kinder. Wer studieren wollte, musste unabhängig von den Noten einen universitären Aufnahmetest bestehen.

Die erzieherischen, politischen und moralischen Anforderungen stiegen mit dem Alter, wobei diese Dinge miteinander vermischt wurden. Zum Aspekt „Heimat“ kam so immer mehr der Aspekt der „Bedrohung der Heimat“ durch äußere Feinde. Dies geschah in der Erziehung besonders durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte („Oktoberrevolution“, „Großer Vaterländischer Krieg“), die Bestandteil aller nichtnaturwissenschaftlichen Fächer war. Das, was man am meisten liebt, sollte man streng und ständig behüten und beschützen, man sollte bereit sein, sich dafür aufzuopfern.

Die Palette der Schulfächer war sehr breit: Geschichte, Ethik, Fremdsprachen, Sport, Kunst, Chemie, Physik, Normen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, doch die absoluten Hauptfächer waren Mathematik, russische Sprache und russische Literatur. Das zweite Fach beinhaltete alles: Geschichte, Sprache, Literatur, Ideologie.

#### d) Deutsche Sprache und Image des Deutschtums in der sowjetischen Erziehung

Das Bild des Deutschen in der Sowjetunion war das eines faschistischen Unmenschen, dessen Sprache – nicht nur weil sie in Filmen ständig von Deutschen Schäferhunden begleitet wurde - an Hundebellen erinnerte. Dabei hatten sich die „guten Deutschen“ alle in die DDR gerettet. Viele, insbesondere Kinder der Nachkriegsgeneration, die in ländlichen Regionen sehr oft Deutsch als erste Fremdsprache lernten, fanden diese Sprache keinesfalls angenehm. Allerdings wurde die deutsche Sprache dort auch mehr in der Weise vermittelt, wie man hier eine tote Sprache wie Latein oder Altgriechisch lehrt. Dies geschah, obgleich die meisten Deutschlehrer insbesondere in ländlichen Regionen deutschstämmig waren. Deshalb konnten viele Aussiedler aus der jüngeren Generation bei der Ankunft in Deutschland nicht die einfachsten Sätze in Deutsch bilden, obwohl sie sechs Jahre diese Sprache mit meist guten Zensuren gelernt hatten. Dies lag aber auch an den Schülern, da für sie in der Einöde Sibiriens oder Zentralasiens hinsichtlich der deutschen Sprache überhaupt kein Nutzen erkennbar war. Ein schlechtes Bild der Deutschen wurde in der staatlichen Erziehung bewusst mittels Zeitungen und Büchern vermittelt. Verstärkt wurde es noch durch Spielfilme mit entsprechender Thematik. Deutsch in der Öffentlichkeit zu sprechen, war mindestens peinlich; das tat sowieso nur die alte Generation, die sich selten öffentlich bewegte. Für viele Jüngere war es damals sogar unangenehm, diese Sprache in der Öffentlichkeit zu hören, was aber auch

sehr selten geschah. Dazu kamen die schrecklichen Bilder von deutschen Kriegshandlungen, die man aus Filmen kannte. In der Sowjetunion gab es keine Altersfreigaberegulierung für Filme; es war daher völlig normal, dass die Gräueltaten der Deutschen sich schon kleinen Kindern beim Fernsehen einbrannten.

#### e) Religion im sowjetischen Erziehungssystem

Selbstverständlich gab es keine Vermittlung irgendeiner zwangsläufig mit der Staatsideologie konkurrierenden Religion. Es gab sogar Atheismusunterricht. Die Lehrer kontrollierten regelmäßig in den Kirchen, welche Schüler oder welche Familien Gottesdienste besuchten. Die Schüler wurden dann in Einzelgesprächen von den Lehrern zur Rede gestellt und es wurde an ihr Gewissen appelliert: „So viele Millionen Menschen sind für unsere Rote Fahne gestorben, damit es uns heute so gut geht und du gehst zur Kirche? Das ist Verrat. Warum tust du das?“ Man überlegte es sich dann zweimal, ob man noch einmal - vielleicht der Großmutter zuliebe – mit in den Gottesdienst ging. Die meisten der jüngeren Generation waren ohnehin in keiner Weise religiös. Man taufte selten, heiratete fast nie kirchlich, beging aber manche kirchlichen Feiertage eher aus einer Mischung aus Tradition und Respekt gegenüber der älteren Generation, die das für unerlässlich hielt. Bei den Alten wurde Religion geduldet; sie galten als unverbesserlich und wurden dafür - teilweise auch in den Familien - belacht und beschimpft. Da sie aber nicht mehr gefährlich werden konnten, dienten sie in Bezug auf Religion höchstens als schlechtes und komisches Beispiel einer überwundenen Epoche. Anders verhielt es sich, wenn Religion konsequent von Generation zu Generation weitergegeben werden sollte. Dies zeigte sich beispielsweise, wenn ganze Familien sehr regelmäßig Gottesdienste besuchten. Dann wurden Konferenzen einberufen, bei denen diese Menschen bloßgestellt und beleidigt wurden; zudem gab es natürlich auch berufliche und gesellschaftliche Nachteile. Die katholischen (Polen und Deutsche) und evangelischen (meist nur Deutsche) Gläubigen konnte man leicht durch Beobachtung der Gottesdienstbesucher kontrollieren. Baptisten und Mennoniten (nur Deutsche) wurden unbarmherziger verfolgt, sie mussten sich heimlich und privat treffen. Der russisch-orthodoxe Glaube wurde insbesondere in den Regionen der nichtrussischen Republiken – wie Kasachstan - entweder gar nicht praktiziert oder er war praktisch ausgestorben.

## f) Vermittelte Werte und Stellung der Lehrer

Die Übergänge zwischen Vaterlandsverrat, Freundesverrat und Petzen waren sehr fließend. Solidarität und Gemeinschaft in der Klasse waren großgeschrieben. Es galt als besonders schick und ehrenhaft, sich bei der Wahl zum Klassenvorstand bzw. Klassensprecher davor mit aller Kraft zu drücken. Man wollte kein offizieller „Häuptling“ oder „Kommandeur“ sein. Das entfernte einen vom „Volk“ und hob einen über die Gemeinschaft empor.

Konkurrenz und Ellenbogenmentalität gab es nicht. Wer fähig war, hat einfach gut gelernt. Ziel war aber nicht, der Beste zu sein, sondern einfach maximal gut zu sein. Es war nicht peinlich, gut zu sein, wohl aber war es peinlich, offen hinter guten Noten her zu sein. Streber war derjenige, der nur gute Noten um jeden Preis haben wollte, damit hatte man in der Gemeinschaft verloren. Man durfte sich nie in den Vordergrund stellen. Man durfte das Lob vom Lehrer nur so bekommen, als ob dies etwas Zufälliges war. Man wagte nie, über sich selbst zu sagen „Ich bin gut.“ Die Noten waren nicht zu diskutieren. Sich wegen der Note zu beschweren, war peinlich. Wenn man wirklich gut war, wurde man vom Lehrer auch entsprechend benotet. Falls der Lehrer sich geirrt oder verrechnet hatte, sollte man stolz genug sein, darüber zu stehen. Es war nicht wichtig, was man für eine Note hatte, Hauptsache, man „hatte es drauf“. Wer für seine Leistungen viel pauken musste, wurde eher bemitleidet und galt als langweilig, die pfeffigen und „von Natur aus“ klugen Köpfe, die alles schnell verstanden und auf den ersten Blick kapiert haben, verdienten viel mehr Respekt, auch wenn ihre Noten wegen gewisser Nachlässigkeit nicht gerade glänzten. Sie brauchten keinem etwas zu beweisen. Für eine Universitätszulassung zählte ohnehin nur der Aufnahmetest (bis auf Ausnahmefälle). Zudem machte es hinsichtlich des späteren Berufes – unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten der Schattenwirtschaft - kaum einen Unterschied, welche Schulnoten man gehabt hatte. Es war Ehrensache, Mitschüler abschreiben zu lassen, auch wenn man dabei „Kopf und Kragen“ riskierte. Lehrer duldeten dies Verhalten oft als Ausdruck von Gemeinsinn und Solidarität. Für besondere Anstrengungen, gute Disziplin und Artigkeit hatte man zwar besondere Bonuspunkte bei dem Lehrer, dies hatte allerdings keinerlei Einfluss auf die Benotung; Mitarbeit im Unterricht hatte keine große Bedeutung. Man sollte einfach im Unterricht aufpassen, man sollte zuhören und antworten, wenn man gefragt wurde und es gab strikten Frontalunterricht ohne

jede Förderung von Diskussionskultur. So konnte man sich auf eine Frage des Lehrers zwar melden, zum Antworten ausgewählt wurde aber stets jemand, der die Antwort wahrscheinlich nicht kannte. Dies diente nicht dazu, schwächere Schüler bloßzustellen, sondern sollte die schwächeren Schüler besonders fördern. Man sollte regelmäßig Hausaufgaben machen (tägliche Kontrolle) und den Lehrstoff beherrschen, um gute Klassenarbeiten schreiben zu können. Von leistungsstarken Schülern wurde nicht erwartet, dass sie sich im Unterricht häufig melden. Ergebnis war, dass die schwächeren Schüler ständig gefördert wurden und die starken Schüler unterfordert waren und sich oft langweilten.

Es gab keine Bewertung des sozialen Verhaltens, wohl aber des Benehmens (brav/unbrav). Die sozialistischen Kinder waren alle sozial. Sollte es doch einmal Vorkommnisse geben, ging der Lehrer unangemeldet zu den Eltern, um mit ihnen die Probleme zu besprechen. Die Lehrer waren Respektpersonen mit Einfluss auf die Eltern. Dafür konnten die Eltern zu jeder Zeit ohne Voranmeldung im Schulunterricht anwesend sein. Dieses Recht wurde von den Eltern gerne in Anspruch genommen. Dabei ging es nicht um die Kontrolle des Lehrers, sondern in der Regel um die Kontrolle des jeweiligen Kindes und der Klasse insgesamt im Bezug auf die Disziplin. Nach solchen Kontrollbesuchen gab es immer etwas zu bemängeln. Die Eltern hatten dabei keine Probleme auf die anderen Kinder einzugehen, also auch sie zu kritisieren. In der sozialistischen Gesellschaft waren sogar die Kinder ein Stück „die Kinder aller“. Im Großen und Ganzen gab es eine sehr gute Zusammenarbeit und viel Verständnis zwischen Eltern und Lehrern. Die Lehrer waren nicht nur Autoritätspersonen, sondern eben auch und vor allem Respektpersonen. Insbesondere in ländlichen Regionen waren sie allgemein bekannt und überall willkommen (wie in Deutschland traditionell Pfarrer in den Dörfern).

#### g) Eltern

Die Rolle der Mutter war in der sowjetischen Erziehung und Kultur insgesamt vollkommen idealisiert. Sie galt als der Anfang von allem, sie war die Person, die immer zu ihren Kindern hielt. In der Literatur, sowohl der russisch/zaristischen als auch der sowjetischen, wurde die Mutter als ein überwiegend aus Arbeit und Gefühlen bestehendes Wesen dargestellt. Sie konnte auch streng sein, da ihr Leben hart war, gleichzeitig war sie bis zum letzten Tropfen ihrer Kraft eine sich selbst Aufopfernde. Für die Kinder sollte sie schufteten. Für die Kinder sollte sie auf alles

verzichten. Für die Kinder sollte sie weiter mit dem immer ungeliebteren und oft gewalttätigen Ehemann in der Ehe bleiben. Für die Kinder, auch wenn sie keine Kraft mehr hatte, sollte sie weiterhin sich selbst aufopfernd leben. Das galt als selbstverständlich. In allen anderen Fällen galt sie als schlechte Mutter.

Der Vater war eine Respektperson. Er sollte symbolisch den Halt und Stand fest mit beiden Beinen auf der Erde, den Schutz für Frau und Kinder, den Wertevermittler für die Söhne, das Familienoberhaupt und den Versorger darstellen. Der Vater war dafür verantwortlich, wie es seiner Familie materiell ging. In der Realität genügten die Väter viel weniger ihrer vorgegebenen Rolle als die Mütter.

#### h) Respekt vor den „Alten“

In der Schule und Familie wurde das Bewusstsein vermittelt, dass ältere Menschen für die Folgegenerationen im Krieg gekämpft hatten und den Kindern damit eine glückliche Kindheit gesichert haben. Sie galten als weise und gebrechlich. Sie hatten Respekt, Halt und Unterstützung verdient. Dabei waren nicht nur die Alten, sondern einfach Ältere und Erwachsene von den Kindern bedingungslos zu respektieren, Kompromisse waren meist ausgeschlossen.

In Fällen, in denen die Aussiedlerjugendlichen in Deutschland den Erwachsenen keinen Respekt erweisen, handelt es sich dann überwiegend um einheimische Erwachsene. Das Verhalten kommt aber nicht aus den Familien. Die Jugendlichen übernehmen es von den gleichaltrigen Einheimischen, die sich gegenüber Erwachsenen auch so benehmen. Wie alle Kinder probieren sie gerade in der Pubertät ihre Grenzen in den menschlichen Beziehungen aus. Wenn diese Grenzen von anderen Kindern auch überschritten werden dürfen, warum sollten sie dies dann nicht auch tun? In den Kontakten mit den „Landsleuten ihrer Eltern“ (Aussiedler) kennen sie ganz genau die Spielregeln, da passen sie auf jeden Fall auf.

Der Respektverlust von jungen Aussiedlern gegenüber Erwachsenen in der hiesigen Gesellschaft beginnt schon beim immer üblicheren Duzen und dem oft unangemessenem Verhalten der Jüngeren in der Anwesenheit von Erwachsenen. Die Schüler empfinden vieles in der Schule als ungerecht. Die offensichtliche Ungültigkeit ihrer mitgebrachten oder in der Familie geltenden Regeln und Werte bedeutet für sie einen Verlust des Glaubens daran, dass in dieser Gesellschaft das Gute - und das sind die ihnen familiär vermittelten Normen und Werte - noch Platz

hat. Diese Gesellschaft lehnen sie mindestens zum Teil auch unbewusst ab, obgleich sie auf die Frage nach den konkreten Gründen oft keine Antwort zu finden vermögen. Ebenso können die Eltern die Hingezogenheit ihrer Kinder zu anderen Aussiedlerkindern oft nicht konkret erklären.

i) Verhalten und Einstellung der Jugend - Vorstellungen der Aussiedlereltern

Dabei war auch die Elterngeneration in der Jugend keineswegs brav, auch sie waren „keine Kinder von Traurigkeit“: es gab wie in allen Zeiten Schlägereien, Konflikte, Diebstähle und - zwar sehr selten - sogar Schwangerschaften mit 15.

In diesem Alter (15 Jahre) in der 8. Klasse gab es das Fach Anatomie, in dem es in einer Doppelstunde um biologische Prozesse wie Geschlechtsreife, Befruchtung und Geburt ging. Sexualekunde im engeren Sinne gab es nicht. In der Regel kam es in diesem Alter zu ersten Beziehungen zwischen den Geschlechtern, wobei Häufigkeit und „Intensität“ der sexuellen Beziehungen wesentlich hinter vergleichbaren Zahlen in Deutschland zurück bleiben. Solche Dinge wurden von den Lehrern bemerkt und in diesen Fällen wurde mit individueller Aufklärung (wenn es noch nicht „zu spät“ war) durch den Lehrer interveniert. Frühe Schwangerschaften waren eine Schande für die Eltern (besonders die des Mädchens), aber auch ein Zeichen für ein Versagen des Lehrers. Generell waren die Jugendlichen dort und damals in ihrer geistigen Entwicklung früher erwachsen als die von heute. Insbesondere Mädchen sollten früh genug die Verantwortung für sich und oft für die Geschwister übernehmen. Besonders ausgeprägt war dies in den Familien mit einer „Alkoholproblematik“ des Vaters, was keine Seltenheit war. Familiengründung war das Erfüllen des Lebenssinnes. Das wird zum Teil weiter getragen, wie man auch an den Kinderzahlen der Aussiedler hier ablesen kann. Allerdings haben sich die Zeiten geändert und die jungen Menschen von heute wollen eben alles auf einmal und möglichst sofort. Sie sind nicht daran gewöhnt, in dieser Überflussgesellschaft klein anzufangen. Sie wollen erwachsen sein, Partnerschaften eingehen, materiell gesichert sein und dazu ihre Jugend genießen. Im Bezug auf die Zukunft der Kinder (insbesondere beruflich) denken viele Eltern aus eigener Erfahrung: „Wir waren auch jung und dumm, die Verantwortung und Weisheit kommen noch.“ Nur ist hier vieles eher unumkehrbar. Die Eltern sind von der Sprachkompetenz ihrer Kinder mittlerweile fest überzeugt. Für sie bedeutet Integration, dass ihre Kinder in die deutsche

Schule gehen und dass dort schon alles automatisch mit der Ausbildung (ganz egal, was für eine Ausbildung) und späteren Berufstätigkeit klappen wird. Die Kinder werden es ganz bestimmt besser als sie selbst haben.

Die Eltern gehen auch in Deutschland – wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie im Herkunftsland – noch von dem positiven Selbstverständnis aus: „Keiner geht zu Grunde, die Kinder werden groß, alles wird gut.“ Dem liegt ein Stück weit der Gedanke zugrunde, dass der Staat bzw. die Schule die Dinge schon regeln wird und „im Griff“ hat; dabei verstehen sie oft dieses Bildungs- und Ausbildungssystem nicht und haben oft wegen Scheu und Sprachproblemen nicht den Kontakt zu Lehrern wie im Herkunftsland gewohnt. Für Lehrer wirkt dies manchmal so, als seien Aussiedlereltern weniger am schulischen und sozialen Werdegang ihrer Kinder interessiert, obgleich das Gegenteil der Fall ist. Beispielsweise betrachten viele Eltern Auffangmaßnahmen der Agenturen für Arbeit und anderer Institutionen als normale Ausbildung. Ihnen ist meist gar nicht klar, welche wesentlichen Fundamente hier durch Bildung und Ausbildung für das ganze weitere Leben begründet werden. Vieles ist hier schlicht unumkehrbar. Die Eltern kennen – siehe oben - aus den Herkunftsgebieten nur eine Schulform für alle Heranwachsenden. Wenn ein intelligentes Kind – beispielsweise wegen Problemen mit der Sprache - in der Hauptschule „landet“ und die dieses Schulsystem nicht verstehenden Eltern, die nicht erkennen, was für zukünftige Einschränkungen dieser Schulzweig für den gesamten Lebensweg ihres Kindes mit sich bringt, damit zufrieden sind, so wird sich das Kind der – oft als bequem empfundenen - Situation anpassen. Das Erschrecken kommt bei Kind und Eltern erst später, wenn dann nur wenige Berufsmöglichkeiten zur Auswahl stehen. Dabei ist man doch wegen der Kinder, die es besser haben sollen, hierher gekommen! Generell kann davon ausgegangen werden, dass Aussiedlereltern – oft aus Überforderung und Unkenntnis - unterdurchschnittliches Interesse dahingehend haben und umsetzen, dass ihre Kinder die für ihre Fähigkeiten höchstmögliche Schulform besuchen. „Niedrigere“ oder gar fehlende Schulabschlüsse bedeuten geringere (Lebens-)Perspektiven; Perspektivlosigkeit ist wiederum als Auslöser von Suchtverhalten anerkannt. Wegen des bei den jugendlichen Aussiedlern sehr ausgeprägten Gruppenverhaltens reichen zudem einzelne, aus Perspektivlosigkeit (oft Teil eines Motivbündels) zu Drogen greifende Mitglieder einer Clique oftmals aus, um das Suchtverhalten der gesamten Gruppe zu bestimmen. Letztlich bedeutet Aufklärung und Motivation der Eltern hinsichtlich des

hiesigen Schulsystems – wie sie auch im Projekt vorgenommen wurde - Suchtmittelprävention im besten Sinne.

#### j) Konfliktlösungen

In den Herkunftsländern sollten die Heranwachsenden alle möglichen Konflikte mit Gleichaltrigen möglichst untereinander klären. Oft war den Kindern nicht klar, womit man denn zu den Erwachsenen gehen kann (Gruppenmobbing) und wo man besser selbst zurechtkommt. Um sich Peinlichkeiten zu ersparen und dem Männlichkeitsideal zu entsprechen, bemühen sich (männliche) Aussiedlerjugendliche tendenziell überwiegend doch lieber ganz allein um Konfliktlösungen. Man sollte mutig und stark genug sein, um sich verteidigen zu können (auch körperlich); andernfalls wäre man auch zu schwach, um Heimat und Familie zu verteidigen. In der Regel waren es die Jungen, die sich selbst zu verteidigen lernen sollten. Aber die sowjetische Gesellschaft hatte auch den Anspruch, emanzipiert zu sein, also war es auch schick, wenn auch ein Mädchen in bestimmten Fällen starken körperlichen Widerstand leisten konnte. Überwiegend hatten die Eltern Verständnis für körperliche Auseinandersetzungen ihrer Kinder; wichtig war dabei, dass vor allem ihre eigenen Kinder unbeschadet davorkamen.

Kinder galten als Spiegel ihrer Eltern. Man sollte unbedingt stolz auf sein Kind sein. Auch ein körperlich schwaches, zurückhaltendes und sensibles Kind wurde von seinen Eltern geliebt, allerdings wurde gerade bei Jungen erwartet, dass sie sich zu wehren wissen. Verabredungen zu Gruppenschlägereien, die hier für Furore sorgen, gab es in meiner (Olga Dil) Herkunftsregion in Kasachstan erst seit dem bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Aufkommen nationalistischer Strömungen.

Freundschaft als solche wurde für sehr wichtig gehalten und idealisiert, sie wurde nicht nur als Grundbedürfnis, sondern als Pflicht aufgefasst. Gerade diese Tradition wird auch in Deutschland weiter gepflegt und getragen.

#### k) Einstellung zu Materialismus und Konsumgesellschaft

Von klein auf wurde den sowjetischen Heranwachsenden eine gewisse Verachtung hinsichtlich der materiellen Dinge anezogen. Zwar war dies in den Familien etwas

anders, aber nicht in der Schule. Alle Kinder sollten möglichst gleiche Lebensbedingungen und Chancen haben. Mit der Schuluniform wollte man nicht nur die Uniformierung als Zeichen der Ordnung herstellen, sondern auch durchaus vorhandene finanzielle Ungleichheiten der Familien, zumindest was die Bekleidung betraf, möglichst ausgleichen. Man hatte zwar einen sehr ähnlichen Stil der Uniformen, jedoch gab es unterschiedliche Stoffqualitäten, ganz abgesehen von den Schuhen, Strümpfen, der Sportkleidung, der Oberbekleidung, sogar den Schulranzen. Die Ungleichheit der Menschen, ihren Möglichkeiten gemäß nach Besserem zu streben, war nicht zu bekämpfen, doch die Schule bemühte sich um die Vermittlung der Unwichtigkeit des Äußeren. Das Äußere war quasi das Materielle. Das Materielle war das Kapital/Geld. Viel Geld zu haben bedeutete entweder Geiz (Assoziation: vorrevolutionäre russische und moderne Bourgeoisie aus westlichen kapitalistischen Ländern – Ausbeuter und Blutsauger des Volkes) oder Staatsbetrug (Diebe, die ihre Positionen missbrauchen und das Volk beklaunen). Beides galt als widerlich, obgleich bestimmt fast jeder Erwachsene, der die Möglichkeit hatte, den Staat hemmungslos bestohlen hat. Da alles dem Staat gehörte, man selbst auch ein Teil des Staates war, gab es ja praktisch kein Opfer, dem nach dem „Wegnehmen“ etwas fehlte.

#### l) Gemeinschaftssinn bei Aussiedlern

Es ist bekannt, dass viele Aussiedler, insbesondere in der ersten Zeit nach der Aussiedlung, große Probleme mit der Individualisierung von Mahlzeiten (z.B. Frühstückspausen im handwerklichen Bereich) haben. Es war im Herkunftsgebiet absolut unüblich, sein Brot allein zu essen. Man isst zusammen oder man isst nicht. Zwar streben Aussiedler hier wie im Herkunftsgebiet traditionell nach eigenen Häusern, guten Autos, ordentlicher Kleidung; sie sind sparsam, gleichzeitig haben sie eine Phobie als kleinlich bis geizig zu gelten, insbesondere was die Gastfreundschaft betrifft. Die Einstellung der Aussiedler in diesem Punkt ist eine Mischung aus russischer Großzügigkeit und deutscher Vernunftorientierung. Der Gast soll das Haus des Gastgebers völlig betrunken und übersättigt, d.h. zufrieden verlassen, dann ist auch die Gastgeberpflicht vollkommen erfüllt.

Es ist nicht so, dass die Aussiedler sich absichtlich von den Einheimischen abschotten. Sie leben aber nach ungeschriebenen Gesetzen, die sie als

Lebensgrundlage empfinden. Schon allein beim Reinschnuppern in die hiesige Gesellschaft sehen sie: „Oh, es ist anders“, „es ist aber nicht richtig“, oder einfach „so kann ich nicht.“ Auch wenn es in manchen Situationen richtig wäre, das Verhalten von Arbeitskollegen zu kritisieren oder zu bemängeln, geht ein Aussiedler damit niemals zu seinem Vorgesetzten (vgl. obige Ausführungen zur „Konfliktlösung“). Wenn es für ihn wichtig ist, etwas an der Situation zu ändern, klärt man das mit dem Kollegen selbst, bis hin zum Streit oder einer heftigen Auseinandersetzung, aber man geht nicht zu dem Vorgesetzten. Besonders schlimm für Aussiedler wäre es in so einem Fall, eine schriftliche Beschwerde wegen des Kollegen zu schreiben - nicht wegen sprachlicher Schwierigkeiten, sondern mehr aus ethischen und moralischen Gründen. Dies hat auch einen geschichtlichen Ursprung in der Zeit der Repressionen und Verfolgungen. Diese Einstellung geht so weit, dass viele Aussiedler, denen Unrecht geschieht, sich nicht an die Polizei (Anzeige) wenden und am Arbeitsplatz offensichtliches Unrecht still erdulden.

Aussiedler sind in einem gewissen Sinne Patrioten: Sie verteidigen und leben Werte und Normen, Kultur und Lebensart, obgleich all dies nirgendwo mehr in dieser Kombination existiert. Kurz: Sie hängen einer Illusion nach und sie wissen es.

#### m) Die Zeit vor der Ausreise und die Ankunft in Deutschland

Die Zeit unmittelbar vor der Ausreise, wenn der Aufnahmebescheid und die Einladung nach Deutschland schon da sind, aber einige formale Voraussetzungen noch erfüllt sein müssen, ist von gemischten Gefühlen bestimmt. Es ist eine Mischung aus Aufregung, Angst vor dem Unbekannten, Freude auf positive Änderungen im Leben und die Abschiedstraurigkeit. Der Abschied als solcher wird in jeder Hinsicht gefeiert. Man feiert mit Arbeitskollegen, in Freundes- und Verwandtschaftskreisen, mit den Nachbarn und mit sich selbst - je nach den persönlichen Feierneigungen und wirtschaftlichen Kapazitäten. Abgesehen von einigen melancholischen Zügen erscheint das Ganze als ziemlich angenehme Aufregung. Je größer die Erwartung jedoch ist, je tiefer wird das Loch, in das man nach der Ankunft in Deutschland fällt. Hier wird man höchstens noch bei einigen Verwandten zu Besuch eingeladen. Und es wird noch mal auf die gute Landung oder Ankunft sowie auf ein erfolgreiches Einleben getrunken. Danach hat man keinen

Grund mehr zu feiern. Der Alltag ist langweilig, anspruchsvoll, trocken und gleichzeitig emotional-kühl.

In Deutschland angekommen heißt es plötzlich, aus dem Traum aufzuwachen: Es gibt keine perfekte Gesellschaftsform in dieser Welt; bestimmte im Herkunftsland erworbene Fähigkeiten wie der Überlebenskampf gegen Kälte und Hunger, der erschöpfend schwer aber doch vertraut war, werden bedeutungslos. In Deutschland treten nun Sprach- und Orientierungslosigkeit, Minderwertigkeitsgefühle, Angst, Unsicherheit und Einsamkeit auf einmal auf. Eine relativ kurze Zeit befindet man sich noch im Zustand der Euphorie: Man ist in Deutschland! Man hat es geschafft! Da es kein Zurück mehr gibt, geht es nur noch nach vorne!

Zunächst soll man die Adaptionphase hinter sich haben. Die von Pflichtbeschäftigungen (Sprach- und Integrationskurse) freie Zeit vergeht in Treffen mit allen möglichen Verwandten und Bekannten aus der Heimat, die eventuell früher ausgewandert waren, mit der Verrichtung alltäglicher Dinge (Einkaufen, Kochen, Putzen, Telefonieren mit der Heimat), sowie vor dem Fernseher (Videos in russischer Sprache und mittlerweile russische Sender).

Langsam aber sicher kommt die nächste – depressive Phase. In dieser Phase friert man seelisch. Man hat inzwischen subjektiv und objektiv seine eigenen negativen Erfahrungen im neuen Land gesammelt und beginnt immer mehr, die alte Heimat zu idealisieren. Mit der Arbeits- oder anderen Beschäftigungsaufnahme kann diese Phase langsam zurücktreten. Doch auch diese durchaus positive Entwicklung kann unter bestimmten Bedingungen fatale Folgen haben. So kann etwa eine als misslungen empfundene Integration im Kollegenkreis am Arbeitsplatz zur Entwicklung vom weiteren Ausbau von Depressionen, Einsamkeit und unter Umständen Alkoholmissbrauch beitragen.

## 1.6 Zugangsschwellen

a) Allgemeine Barrieren zwischen Migranten und den deutschen Institutionen, wozu auch das Suchthilfesystem zählt

- Warum melden sich alle Aussiedler am Telefon, wenn sie angerufen werden, mit dem blöden „Ja“ oder „Hallo“? Warum stellen sie sich nicht vor, wie alle normalen (bundesdeutschen) Menschen?
- Weil nach dem normalen (russlanddeutschen) Verständnis sich zuerst derjenige vorstellen soll, der anruft. Wenn ich bei jemanden an die Tür klopfe, stelle ich mich auch erstmal vor und sage, was ich möchte.<sup>176</sup>

Die grundsätzlichen Zugangsschwellen für die Migranten zu den deutschen Institutionen sind in erster Linie sprachliche Barrieren und Unkenntnis des hiesigen Gesellschaftssystems: Strukturen, Rechts- und Verwaltungssystem. Diese Problematik kumuliert mit vielen individuellen, kulturellen und psychologischen Vorgängen je nach Einzelfall.

Die sprachliche Inkompetenz zieht nicht nur die strukturelle Problematik nach sich, sondern löst beim Einzelnen viele starke emotionale Kettenreaktionen aus, die je nach Individualität sich auf unterschiedliche Weise verfestigen, unterbewusst „hängen bleiben“ und die weitere persönliche Entwicklung beeinträchtigen.

Die Frage nach den Zugangsbarrieren lässt sich nicht mit einem Satz definitiv beantworten, da es selbstverständlich große Unterschiede je nach der Einrichtung oder Institution gibt. Nun für die Migranten gibt es erst einmal keinen Unterschied zwischen helfenden, fördernden, fordernden oder sanktionierenden Institutionen. Es geht so weit, dass viele postsowjetische Migranten glauben, dass die Lebensmittel-Discounter „Aldi“ und „Lidl“ oder auch alle großen Wohnungsbau-Gesellschaften dem Staat gehören. Das richtige Verständnis davon muss wachsen. Dieser Prozess hängt von der Geschwindigkeit des Erwerbes der Sprachkompetenz und der gesammelten Erfahrungen sowohl im Herkunftsland als auch bereits in Deutschland ab.

Nirgendwo sonst fühlt man sich unsicherer als in einer Institution. Man ist nicht privat, die Situation fordert von einem, sich mit seiner Intimität - Sprache und der

---

<sup>176</sup> Aus dem Gespräch zwischen den Kollegen (Einheimischer und Aussiedler) einer Einrichtung der Jugendwohlfahrtspflege.

persönliche Konflikt mit ihr als Faktor eigener Intelligenz<sup>177</sup> - bloßzustellen: Man muss kommunizieren, obwohl man Angst und Komplexe davor hat, und das wird für alle Beteiligten bzw. Berater, Beamten u. ä. offensichtlich; man wirkt schwach, unsicher, zurückgeblieben und mitleidserregend. Wer wirkt schon gerne so?

Das gewisse Unbehagen, die unterschwellige Angst und das Gefühl, sich dabei auf etwas Ungewisses einzulassen, „stecken tief in den Knochen“. Wer hat das schon gerne?

Oft sagen die Migranten (nicht zu Unrecht): „Wenn ich keine Sprachprobleme hätte, könnte ich mich besser auf meine Rechte berufen, könnte ich besser meine Situation erklären und unter dem Strich offensiv auf einen Konflikt eingehen, wenn die Situation das verlangt; dann hätte ich überhaupt keine Probleme mehr, auch ganz bestimmt nicht mit der Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit.“

Die Aussiedler sind nicht stolz auf ihre sprachliche Inkompetenz, sie schämen sich dafür, auch wenn es nach außen ganz anders erscheint, nämlich als trotzig Unhöflichkeit, Desinteresse oder Dummheit. Die meisten entscheiden sich für die Variante des Verdrängens: Nicht zulassen, was weh tut (die sprachliche Inkompetenz und die Lernschwierigkeiten tun nämlich den meisten sehr weh<sup>178</sup>), lieber sich mit anderen, nicht immer sinnvollen und hilfreichen Strategien verträsten: Abschottung in der eigenen Herkunftsgruppe, Familie, Konsum, Arbeit, Sucht.

Es sind mittlerweile sehr viele Menschen, die in Deutschland leben und kein Deutsch sprechen. Die deutschen öffentlichen Stellen reagieren oft überfordert, sauer und genervt. In der Tat: Wie kann man mit den Menschen arbeiten, wenn sie nichts verstehen<sup>179</sup>. Bei all den Erwartungen von Migranten im Bezug auf Sprache und dem kollektiven Vorwurf „sie wollen kein Deutsch lernen“, sollen wir jedoch realistisch bleiben und zugestehen: Der Lernerfolg einer Fremdsprache hängt vom Alter, einem starken Willen, dem Intelligenzniveau bzw. der Bildungsfähigkeit ab. Damit sollten entsprechend anspruchsvolle Sprachkurse, vielseitige Kontakte zur hiesigen Gesellschaft, die als Voraussetzungen ineinander greifen, eine Rolle spielen und korrespondieren. Diese Voraussetzungen sind nicht bei allen in gleichem Maße vorhanden.

---

<sup>177</sup> Vgl. Reitermeyer, S. 447-449.

<sup>178</sup> Vgl. Reitermeyer, S. 447-449.

<sup>179</sup> Aussage eines Sachbearbeiters der örtlichen Agentur für Arbeit (Arge).

Anzumerken ist, dass es in vielen Fällen Unterschiede gibt, ob man sich beispielsweise an das Suchthilfesystem, die Schuldnerberatung oder eine andere Institution des Hilfesystems wendet.<sup>180</sup>

b) Welche Barrieren bestehen auf Seiten der Migranten?

- Sprachliche Inkompetenz und daraus resultierende Angst vor dem wiederholten persönlichen Versagen (Scham, Komplexe, Minderwertigkeitsgefühl), die oft mit der eigenen persönlichen Trägheit kumuliert („was soll ich dort, ich verstehe sowieso nichts“).
- Mangel an Informationen und Aufklärung bezüglich des Beratungs- und Hilfesystems, sowie einfach unterschiedliche Vorstellungen und ein differierendes Verständnis von Sinn, Befugnissen und Zuständigkeiten der jeweiligen Stelle des Hilfesystems auf beiden Seiten: Die Aussiedler verstehen eine Hilfeleistung im buchstäblichen Sinne mit großer Erwartungshaltung, verbinden sie aber meist mit wenig Eigeninitiative. Die Ziele des Hilfesystems sind aber gerade: Förderung der Eigeninitiative, schrittweise „Verselbständigung“ der Hilfebedürftigen, das Einüben neuer, erfolgversprechender Verhaltensweisen.<sup>181</sup> Stellt sich dann der Erfolg, der beispielsweise in der Vermittlung einer Arbeitsstelle durch die örtliche Agentur für Arbeit bestehen kann, nicht ein, folgt nicht selten die Reaktion: „Sie wollen keinen Finger für uns krumm machen“.
- Angst kommt vor dem Hintergrund der über die Generationen im Herkunftsland oder bereits im Aufnahmeland gesammelten und erlebten Erfahrungen, abgelehnt oder unwürdig behandelt zu werden, hinzu. So herrscht ein latent vorhandenes Misstrauen vor eventuell drohenden juristischen Konsequenzen vor, da zumeist das Rechtssystem als undurchschaubar gilt.<sup>182</sup>
- Vorurteile werden unterstellt: „Wir sind für sie nur dritte Wahl. Sie haben mich so nur behandelt, weil ich Aussiedler bin.“<sup>183</sup>
- Ressentiments gegen verbale, insbesondere reflexive Methoden.

---

<sup>180</sup> Reitermeyer, S. 173-174.

<sup>181</sup> Reitermeyer, S. 171.

<sup>182</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 94.

<sup>183</sup> Barth/Czycholl, S. 94; vgl. Reitermeyer, S. 430.

Beraterverhalten wird oft als grenzenverletzend empfunden (z.B. Fragen über Suchtverhalten, Familienzusammenhänge usw.) – Ergebnis: Der Klient zieht sich innerlich zurück.<sup>184</sup>

- Justiz und Therapie kommunizieren oft unterschiedliche und widersprüchliche Ansätze: Therapie definiert Krankheit, Justiz Kriminalität. Für Klienten ist das nicht durchschaubar; sie ziehen den Schluss: „Die spinnen ja“. Dieses wird jedoch von Beratern möglicherweise als fehlende Motivation und „Ausnutzung des Systems“ empfunden.<sup>185</sup>
- Justiz und Polizei arbeiten teilweise selektiv. Migranten werden genauer unter die Lupe genommen und in der Regel auch härter bestraft.<sup>186</sup> Das ist keineswegs nur eine subjektive Wahrnehmung der Migranten selbst, sondern wird durch reale Erfahrungen, z. B. von den Jugendschöffen am Gericht<sup>187</sup>, bestätigt.
- Misstrauen gegenüber der Arbeitsweise und den Methoden des Systems. Dem entsprechen dann ein zunehmend niedrigerer Erwartungshorizont und mehr und mehr Enttäuschungen („bringt sowieso nichts“).
- Ethnozentrisches, mittelschichtorientiertes Beratungs- und Therapiesetting; Programme für Migranten können eine Einrichtung auch über die Sprache hinaus durchaus verändern: Lebensgewohnheiten (z.B. Essgewohnheiten, Umgang mit Zeit, falsche Erwartungen z.B. „Stationäre Therapie ist Straflager“) sind anders – das weckt Ängste und bringt Konflikte<sup>188</sup>. Nichteinbeziehung soziokultureller Faktoren führt zu Fehldiagnosen (Glaube an Erkrankung durch „bösen Blick“ ist z.B. kein Wahn<sup>189</sup>);
- Mangelnde Einsichtsfähigkeit der Klienten in staatlich gesetzte Bedingungen, Beschränkungen und Erwartungen. Daraus resultieren Proteste gegen die so empfundenen und erlebten „administrativen Zumutungen“ in Form der Einnahme von Verweigerungshaltungen<sup>190</sup>.

---

<sup>184</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 95.

<sup>185</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 95-96.

<sup>186</sup> Barth/Schubert, S. 68-70.

<sup>187</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 47 ff.

<sup>188</sup> Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 136.

<sup>189</sup> Barth/Czycholl, S. 94.

<sup>190</sup> Reitermeyer, S. 269.

c) Welche Barrieren bestehen auf Seiten der Institutionen; insbesondere im Sozial- und Suchthilfesystem?

- Kulturell bedingte Vorerfahrungen mit Therapie(n) stimmen nicht mit dem aktuellen Angebot überein, z.B. erzeugte/erzeugt die Psychiatrie in den GUS-Staaten Erwartungen in deutlich direktive Methoden. Kulturell bedingte Einstellungen und Meinungen der Klienten sind – gleich welche Meinung der Therapeut dementsprechend individuell vertritt - immer zu berücksichtigen: Therapeuten müssen sich auf die Denk- und Vorstellungswelt der bei ihnen Hilfe erwartenden Menschen einlassen können und wollen.<sup>191</sup>
- Sprachbarrieren wurden häufig nicht berücksichtigt;<sup>192</sup>
- soziale Chancen von Migranten werden von Anfang an oft auch unterbewertet.
- Überbetonung und klischeehafte Generalisierung kultureller Unterschiede.<sup>193</sup>
- Furcht vor Mehrbelastung durch eine besonders „schwierige“, „belastete“ und insbesondere – schon sprachlich - „arbeitsaufwändige“ Klientel – große Bereitschaft zur Delegation in/an Sonderdienste, was zur eigenen Entlastung führt.<sup>194</sup>
- Überforderungsgefühle, Kompetenzverlustängste und Kontrollverlustängste bei „Binnendeutschen“: So kann es bei der Einstellung von „fremdsprachigen“ Therapeuten zu Spannungen im Team kommen, z.B. weil Vorgesetzte keinen Einblick in die Arbeit gewinnen können und dem Arbeitsverlauf schon sprachlich nicht folgen können.<sup>195</sup>
- Mangelnde Bereitschaft und Energie bei den Mitarbeitern hiesiger Institutionen, sich auf diese Klientel einzustellen und sich ggf. weiterzubilden (Routine, Burn-out-Syndrom, Bequemlichkeit). In der Konfrontation erleben wir die Grenzen beim Klienten, in Wirklichkeit kommen wir an unsere Grenzen. Wir sind in unserem System akklimatisiert und nehmen nicht mehr wahr, wie „merk- und bedenkenswert“ viele Aspekte der therapeutischen Praxis sind.<sup>196</sup>

---

<sup>191</sup> Barth/Czycholl, S. 94; Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 130, 135.

<sup>192</sup> Barth/Czycholl, S. 95 ff; Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 130f.

<sup>193</sup> Reitermeyer, S. 426ff.

<sup>194</sup> Barth/Czycholl, S. 94.

<sup>195</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 94.

<sup>196</sup> Barth/Czycholl, S. 94.

- Abwehr/Vergraulen von Klienten/Kunden, die überdurchschnittlich viel Arbeit machen (oft durch schlechte oder oberflächliche Betreuung/Bedienung).
- Leugnung kultureller Differenzen, (unbewusste) rassistische und strukturelle Ausgrenzung („Wir behandeln alle gleich ...“).<sup>197</sup>

d) Wie in Institutionen Barrieren gegenüber Aussiedlern entstehen können

Aus Gründen der Einprägsamkeit und Verdeutlichung wird nunmehr in ironischer Form mittels einer „Negativliste“ die Darstellung dessen versucht, was man tun muss, wenn man seinen regelmäßigen Arbeitsalltag möglichst „aussiedlerfrei“ halten möchte. Dies ist selbstverständlich - wie eine Vielzahl der obigen Anmerkungen auch - weitgehend auf alle Migranten übertragbar.

Um die Aussiedler grundsätzlich von der Beratungsstelle abzuschrecken, sollten Sie:

1. Ihr Angebot mit einem großen Aushängeschild sowie anderen Antisucht-Plakaten (unbedingt mit russischer Übersetzung) neben der örtlichen Polizeistation und neben jener Arztpraxis für Allgemeinmedizin, die besonders von vielen Aussiedlern ab der mittleren Generation besucht wird, publizieren.
2. Die Beratungsstelle sollte möglichst in einem großen Gebäude mit allen möglichen anderen Einrichtungen und Unternehmen zusammen untergebracht werden (am besten mit langen Fluren und vielen Türen). Die Atmosphäre in einem riesigen gemeinsamen Warteraum, wo jeder als Hilfesuchender erkannt wird, löst einen besonderen Kick aus.
3. Gestalten Sie das Terminvergabeverfahren möglichst kompliziert. Bestehen Sie dabei weitgehend auf der Schriftform. Telefonische Auskünfte/Terminvereinbarungen sind Ihnen (Datenschutz!) zu unpersönlich.

Und wenn ein Aussiedler doch den Weg in Ihre Beratungsstelle gefunden/gewagt hat, sollte man folgendes unternehmen:

1. Lassen Sie den unerwünschten Klienten möglichst lange warten. Da die Aussiedler grundsätzlich eine Phobie haben, dass sie in der Regel aufgrund

---

<sup>197</sup> Barth/Czycholl, S. 94; vgl. Reitermeyer, S. 426-429.

ihrer Herkunft schlechter behandelt werden, werden sie auch während des Wartens das Gefühl, dritte Wahl zu sein, auf sich projizieren.

2. Der Berater, falls er ein Mann ist, sollte schon äußerlich eine homosexuelle Orientierung erkennen lassen. Das bringt die männlich-konservative Aussiedler-Klientel völlig aus dem „Häuschen“. Sie werden diesen Ort ab sofort rigoros meiden. Als Beraterin treten Sie betont dominant und autoritär auf, behandeln Sie alle „von Oben herab“, fallen Sie ihnen ins Wort.
3. Schon bei der Begrüßung und Vorstellung sprechen Sie seinen oft osteuropäischen Namen möglichst mit Schwierigkeiten und Mühen aus. Zeigen Sie offen die mit solchen Namen verbundene Komik.
4. Bemitleiden Sie Aussiedler, indem sie sich bei jeder Gelegenheit über Russland im Sinne eines „Dritte-Welt-Landes“ negativ äußern.
5. Sagen Sie möglichst oft: „Du musst Deutsch lernen“. Bei jenen, die dies schon ein wenig getan haben, wird Ihr zwangloses „Duzen“ sein Unwohlsein im Gespräch verstärken. Er oder sie wird Sie nun nicht mehr so oft behelligen.
6. Korrigieren Sie ihn beim kleinsten und bei jedem sprachlichen Fehler – es ist schließlich zu „seinem Besten“. Fragen Sie oft nach, ob Sie ihn auch richtig verstanden haben (bei der schrecklichen Aussprache ist es sowieso kein Wunder). Das wird ihn noch mehr sprachlich verunsichern und überfordern.
7. Bemühen Sie sich möglichst in einem belehrenden Ton zu sprechen, insbesondere, wenn Sie die hiesigen traditionelle Verhaltensnormen ansprechen: „In Deutschland ist es so“, oder noch besser „Bei uns ist es unüblich...“ Machen Sie ihm ruhig seine natürlichen Grenzen und die riesigen Unterschiede zu Ihnen als „Einheimische/r“ deutlich.
8. Sagen Sie ihm so oft es geht: „Du sollst, du musst, du darfst nicht“.
9. Stellen Sie insbesondere solche Fragen, die allgemein-gesellschaftlich als eher unangenehm oder intim gelten, möglichst ungezwungen direkt. Bestehen Sie besonders in diesem Kontext auf detailreichen Antworten.
10. Helfen Sie ihm „möglichst realistisch zu bleiben“, falls er irgendwelche ausbildungs- oder arbeitsstellenbezogenen Fragen stellt. Deutschland braucht nur hochqualifizierte Spezialisten, Ausbildungen mit seinen Sprachmängeln – eine Utopie! Schätzen Sie seine Qualifikationen mitleidlos ein.

11. Bemühen Sie sich ihre ganze akademische Sprachkunst vor ihm zu demonstrieren. Wird er nicht verstehen - selber Schuld! Auf Nachfragen reagieren Sie ungehalten oder mit Variationen komplexer Formulierungen.
12. Signalisieren Sie ihm, dass Sie jederzeit mit der Justiz eng kooperieren.
13. Fragen Sie ihn – auch in Zusammenhang mit Punkt 11 - nach sozialen Leistungen und anderen Unterstützungen, die er und seine Familie eventuell beziehen. Führen Sie Vergleichsbeispiele zwischen den einheimischen und eingewanderten Beziehern von solchen Leistungen unter dem Aspekt an, wer auf diese Leistungen mehr Anspruch hätte.
14. Demonstrieren Sie ihr ausgezeichnetes Wissen über sein Herkunftsland, insbesondere in kultureller Hinsicht. Sollten wirklich diesbezüglich Kenntnisse vorhanden sein, stellen Sie diese verzerrt und übertrieben dar; dies kommt oft bei Aussiedlern frustrierend und beleidigend an.
15. Weisen Sie ihn oft genug auch indirekt darauf hin, dass er in der Tat aus einer fremden Kultur kommt: „Wie ist es noch mal bei Euch Aussiedlern?“
16. Geben Sie ihm im Gespräch so oft wie möglich zu verstehen, dass Sie ihn für einen Russen halten, besser noch für einen Kasachen oder einen anderen Asiaten. Das ist das beste Mittel, seine nationale Identität (was bei den Russlanddeutschen immer hoch getragen wurde) zu verletzen oder zumindest zu verunsichern.
17. Geben Sie ihm möglichst viele Formulare und Fragebögen sowie Infobroschüren mit, die er bis zum nächsten Termin ausfüllen bzw. lesen muss.

Gratulation! Sie haben es geschafft! Er kommt nicht mehr in Ihre Beratungsstelle und wird auch seinen „Landsleuten“ von einem Besuch abraten.

## 1.7 Hilfekonzepte aus den Herkunftsländern

Aussiedler haben oft Schwierigkeiten, das deutsche Suchthilfesystem zu verstehen. Dahinter stecken zum einen Unkenntnis und zum anderen mitgebrachte Vorstellungen aus dem Herkunftsland. In Russland und in anderen Republiken der Sowjetunion gibt es kein vergleichbares Suchthilfesystem. Kostenlose Behandlungen sind in psychiatrischen Einrichtungen unter schwierigen und wenig hilfreichen Bedingungen möglich. Beratungs- und Kontaktstellen existieren kaum. Wenn man diese aufsucht, läuft man Gefahr, von der Polizei beobachtet und verhaftet zu werden.

Es gibt einige private Behandlungsstellen, in denen man die Leistungen aus eigener Tasche bezahlen muss.

Während man in Deutschland davon ausgeht, dass Abhängigkeit in ihrer psychischen und körperlichen Form zu ihrer Überwindung eine starke Mitarbeit des Betroffenen erfordert, kommen viele hilfeschuchende Aussiedler mit der Erwartung, dass sie ohne eigenes Zutun von Experten geheilt werden. Dies hat auch seinen Grund in der Entwicklung der Psychiatrie in der Sowjetunion und in den Nachfolgestaaten. Ein sehr verbreitetes Verfahren dort ist die sog. Codierung: Es handelt sich um ein Hypnoseverfahren, durch das die Betroffenen für eine bestimmte Zeit Abstinenz erreichen sollen. Die Preise steigen mit längerer Abstinenzdauer.

Nach Gesprächen mit Ärzten und Experten, die diese Verfahren praktizieren, kann folgendes zusammengefasst werden:

- Die Anbieter berichten sehr gern über hohe Erfolgsquoten.
- Die Anbieter berichten sehr ungern über das eigentliche Behandlungsverfahren und die Details.
- Im Zustand der Hypnose werden den Betroffenen für den Fall des erneuten Konsums schlimmste Konsequenzen körperlicher Art angekündigt; dies scheint im Unbewussten stark verankert zu sein, so dass die Angst vor Rückfall hier zu recht hohen Abstinenzquoten führen kann.
- Das Symptom des Suchtmittelkonsums wird beseitigt, dahinter liegende Grundstörungen werden nicht beseitigt, so dass es zu Symptomverschiebungen von Heroin auf Alkohol oder von Sucht auf psychiatrische Krankheiten kommen kann.

- Es werden Fälle von Angehörigen berichtet, die zu den behandelnden Ärzten gehen und darum bitten, dass beispielsweise der Ehemann wieder trinken solle, da er dann erträglicher sei als im abstinenten Zustand.

Es handelt sich hier also um eine symptomorientierte und keine ursachenorientierte Behandlung, die durchaus ihre Risiken und Nebenwirkungen und Begrenzungen hat. Diese Behandlungen können sowohl in Russland oder anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion durchgeführt werden, aber auch in Deutschland, wo sich inzwischen einige Experten aus Psychiatrie und Medizin aus diesen Ländern niedergelassen haben und ihre Dienstleistungen gegen Honorar anbieten.

Eine weitere symptomorientierte Behandlung ist die sog. „Blutwäsche“. Hierzu reisen Abhängige immer wieder nach Russland, in die Ukraine oder andere Staaten zu Entgiftungsbehandlungen, die mit Hilfe eines Cocktails von starken Medikamenten durchgeführt werden und bei denen das Blut durch verschiedene Apparate gefiltert wird. Teilweise finden diese Behandlungen auch im Tiefschlaf statt. Damit werden die Symptome der körperlichen Abhängigkeit überwunden und die Patienten sind anschließend bei Suchtmittelfreiheit ohne Entzugssymptome. Die zugrunde liegende psychische Abhängigkeit wird hier nicht mitbehandelt, so dass es immer wieder zu Rückfällen nach teilweise sehr teuren Behandlungen kommt. Der Preis der Behandlung scheint sich dabei nach der Qualifikation des Personals zu richten. Am günstigsten sind solche Behandlungen in der Privatwohnung einer Krankenschwester zu haben, die dort auch ihre pflegebedürftige Großmutter beherbergt.

Des Weiteren wird berichtet von Operationen am Gehirn, bei denen das Suchtzentrum entfernt werden soll. Solche Behandlungen sollen in St. Petersburg durchgeführt werden. Konkrete Fälle sind hier im Rahmen des Projekts und der Beratungsstelle aber nicht bekannt geworden.

Allen diesen Behandlungsmethoden ist gemeinsam, dass sie hohe Erfolgschancen versprechen bei geringer Mitwirkung der Betroffenen, die sich davon endgültige Heilung versprechen.

Im Gegensatz dazu erscheinen die Konzepte der deutschen Suchthilfe mühsamer: Zum einen ist die Erlangung von Abstinenz mitunter schwierig, zum anderen ist das Erhalten der erreichten Abstinenz zum Teil noch schwieriger und erfordert eine ständige Auseinandersetzung und Mitarbeit der Betroffenen. Dabei ist immer wieder eine Reflexion der eigenen Verantwortung für den Erhalt der Abstinenz notwendig.

Hier treffen also zwei sehr unterschiedliche Hilfskonzepte aufeinander, die bei der Hilfeplanung zusammen mit den Betroffenen zu berücksichtigen und auch offen zu legen sind.

## Teil 2

### Erfahrungen aus der Praxis

#### 2.1 Suchthilfe und Aussiedler – Herausforderungen und Chancen

Die Suchterkrankungen bei Migranten in Deutschland haben sich seit den 90-er Jahren zunehmend zu einem gewaltigen gesundheitlichen und sozialen Problem entwickelt. Diese Problematik geht mit der großen Einwandererzahl der Aussiedler in dieser Zeit einher. Es lässt sich nicht verschweigen, dass die Aussiedlerklientel im Verhältnis zu ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung im deutschen Suchthilfesystem deutlich überpräsent ist. Dabei ist festzuhalten, dass männliche Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 30 Jahren diese Überproportionalität begründen. Damit ist die Ausgangslage, die zur Problemwahrnehmung führte, bereits dargestellt.

Die Entwicklung der Suchtkrankheiten bei den jungen Migranten ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen - kein nach Deutschland importiertes Problem. Die Keime und Ursachen dieser beinahe „Volksepidemie“ sind so komplex und tiefgründig (psychologisch, gesellschaftlich und politisch) wie die Notwendigkeit der Suche nach den Lösungswegen.

##### a) Wesentliche Merkmale der Aussiedler-Drogenszene

Die Szene der suchtkranken Aussiedler vermischt sich nicht oder nur sporadisch mit den einheimischen Deutschen oder Ausländern. Aufgrund dieser Abschottung resultieren auch mangelhafte Kenntnisse über die Dimension des Drogenproblems in dieser Gruppe. Nach der Beurteilung der Einheimischen werden die russischsprachigen „Kollegen“ als „gut, zuverlässig (immer guter Stoff) und freundlich aber auch hart, konsequent und brutal“ beschrieben<sup>198</sup>. Speziell für die russischsprachige Szene ist ein sehr ausgeprägtes Gruppenverhalten und absolute Verschwiegenheit nach außen (erfolgreiche Verhaltensform in der ehemaligen Sowjetunion)<sup>199</sup>. Materielle Güter (Drogen) werden geteilt und kollektiv konsumiert. So werden Schuld und Verantwortung im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum weniger individuell, sondern kollektiv erlebt und insoweit auch verdrängt. Es gibt

---

<sup>198</sup> Barth/Schubert, S. 48

<sup>199</sup> Barth/Schubert, S. 49

einen sehr starken Gruppendruck und einen (falschen) Ehrenkodex. Man sorgt für seine Freunde (Versorgung mit Drogen); man hat selbst keine Kraft auszusteigen („Verräter“) und sorgt oft nicht nur unbewusst dafür, dass die Freunde dies auch nicht tun, was übrigens auch auf Alkoholkonsummuster übertragbar ist.

#### b) Erfahrungen des deutschen Suchthilfesystems im Umgang mit Aussiedlern

Bei der russischsprachigen Drogenszene handelt es sich um eine Gruppe mit ausgeprägt spezifischen Sucht- und Verhaltensmustern<sup>200</sup>. Dabei ergeben sich Probleme nicht nur aus sprachlichen Defiziten und mentalitätsbedingten Gründen, sondern auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in der Regel eine sehr massive und exzessive Abhängigkeit von Opiaten vorliegt. So haben Aussiedler meist ein ausgesprochen gefährliches Konsumverhalten: Sie sind sich oft nicht der wirklichen Gefahren bewusst und neigen zum Verharmlosen der Sucht<sup>201</sup>. Erschreckend ist, wie wenig die jungen Aussiedler von möglichen Infektionskrankheiten wissen. Im Vergleich zu Einheimischen, die in der Regel erst nach sechs Jahren des Drogenkonsums chronische Hepatitis C bzw. B aufweisen, ist dies bei Aussiedlern im Schnitt bereits nach zwei bis drei Jahren der Fall. In diesem Zusammenhang sind sie auch eine Risikogruppe hinsichtlich der Infektion mit AIDS. Der Kontakt mit Drogen ist auch bei Aussiedlern verschiedentlich möglich: Bereits im Herkunftsland, im Übergangslager, in den Cliquen, beim Drogenexperimentieren mit Freunden und auf Partys, wobei insbesondere Lebensbrüche und Gefühle des Abgelehntwerdens den Zugriff auf Drogen in all diesen Stationen psychisch begünstigen<sup>202</sup>.

In Berührung mit der Suchtkrankenhilfe kommt ein junger Aussiedler in aller Regel auf institutionellen oder familiären Druck<sup>203</sup>: Probleme mit dem Führerschein, der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Ausbildungsstelle, Probleme mit strafrechtlichem Hintergrund. Manche wenden sich an das Suchthilfesystem aufgrund des massiven Drucks der Eltern oder des Partners, wobei dieser Punkt eher seltener ist, da sich strafrechtliche oder soziale Probleme meistens früher manifestieren als diese den Familienangehörigen bewusst werden, dass nämlich ihr Sohn/Ehemann

---

<sup>200</sup> Insbesondere wird zu diesem Kapitel verwiesen auf: Barth/Schubert, S. 48-53.

<sup>201</sup> Vgl. Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 119f.

<sup>202</sup> Srur/ Meinhardt/ Knielking, S.116ff.

<sup>203</sup> Barth/Schubert, S. 52; vgl. Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 122f.

Drogenprobleme hat. Im Ergebnis kommt kaum jemand aus eigenem Antrieb oder gar aus Einsicht.

Der Zugang zu den bestehenden Angeboten der Suchthilfe wird zudem durch strukturelle Barrieren erschwert, derer oftmals sprachliche und soziokulturelle Gründe (Misstrauen gegenüber solchen Einrichtungen) zugrunde liegen.<sup>204</sup> Zwar wird die Zahl der Aussiedler immer größer, welche die Dienste der Suchthilfe in Anspruch nehmen, doch ist dies weiterhin keineswegs selbstverständlich. Sie sind in eine ganz andere „neue Welt“ migriert bzw. erleben die Unterschiede im Denken und Handeln der Eigengruppe und der Außenwelt. Hier werden sie nun mit Broschüren, Informationen und Flyern überschüttet. Oft folgt die Strategie, davon möglichst wenig wahrzunehmen, da es ohnehin verwirrt. Viele Präventionsangebote scheitern so bei dieser Gruppe bereits im Vorfeld. Erzwungene Informationsveranstaltungen (in Schulen, bei der Ausbildung, Integrationsmaßnahmen usw.) werden innerlich abgeblockt, da man nichts an sich heran lässt. Auch werden die Mitarbeiter der Suchtinstitutionen als Teil der staatlichen Repressionen (Erfüllungsgehilfen der Polizei oder anderer negativ besetzter Behörden) begriffen. So wissen die suchtkranken Aussiedler nicht, worauf sie sich bei der Inanspruchnahme der Suchthilfe einlassen. Viele hiesige Arbeitsweisen werden von ihnen nicht verstanden (Sinnfrage) und mithin als inkompetent beurteilt. Nach ihrem Verständnis müssen Aktivitäten und Initiative (bis hin zur Ausübung vom spürbaren Zwang) von den Beratenden und nicht von ihnen selbst ausgehen. Dieses ist auch die Einstellung und Erwartung der Eltern nach dem Motto: „Macht mich bzw. mein Kind wieder suchtfrei und gesund.“ Dem liegt ein eher „technisches“ als psychologisches Verständnis von Sucht und ihrer Bewältigung zugrunde<sup>205</sup>.

### c) Neue Bewertungen, Wandel der Anforderungen und Nachfrage

Die Anwendungen der psychotherapeutischen Methoden, die überwiegend auf Einheimische zugeschnitten sind, haben sich in der Arbeit mit Aussiedlern oft als ungeeignet erwiesen. So entstanden neue Anforderungen an das System der Suchthilfe in der Arbeit mit Migranten:

---

<sup>204</sup> siehe hier oben „Zugangsschwellen.“

<sup>205</sup> Siehe hier oben „Hilfekonzepte aus dem Herkunftsländern“; Barth/Schubert, S. 51 ff.

- Aussiedler mit ihren Nöten und Problemen sollen vor allem wahrgenommen werden<sup>206</sup>. Diese Aufgabe kann im gesamten Staatssystem nicht nur beim Bundesamt für Migranten und Flüchtlinge allein hängen bleiben. Das Bundesamt finanziert nur gemeinwesenorientierte Projekte, die in der Regel keine Einzelberatung des Suchthilfesystems beinhalten. Die Sozialministerien der Länder sind eher - vor dem Hintergrund der Haushaltslage in den Bundesländern - an Kürzungen interessiert, als an der Beschäftigung zusätzlicher Fachkräfte speziell für Migranten mit Sprachproblemen. Diese Menschen sind aber da, sie bleiben hier, und sie brauchen Hilfe.
- Es müssen Lösungen bei Sprachproblemen gesucht und gefunden werden. Weder von einem jungen Heroinabhängigen, noch von einem alkoholkranken Erwachsenen kann man - mit Erfolgsaussichten - erwarten, dass er vor der Beratung oder Therapie erst einmal ausreichend Deutsch lernt<sup>207</sup>.
- Die migrationsbedingten Faktoren sollten in die Handlungskonzepte einbezogen werden<sup>208</sup>. Damit sind sowohl die Hilfestellungen und Unterstützungen bei der Integration des Klienten in die Aufnahmegesellschaft als auch die Berücksichtigung des Herkunftshintergrundes im therapeutischen Setting gemeint<sup>209</sup>.
- Auf Mitarbeiter- und Teamebene sollte eine Auseinandersetzung mit persönlichen Ängsten, Vorurteilen und soziokulturellen Prägungen stattfinden, was interkulturelle Kompetenz erfordert. Kein Individuum ist in jeder Hinsicht Vertreter einer Herkunftskultur und es ist undenkbar, dass wir für jede Ethnie eigene soziale Strukturen – im Suchthilfesystem oder andernorts - installieren. In der Migrantenarbeit geht es vor allem darum, die kulturellen Gegebenheiten „verhandelbar“ zu machen, Sensibilität für kulturell bedingte Missverständnisse zu entwickeln und die Bereitschaft, diese Bereiche zum übergeordneten, stets mit zu bedenkenden Thema zu machen.

Sowohl in der Beratungs- als auch in der Präventionsarbeit des Suchthilfesystems werden mittlerweile die Arbeitsmethoden und Angebote für die Klienten mit Aussiedlungshintergrund speziell (nach Altersgruppe, Sozialisation, familiärer Biographie bis hin zum Intelligenzniveau) zugeschnitten und angepasst (oder es wird zumindest versucht). Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Umorientierung und

---

<sup>206</sup> Barth/Czycholl, S. 97

<sup>207</sup> Barth/Czycholl, S. 97

<sup>208</sup> Barth/Czycholl, S. 97

<sup>209</sup> Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 129-130

Qualifizierung im Bereich der interkulturellen Suchtarbeit an vielen Einrichtungen des Suchthilfesystems immer noch nicht über die Wahrnehmung und Erkennung der Problematik als solche hinaus stattgefunden hat. Die Fachkräfte beklagen sich über die überproportionale Präsenz der „Russen“ (!!!) unter der Klientel und über die Probleme in der Arbeit mit ihnen, gleichzeitig können sie nicht mal die Allgemeinwissensfrage „Wie kommt es eigentlich, dass diese „Russen“ jetzt in Deutschland sind?“ beantworten. Dies nicht zu wissen ist, wenn man bedenkt, dass bislang mehr als 2 Mio. Aussiedler nur aus der ehemaligen Sowjetunion und den Nachfolgestaaten nach Deutschland kamen, so als würde man das Bundesland Thüringen mit 2 Mio. Einwohner nicht kennen. Gerade die pädagogischen und therapeutischen Kräfte zeigen sich oft absolut lebensfremd und unsensibel im Umgang mit den rechtlich-politischen Begriffen und Gegebenheiten.

Die Fachkräfte arbeiten nicht nur mit den Instrumenten, die sie während der Ausbildung und der praktischen Tätigkeit erwerben, viel mehr basiert ihr Handeln wesentlich auch auf ihrer eigenen persönlichen Lebenserfahrung und Sozialisation. Sie bringen ihr eigenes Wissen über das menschliche Zusammenleben im hiesigen Gesellschaftssystem mit all seinen Aspekten ein: Kultur, Gesellschaftsordnung, politisches System, Mentalität, Geschichte u.ä., die sie sich im Prozess ihrer eigenen Reifung aneignen und letztlich mehr noch als Ergebnis eines über mehrere Generationen hinaus wirkenden Prägeprozesses vermittelt bekommen haben. Das ist selbstverständlich und unvermeidlich, birgt aber ohne bestimmte weitere Qualitäten in der interkulturellen Suchtarbeit bzw. der Reflexion der persönlichen Prägungen die Gefahr diesbezüglicher Voreingenommenheit in sich. In diesem Fall gilt es vor allem eine Rollendistanz, bzw. eine dezentrale kulturelle und soziale Selbstwahrnehmungsfähigkeit und Relativierung der eigenen Sichtweise zu entwickeln<sup>210</sup>. Ein interkultureller und praxisorientierter Ansatz soll folgende Faktoren berücksichtigen:

- die Erlebenswelt der Jugendlichen und ihrer Eltern;
- die Wert- und Moralvorstellungen der Familie bzw. der ethnischen Gruppe der Jugendlichen;
- die Wert- und Moralvorstellungen der Gesellschaft, in welcher der Jugendliche lebt, in Bezug auf bestimmte Drogen;

---

<sup>210</sup> vgl. Barth/Czycholl, S. 98

- die interkulturelle Sichtweise hinsichtlich Konsum und Missbrauch von Drogen.<sup>211</sup>

Die Problematik mit den Aussiedlern im Suchthilfesystem wurde seit einigen wenigen Jahren erkannt. Immer mehr passen sich ambulante und stationäre Suchthilfeeinrichtungen mit ihren speziellen therapeutischen Angeboten an die Migranten mit ihrer migrations-, sozialisations- und kulturell bedingten „Sonderstellung“ an. Immer mehr werden Fachkräfte mit sprachlichen Zusatzqualifikationen nachgefragt und angestellt (russische Sprache). Das passiert allerdings nicht flächendeckend, insbesondere nicht im ambulanten Bereich. Es fehlen Fachkräfte mit zusätzlichen Sprachqualifikationen im Bereich der Justiz (Bewährungshelfer), im Suchthilfesystem insbesondere für die ambulante Nachsorge und Beratung für Angehörige.

---

<sup>211</sup> Vgl. Salman/Tuna/Lessing – Gari Pavkovic, S 56f.

## **2.2 Entwicklung in Korbach - Projekt Aussiedler Suchthilfe und Suchtprävention vor Ort (PASSpOrt)**

Im Landkreis Waldeck-Frankenberg war in den 90er-Jahren ein starker Zuwachs der Wohnbevölkerung zu verzeichnen: Von ca. 158.470 Einwohnern im Jahre 1990 auf 170.574 im Jahre 2002.

Zu diesem Anstieg der Wohnbevölkerung trug erheblich der Zuzug von Aussiedlern insbesondere aus den ehemaligen GUS-Staaten bei.

Für das Mittelzentrum Korbach wurde der Aussiedler-Anteil in 2002 an der Wohnbevölkerung von offizieller Seite auf ca. 14 % geschätzt (mittlerweile auch mehr).

Auch hier traten in der Öffentlichkeit jugendliche Aussiedler zunehmend über auffälliges Verhalten im Zusammenhang mit Gewalttätigkeit, Beschaffungskriminalität und Drogenabhängigkeit in die öffentliche Wahrnehmung. In Korbach und Umgebung, einer Region mit relativ hohem Aussiedleranteil, traten die bekannten Probleme beim Integrationsprozess auf und verschiedene Institutionen bemühten sich, den Prozess zu unterstützen.

### a) Situation im Suchthilfebereich in den 90er-Jahren

In der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen tauchten die ersten Aussiedler etwa 1994 als Klienten auf. Dabei kristallisierten sich zwei Problemfelder heraus:

- Erwachsene Männer mit erheblichen Alkoholproblemen.
- Jugendliche und junge Erwachsene mit Heroinabhängigkeit sowie in diesem Zusammenhang ratsuchende Eltern und Angehörige.

Bei der Gruppe der alkoholabhängigen Erwachsenen war - aufgrund der Trinkkultur in den Herkunftsländern (s.o) - fast durchweg eine unkritische und uninformierte Haltung zum Alkoholkonsum zu erkennen. Ferner wurde deutlich, dass viele der Aussiedler erstaunlicherweise in der Lage waren, durch rigide Selbstdisziplin Abstinenz zu erreichen, ohne die klassischen Gesprächs- und Therapieangebote zu nutzen bzw. nutzen zu können. Im Kontakt zu diesem Personenkreis zeigten sich unter anderen folgende Probleme als Hintergrund der Alkoholabhängigkeit:

- Sprachbarrieren,

- Verlust der vertrauten Umgebung und unvertraute Anforderungen in der neuen Lebenswelt sowie ein unterschiedlicher kultureller Hintergrund,
- Arbeitslosigkeit gekoppelt mit erlebter Abwertung der früheren beruflichen Qualifikation.

Bei jugendlichen und jungen erwachsenen Drogenabhängigen wurde deutlich, dass diese zum größten Teil über gute Ressourcen aus Kindheit und früher Jugend in einer geordneten Welt verfügten, im Gegensatz zu vielen der hier aufgewachsenen Drogenabhängigen. In den betroffenen Familien war die Tendenz zu erkennen, Drogenprobleme möglichst selbst mit Hilfe von Angehörigen und ohne professionelle Hilfe zu lösen. Was beim Hausbau und bei der Autoreparatur gut funktionierte, führte allerdings bei Drogenproblemen oft nicht zu einer Lösung, sondern zur weiteren Verfestigung der Dynamik von Abhängigkeit und Co-Abhängigkeit.

Im Kontakt mit den jugendlichen und jungen erwachsenen Drogenabhängigen zeichnete sich folgendes Hintergrundbild der Abhängigkeit ab:

- Zum einen hatten die Betroffenen nur sehr wenige Informationen über illegale Drogen<sup>212</sup>, da ihnen im Gegensatz zu den hier Aufgewachsenen die ständige Berichterstattung und Information in Fernsehen, Rundfunk, Zeitschriften und Zeitungen sowie schulische Aufklärung fehlten.
- Zudem berichteten die Betroffenen über Erstkonsum-Situationen in einer verblüffenden Naivität: Die angebotenen Stoffe wurden nicht mit offiziellem Namen, sondern mit Szene-Vokabular benannt, als vollkommen risikolos mit positiver Wirkung dargestellt und die Betroffenen griffen gutgläubig zu; sozialisationsbedingt schien ein gesundes Misstrauen gegenüber den Versprechungen jeglicher Art von kommerzieller Werbewirtschaft unterentwickelt zu sein. Letztlich wurde so auch den Drogenhändlern geglaubt.
- Konsumeinstieg und Abhängigkeitsentwicklung bei illegalen Drogen, insbesondere Heroin, ereigneten sich in einer Lebenssituation, die durch Entwicklungsanforderungen in der Adoleszenz (Orientierungssuche), Verlust der vertrauten Umgebung mit ihren Spielregeln und Sicherheiten bzw. der Anerkennung und Wertschätzung (z.B. schulische und sportliche Erfolge, Mitarbeit in landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben) nach der Aussiedlung gekennzeichnet war.

---

<sup>212</sup> Vgl. Srur/Meinhardt/Knielking, S. 120

- Die Drogenwirkung wurde in dieser Situation zunächst als subjektiv positiv erlebt, da von den Konsumenten äußere Realität und eigene Befindlichkeit so angenehmer oder nur eingeschränkt wahrgenommen wurden<sup>213</sup>.

Als schwierig gestaltete sich in der Arbeit der Beratungsstelle, dass bei dieser Zielgruppe sehr unklare Vorstellungen über das Suchthilfesystem vorherrschten<sup>214</sup> und die Beratungsstelle mit staatlichen Institutionen, die mit Polizei und Justiz kooperieren bzw. mit Zwangsmaßnahmen arbeiten, assoziiert wurde. Sobald Klienten aber den Kontakt zur Suchtberatungsstelle gefunden hatten, konnten diese Unklarheiten größtenteils beseitigt werden<sup>215</sup>.

Weiterhin wurde schnell deutlich, dass in der Arbeit mit dieser Zielgruppe zunächst keinerlei Erfahrungen vorhanden waren und man sich nur beschränkt auf die Lehrbücher der Suchthilfe berufen konnte.

Im Jahr 2002 waren knapp 10% der Klienten der Beratungsstelle Aussiedler. Der Beratungs- und Hilfebedarf war aufgrund der Nachfragen und aufgrund der Rückmeldungen der Einrichtungen vor Ort (Aussiedlerberatung des Diakonischen Werks, Akademie für Erwachsenenbildung, kooperierende Arztpraxen) als höher einzuschätzen.

Wegen des oben beschriebenen erschwerten Zugangs zur Beratungsstelle und gleichzeitig steigender Nachfrage bei gleich bleibenden Kapazitäten konnten nur durch ein gezieltes zusätzliches Angebot weitaus mehr Personen der Zielgruppe erreicht werden und dadurch auch Kontaktabbrüche reduziert werden.

#### b) Suche nach Lösungswegen

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Problemsituation sahen die Stadt Korbach und die Beratungsstelle im Zweckverband Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg die Notwendigkeit, angemessene Hilfs- und Präventionsangebote zu entwickeln. Da die besonders hohe Prävalenz bei den jungen Aussiedlern im Bezug auf Missbrauch der illegalen Suchtmittel mit der Migrations- bzw. Aussiedlungsproblematik einher geht, entstand auch die Idee, die Arbeitsmethoden und Angebote des deutschen Suchthilfesystems in ein Förderprojekt des

---

<sup>213</sup> Vgl. Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 119

<sup>214</sup> Srur/ Meinhardt/ Knielking, S. 126

<sup>215</sup> Vgl. Barth/Czycholl, S. 93

Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu integrieren. Vor diesem Hintergrund arbeitete die Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen des Zweckverbandes Diakonisches Werk Waldeck-Frankenberg ein integriertes Konzept aus, dessen gesamter Arbeitsablauf als Methode und Ziel zugleich lauten:

- Suchtvorbeugung bei jungen Migranten durch Integration,
- Integration durch strukturelle, kulturelle, gesellschaftliche und politische Eingliederung mit einer breiten Palette an Gruppen- und Einzelangeboten im Bereich Sucht als auch andere integrative sozialpädagogische Maßnahmen für Migranten (Schwerpunkt: Jugend).

Um diese Aufgabe zu finanzieren (eine Vollzeitfachkraft und Sachkosten), wurden entsprechende Mittel beim Bundesamt für Migranten und Flüchtlinge beantragt und bewilligt.

#### c) Beschreibung der Arbeitsfelder nach dem ursprünglichen Konzept

##### 1) Primärprävention

In der Primärprävention sollten die bewährten Konzepte auf die besondere Zielgruppe der Aussiedler zugeschnitten werden. Zum einen war hier verstärkte Informationsarbeit im Sinne von Drogenkunde bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu leisten, um Informationsdefizite gegenüber den hier Aufgewachsenen abzubauen. Darauf aufbauend sollte mit dieser Zielgruppe zu folgenden Themen gearbeitet werden: Suchtentwicklung, eigene Risiken, Problem- und Konfliktlösungskompetenz, Genuss, persönliches Wohlbefinden. Arbeitsbereiche in der Primärprävention waren neben den weiterführenden Schulen auch Grundschulen und Kindergärten.

Die Fachkraft für Prävention war in allen Arbeitsbereichen auf Kooperationspartner aus Jugendhilfe, Vereinen, Schulen und anderen Institutionen angewiesen. Die Kooperationspartner sollten in die Arbeit einbezogen und durch Multiplikatorenschulungen in die Lage versetzt werden, um zunehmend im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst Präventionsarbeit zu leisten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Primärprävention sollte die Arbeit mit Eltern bilden, wobei hier frühzeitig angesetzt werden sollte (ab Kindergartenalter).

Bei Eltern von Aussiedlern der verschiedenen Altersstufen waren ebenfalls Informationsdefizite bezüglich Suchtgefahren und Prävention aufzuarbeiten. Zudem

zeigte sich im Integrationsprozess oft eine große Unsicherheit in Erziehungsfragen. Hier war darauf hinzuwirken, dass Erziehungsschwierigkeiten zum Thema gemacht werden und ggf. Hilfe von außen gesucht wird.

## 2) Sekundärprävention

In diesem Arbeitsbereich (überwiegend nach der Case-Management-Methode), der sich auf gefährdete oder potentiell gefährdete Jugendliche und junge Erwachsene konzentrierte, war neben den oben beschriebenen Ansätzen für diese Zielgruppe ein Kontaktangebot notwendig. Es galt hier, auch ohne ausdrücklich auf die Suchtproblematik einzugehen, Kontakt herzustellen, Beziehungen zu pflegen, Hilfestellungen bei der Bewältigung von konkreten Problemen anzubieten und über weitere Möglichkeiten des Hilfesystems zu informieren.

Auch zu diesem Arbeitsbereich sollten Multiplikatorenschulungen, insbesondere mit den pädagogischen Fachkräften, die mit der Zielgruppe arbeiten, angeboten werden, um ihre Handlungskompetenz zu stärken.

## 3) Tertiärprävention

Für jugendliche und junge erwachsene Aussiedler mit Suchtproblematik sollte durch die Fachkraft der Zugang zum Hilfesystem mit Beratung und Behandlung erleichtert und beschleunigt werden. Die Fachkraft konnte in diesem Bereich ansatzweise auch selbst tätig werden und sollte über die notwendigen Kontakte zu Einrichtungen der Suchthilfe verfügen. Gegebenenfalls wurden Betreuungen an das Fachpersonal für Beratung und Behandlung der Beratungsstelle übergeleitet.

## 4) Vernetzung

Die vorhandenen Kooperationen mit den Stellen, die mit Aussiedlern arbeiten (z.B. Aussiedlerberatung, Akademie für Erwachsenenbildung, andere Bildungsträger, Jugendpflege) waren auszubauen und es sollten gegebenenfalls neue Kooperationen aufgebaut werden. Dabei sollten die Schwerpunkte der Arbeit Multiplikatorenschulung und Konzeptentwicklung sein. Durch diese Maßnahmen sollten Personen und Institutionen Handlungsfähigkeit in der Primär- und Sekundärprävention gewinnen. Zudem sollten Standards für den Umgang der jeweiligen Institutionen mit Suchtgefährdeten sowie Suchtmittelabhängigen entwickelt werden.

Die Kooperation mit Aus- und Weiterbildungsträgern, aber auch mit Betrieben, sollte mit Hilfe des vorhandenen Netzwerkes ausgebaut werden, um Aussiedler mit Suchtproblemen in Ausbildung oder in der Arbeitswelt früher zu erreichen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, die sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern nützen.

Weiterhin erschien eine Vernetzung mit Vereinen und Verbänden im Gemeinwesen erforderlich, um Integrationsmöglichkeiten im Freizeitbereich zu entwickeln.

## 2.3 Erfahrungen aus der Präventionsarbeit

Die tatsächliche Umsetzung der im Projekt vorgenommenen Ziele war erschwert vor dem Hintergrund

- der unerwarteten Änderungen auf Gesetzesebene und der damit u.a. verbundenen Umstrukturierungen der Integrationssträger im Bereich der Kommune Korbach;
- der Voreingenommenheit und mit Vorurteilen behafteten Einstellung sowohl gegenüber der Suchtproblematik als auch gegenüber den Migranten selbst von der Seite der Binnendeutschen (sogar in pädagogischen Bereichen);
- der oft grundsätzlich unterschiedlichen Meinungen zur Integration (Maßnahmen und Ziele) sowie der allgemeinen Schwierigkeiten in der Migrantenarbeit.

### a) (Erste) Erfahrungen in der Primärprävention

Dieser Arbeitsbereich erwies sich schon in der Arbeit mit der einheimischen bundesdeutschen Bevölkerung als äußerst problematisch, da die Suchthematik in der Regel tabuisiert und für das Kindesalter als unpassend und nicht aktuell empfunden wurde. Dabei spielt eine nicht unwesentliche Rolle das Verdrängen der eigenen persönlichen Konflikte und des problematischen Konsumverhaltens (Nikotin, Alkohol, Medien, Essverhalten, Verbraucherverhalten u.s.w.) bei den Eltern selbst. Bei der Zielgruppe Aussiedler war die Hemmschwelle mindestens doppelt so groß, da sie ganz andere auch kulturell- und politisch bedingte Sozialisationserfahrungen mit nach Deutschland gebracht haben. Bei ihnen wird die Suchthematik absolut tabuisiert und nur ausschließlich in Verbindung mit illegalen Drogen, als solche überhaupt bezeichnet. So ist schon allein das Interesse für diese Thematik mit großen persönlichen Komplexen und Hemmungen verbunden. Beim Ansprechen der Sucht- und Drogenproblematik generell fühlten sich die Aussiedler direkt angesprochen; so entstand automatisch die Abwehrreaktion: „Das sind WIR nicht, das sind die ANDEREN, UNS geht das nichts an, WIR haben andere Probleme“. Diese ganz zum Anfang des Projektes gemachten Erfahrungen verlangten nach der Entwicklung sinnvoller Vorgehensweisen und Methoden für die Aufklärungsarbeit: Die Prävention für Aussiedler an den Institutionen (Schule, Betrieb, Kindergarten, Jugendhäuser) kann nur in Form der allgemeinen Präventionsveranstaltungen "für

alle“ und auf keinen Fall in ausschließlich für die Zielgruppe zugeschnittenen Angebote durchgeführt werden. Im anderen Fall wird es nur als Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterstellung empfunden – und boykottiert. Vor diesem Hintergrund wurden die Präventionsveranstaltungen und andere suchtvorbeugende Angebote mit allen Gruppen im institutionellen Bereich (Schulen, Kindergärten etc.), in denen die Aussiedlerjugendlichen auch präsent sind, durchgeführt. Aus dieser Arbeitserfahrung hat sich herausgestellt: Im Prozess der Arbeit mit kompletten Schulklassen kommt man einfacher in Kontakt mit der unmittelbaren Zielgruppe „Aussiedler-Kinder“, ohne sie abzuschrecken, sondern gerade einen gewissen Grad an Empathie gewinnend. Ohne besonderes Hervorheben dieser Kinder aus der gesamten Klasse (Gruppe) entstand bei ihnen schon beim Wahrnehmen des osteuropäischen (russischen) Akzentes der verantwortlichen Mitarbeiterin, der in ihrer kurzen persönlichen Vorstellung erklärt wird, automatisch, teilweise unbewusst eine etwas intensivere Beziehung: „Sie ist eine von UNS“ (unbewusster Solidaritätsfaktor). An diesem Punkt macht man die „erste Tür“ zu den Aussiedlerjugendlichen auf. Im Prozess der Arbeit solcher Art („für alle“) lernten die Vertreter der Zielgruppe die Fachkraft persönlich und offiziell kennen, ohne direkt und persönlich auf die Suchtproblematik angesprochen zu werden; gleichzeitig bekam die Mitarbeiterin den direkten Kontakt zu ihnen und machte sich ein Bild vom Tätigkeits- und Interventionsbedarf. Man muss dabei feinfühlig vorgehen, nichts überstürzen, also möglichst unauffällig für die Zielgruppe selbst und die übrigen Teilnehmer, so dass kein Eindruck von jeglicher Art der Unterstellung und Diskriminierung oder umgekehrt von Hervorhebung und evtl. Privilegierung (Parteilichkeit) entstehen darf.

Resümee:

Aus den Angeboten an allgemeinen Institutionen, die nicht direkt ausschließlich nur auf die Zielgruppe gerichtet sind, bekam man zuverlässige Informationen über die Zahl der Aussiedler, baute die ersten Kontakte auf, machte sich ein Profil hinsichtlich des vorliegenden Handlungs- und Interventionsbedarfes.

Dazu ist wichtig zu erwähnen, dass diese Angebote nicht explizit auf die Suchtprävention in ihrem engeren Sinne gezielt waren. Alle möglichen sozialpädagogisch sinnvollen Unternehmungen mit Jugendlichen - vorausgesetzt sie sind für diese attraktiv genug gestaltet, um überhaupt von Jugendlichen angenommen zu werden - öffneten/erschlossen der Fachkraft stückweise die Zielgruppe.

Darüber hinaus entstand ein Netzwerk innerhalb der Zielgruppe selbst, was selbstverständlich nur für die Arbeit im Sinne der Primär- und teilweise Sekundärprävention galt.

Ein Beispiel zur Arbeit mit den Eltern

*Gleich in der Anfangsphase des Projektes wurde eine Elternabendreihe (insgesamt in sieben Schulklassen) an einer Grundschule durchgeführt. Die Inhalte des Beitrages zu diesen Abenden waren: kurze persönliche Vorstellung - Arbeitsaufgaben und Rahmenbedingungen des Projektes - seine Hintergründe (Entstehung des Projektes) - Suchtproblematik allgemein - Suchtproblematik bei den Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion - mögliche spezielle Probleme und Ursachen. Zum Schluss wurden die Einladungen zu einem Eltern-Info-Abend in der Beratungsstelle an die jeweils anwesenden Aussiedler-Eltern verteilt. Ziel war es vorrangig, sich bei den Eltern der Zielgruppe vorzustellen und dabei manche Missverständnisse bei den einheimischen Eltern im Bezug auf die Drogenproblematik bei Aussiedlern zu klären. Es sollten Kontakte aufgebaut und Angebote vorgestellt werden, sich über das Thema Sucht und Abhängigkeit – bezogen auf die Gefährdungen der Aussiedlerkinder - in der russischen (Mutter)-Sprache zu unterhalten. Nach den zuvor von der Schulleiterin erhaltenen Informationen hatte die Schule viele organisatorische Schwierigkeiten wegen der schwachen oder gar nicht vorhandenen Sprachkenntnisse der meisten Aussiedler-Eltern.*

*Die Ergebnisse und Reaktionen waren folgende: Bei den „Elternabenden für alle“ kamen durchschnittlich die Eltern von sieben bis acht Kindern; dabei waren jeweils durchschnittlich zwei Eltern von Aussiedlerkindern. Dies war so, obgleich der Aussiedleranteil an dieser Schule in faktisch jeder Klasse mindestens rund ein Drittel betrug. Aussiedlereltern waren mithin schon bei diesen Elternabenden unterrepräsentiert. Dennoch konnte beobachtet werden, dass sich die Aussiedlereltern direkt angesprochen (Unterstellung) fühlten, manche konnte man inhaltlich einfach nicht erreichen, da sie ganz von Anfang an – als die Mitarbeiterin das „Aussiedler-Projekt“ vorstellte - abgeblockt bzw. eine symbolische Mauer aufgebaut hatten. Alle übrigen Eltern empörten sich bereits ein wenig bei der Vorstellung - spätestens aber dann sehr deutlich als die Mitarbeiterin ihre „Extra-Einladung“ zur Prävention im Kindesalter als russischsprachige Veranstaltung*

*aussprach - darüber, dass so ein wichtiges Erziehungsangebot zur Früh-Prävention nur extra für Aussiedler angeboten wird. Kein einziger Elternteil, der bei den allgemeinen Elternabenden dabei gewesen war, kam zu dem – russischsprachigen - Info-Abend. Allerdings kamen zu dieser Veranstaltung vier Teilnehmer, die davon aus anderer Quelle erfahren hatten, wovon drei Mütter wegen der eigenen Betroffenheit (drogenabhängige Kinder), was dem geplanten Konzept (Primärprävention) nicht entsprach, gekommen waren. Zudem kam noch ein offensichtlich etwas unterbeschäftigter russischsprachiger Intellektueller (ehemaliger Offizier), der die Betroffenen anfangs noch mehr verwirrte. In der Folge kam es aber zu einem sinnvollen und sachdienlichen Gespräch mit den Müttern, das ihnen geholfen hat und mir weitere Kontakte für die Zukunft bescherte.*

Diese Erfahrung verstärkte den schon oben angesprochenen Gedanken, dass die Aussiedler-Eltern nicht gezielt auf dieses heikle Thema in der Öffentlichkeit angesprochen werden sollten. Das bedeutet nicht, dass spezielle Präventionsangebote für Aussiedler überflüssig sind. Der Bedarf muss aufgrund der Tatsache, dass die Aufklärung für Aussiedler nicht nur allein wegen der Sprachbarriere, sondern auch wegen der spezifisch anderen Einstellungen zu dieser Thematik anders und spezieller ausgestattet und zugeschnitten werden.

b) Einige Ratschläge für eine funktionierende gemeinwesenorientierte Projektarbeit

*„Bevor man einmal schneidet, sollte man lieber zehnmal nachmessen“ (russisches Sprichwort)*

Schon der erste Schritt – das Ansprechen und in Kontakt kommen – muss in der Arbeit mit dieser Zielgruppe gut überlegt und durchdacht werden. Gerade bei heiklen Themen (wie hier eben Sucht) muss man zu den Menschen Vertrauen gewinnen. Dieses gegenseitige Öffnen braucht Fingerspitzengefühl, Zeit und oft einen passenden Rahmen.

Steht man bei befristeten Projekten vor den klar und präzise definierten Zielsetzungen und ihren Indikatoren, wie es bei P.A.S.Sp.Ort der Fall war, kann man schnell in Gefahr geraten, unter dem Druck von Leistungsnachweisen und Fristsetzungen zu schnell zu viel zu verlangen; dies umso mehr, wenn man vor Projektbeginn nicht ortskundig oder heimisch am Projektort war. Sowohl die Ziele als

auch die Fristen sollte man zwar auf jeden Fall im Auge behalten, allerdings kann ein voreiliges, nicht im Detail durchdachtes Arbeitsvorgehen den Erfolg eher bremsen. Man verlangsamt oder (im schlimmsten Fall) blockiert die Öffnung der Zielgruppe, die Entwicklung des Vertrauensgewinns.

An dieser Stelle ist abzuraten von einer großen Werbekampagne für das Projekt und einem offensiven Eingehen auf die Zielgruppe. In dieser Phase sollten zunächst die kommunalen Strukturen und bereits vorhandene Netzwerke gründlich erforscht und kennen gelernt werden. Dabei sollten sich mögliche Bereiche für eine Zusammenarbeit herauskristallisieren, damit diese geplant und ausgearbeitet werden kann.

Nicht zwangsläufig ist an einem Brennpunkt anzufangen. Ohne gewisse Grundlage erreicht man dort kaum positive Ergebnisse, wohl aber Zeitverlust und Frust gleich am Anfang. Für einen Start in einem entsprechenden Projekt ist zu raten: Fangen Sie nicht gleich mit ganz eigenen bzw. selbständigen Ideen und Angeboten an. Schließen Sie sich mit ihrem Projekt als Kooperationspartner und Unterstützer den Projekten und Maßnahmen anderer Träger an: Der kommunalen Jugendpflege, der Kirchenjugendarbeit und den Kirchenvorständen, Schulen, Kindergärten und Vereinen, selbstverständlich den regionalen Integrationsträgern und informellen Aussiedlerkreisen. Wie schon am Anfang im etwas anderen Zusammenhang erwähnt wurde, bringt diese Vorgehensweise praktische Arbeitserfahrungen mit den Kooperationspartnern, Netzwerkern und vor allem der Zielgruppe, sowohl Aussiedlerjugendlichen als auch ihren Eltern/Familien. In dieser Phase sollte man an Beziehungen arbeiten. Dieser Moment entscheidet, ob die Zielgruppe mit ihren Nöten, Fragen, Problemen und Ideen zu Ihnen kommt, ob sie Ihre Ideen und Angebote akzeptieren und wahrnehmen wird.

Frühestens nach einem halben Jahr hat man für sich die Problembereiche und Brennpunkte, die Bereiche mit Entwicklungspotenzial und Ausbaumöglichkeiten ausgefiltert. Jetzt heißt es: Eigene Ideen mit der Zielgruppe zu entwickeln und auszuarbeiten, sich Gedanken über ernste Probleme der Integration zu machen.

Gestalten Sie Angebote, die für die Zielgruppe attraktiv sein können, also nicht nur nach dem Prinzip, was Sie oder ein Lehrbuch für sinnvoll, interessant und notwendig halten, sondern bedarfs- und nachfrageorientiert. Also schneiden Sie Ihre Angebote und Projekte speziell für die Zielgruppe zu. Die Aussiedler bewegen sich wie alle anderen Einwanderer-Gruppen verstärkt in ihrer Eigengruppe. Dieser Umstand wird

zwar immer noch an vielen Stellen heftig kritisiert, doch die neuen, leider etwas verspäteten Erkenntnisse auf dem Gebiet der Integration sagen: Die Geborgenheit in der Eigengruppe dient der persönlichen Stabilisierung und Herstellung des eigenen Wohlbefindens, was letztlich Voraussetzungen für eine gelingende Integration sind. Diese Gruppen (unabhängig von ihrer Altersstruktur) kann und darf man nicht zerbrechen. Das ständige Kritisieren an diesem typischen Einwanderer-Verhalten weckt nur Abwehrinstinkte und bewirkt nur noch einen stärkeren inneren Zusammenhalt bzw. das Entfremden der Gruppe nach außen. Man muss mit diesen Gruppen zusammen arbeiten, sie motivieren, stärken und sie Schritt für Schritt nach außen öffnen.

Im Weiteren sollten Kontakte mit den schon bestehenden informellen Aussiedler-Kreisen, den Selbsthilfegruppen, Kirchengemeinden und mit den Institutionen und Einrichtungen, die von Aussiedlern besonders frequentiert werden, aufgebaut und entwickelt werden. Dieser gesamte Arbeitsprozess ist langwierig und mühsam, er ist wie Arbeit an einer Beziehung, deren Erfolg hauptsächlich durch ständigen Kontakt, Vertrauen und Gespräch zustande kommt. Gibt es in der Region keine solche herkunftshomogenen Treffs und Vereine – so muss man sie gründen, allerdings mit klar definiertem Ziel: Im Vordergrund sollte das zufriedene Zusammenleben, gegenseitige Akzeptanz also Integration stehen.

Im Falle des Modell-Projektes sollte das Angebot mit seinen konkreten Inhalten und Aufgaben möglichst innerhalb kurzer Zeit der maximalen Zahl der Personen der Zielgruppe bekannt werden. Es sollte klar und deutlich gemacht werden, dass Prävention nicht nur aus Gesprächen über Drogen besteht, sondern im rechtzeitigen Aufdecken der verschiedensten Probleme, im Geben von Antworten bzw. in der rechtzeitigen Klärung von Konflikten. Dafür war der offene Kontakt zwischen der Zielgruppe und der Mitarbeiterin des Projektes, die gleichzeitig und vor allem die Rolle der Vermittlerin und des Mediums zu den einheimischen Strukturen spielte, vorrangige Voraussetzung. Darüber hinaus sollten auch Freizeit- und Allgemeinbildungsmöglichkeiten angeboten werden. So wie das am Beispiel des Projektes PASSpORT flächendeckend (in verschiedenen Stadtteilen, Einzugsgebieten, Kirchengemeinden) gemacht wurde: Mädchengruppe, Jugendgruppe, Tanzgruppe, Foto-Projekt, Freizeitfahrten. Auch für die Arbeit mit den Eltern wurden einige langfristige und einmalige Angebote gestaltet, betreut, unterstützt oder selbst ins Leben gerufen (z.B.: Frauenkreis der Aussiedlerinnen;

informelle Arbeitsgruppe der Aussiedler-Elterninitiative zur gemeinsamen Gestaltung und Organisation der gemeinwesenorientierten Maßnahmen im Sinne der kulturellen Begegnungen; Veranstaltungen; Sprachprojekt auf ehrenamtlicher Basis „ProSprachAktiv“).

Insbesondere die auf die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien zielende Präventionsarbeit sollte immer die Arbeit mit den Eltern einschließen. Die Kinder brauchen einen Erziehungsstil, der Klarheit und Sicherheit vermittelt. Sie erleben aber oft Inkonsequenz, was je nach Ausmaß Verunsicherung und Orientierungslosigkeit zur Folge hat. So gibt es in Migrantenfamilien nicht nur den normalen Generationenkonflikt zwischen Kindern und Eltern, sondern die Eltern vertreten neben den Werten einer älteren Generation zugleich die einer mehr oder weniger anderen Kultur. Die elementaren Identitätsfragen - Wer bin ich? Welcher Gesellschaft gehöre ich an? Was werde ich in Zukunft machen? - müssen auch vor diesem schwierigen Hintergrund eine befriedigende Antwort finden, damit nicht die Gefahr einer Identitätskrise entsteht.

Bei aller Notwendigkeit und Dringlichkeit des Erwerbs der deutschen Sprache müssen in der Jugendarbeit mit Migranten die Muttersprache, die mitgebrachten normativen und sozialen Prägungen respektiert werden. Die Berücksichtigung von Stärken, Bedürfnissen, Selbstheilungskräften und Schutzfaktoren, die den jungen Migranten eigen sind, soll in erster Linie stattfinden. Im Klartext: Es sollen Rahmen und Möglichkeiten geschaffen werden, in denen die jungen Migranten ihre konkreten Probleme lösen und bewältigen können, wo sie mit starkem Realitätsbezug authentische Erlebnisse erfahren, was wiederum nur mit einer langfristigen und kontinuierlichen Betreuung oder Begleitung zu leisten ist.

### c) Erfahrungen in der Sekundärprävention

In der Sekundärprävention wurde mit den Personen, die durch massive Verhaltens- und/oder Lernstörungen und zusätzliche durch die Sprache und die Familie bedingte Integrationsschwierigkeiten bei den zuständigen Stellen und Institutionen aufgefallen waren, mehr individuell, gezielter und systematischer (in der Regel verstärkt in Kooperationen mit Institutionen und Angehörigen) gearbeitet. In der praktischen

Arbeit hatte dieser Bereich oft Überschneidungen mit der Primärprävention. So waren die Grenzen zwischen den Angeboten und Arbeitsmethoden in diesen beiden Bereichen oft fließend. Insbesondere im aufsuchenden Bereich war es schwer zwischen den „gefährdeten“ und „nicht gefährdeten“ Mitgliedern der Zielgruppe klare Grenzlinien zu ziehen. Abgesehen von der Gruppe der konsumerfahrenen oder bereits in der Schule und in der Öffentlichkeit negativ aufgefallenen Jugendlichen, gab es die zahlenmäßig viel größere und bis zu einem gewissen Grad unauffällige Gruppe der jungen Migranten aus intakten Familien mit geregelten Strukturen, liebevollen Eltern, konservativem Lebensstil und mit starkem Potenzial. Doch gerade zu dieser „Sorte“ gehörten einst leider auch die meisten heroinsüchtigen Aussiedler-Klienten der Beratungsstelle von heute. So sind die jungen Aussiedler aufgrund der doppelten Entwicklungsbelastung (Migration mit allen potenziellen und tatsächlichen Gefährdungsfaktoren und Pubertät) als allgemein suchgefährdete Jugendgruppe einzustufen. Allerdings ist diese Annahme nur mit Vorsicht zu generalisieren. Die Aussiedlerjugendlichen sind weder aufgrund ihrer Sozialisation, kulturellen Prägungen oder Erziehung noch wegen besonderer genetischer Faktoren hinsichtlich Sucht oder Kriminalität besonders gefährdet, sondern aufgrund mehrerer ineinander greifender sozialer, politischer, kultureller und psychologischer Faktoren. Auch im sekundären Bereich galt es, ohne gleich am Anfang ausdrücklich auf die Suchtproblematik einzugehen, Kontakte herzustellen, Beziehungen zu pflegen, Hilfestellungen bei der Bewältigung von konkreten Problemen anzubieten und über weitere Möglichkeiten des Hilfesystems zu informieren.

Die Einzelbetreuungen (in der Regel in Kooperation mit anderen Stellen und nach der Methode des Case-Management) über einen bestimmten Zeitraum kamen über die Schulen, berufsfördernden Jugendmaßnahmen, Sprachkurse und die Eltern zustande. Der Betreuungsverlauf wurde jeweils dokumentiert, ggf. ein individueller Integrations- bzw. Förderplan erstellt.

Es gab auch nicht wenige junge Menschen, die sich mit verschiedensten Fragen und Anliegen, die keine Suchtproblematik beinhalteten, an das Projekt wandten. Schon alleine wegen der Tatsache, dass diese Menschen für die Lösung ihrer Probleme selbst aktiv wurden und um Hilfe und Unterstützung ersuchten, gehörten sie nicht unbedingt zur Zielgruppe der sekundären Prävention. Aber es gab während der Laufzeit des Projektes in der Region keinerlei aktiv tätige Anlaufstelle (Jugendmigrationsdienst u.ä.) für diese Gruppe, außerdem „hakte“ es oft bei anderen

Dienststellen schon allein wegen der sprachlichen Barrieren. Die Jugendlichen wegen des fremden Zuständigkeitsbereiches abzuweisen, wäre, zumindest in vielen Fällen, mit dem Unterlassen der Hilfeleistung bzw. fachlichem Versagen in der Arbeitsaufgabe „Prävention für Migranten“ gleichzustellen gewesen.

Abschließend dazu bleibt noch einmal festzuhalten, dass sowohl die Inhalte als auch die Zielgruppen der bereits beschriebenen Bereiche der Prävention sich im Alltag oft überschneiden. So waren die Jugendlichen, wenn es um Freizeitangebote ging, oft gemischt: Es waren Jugendliche, mit denen der Kontakt aus der Vermittlung wegen Auffälligkeiten oder anders bedingter Gefährdung entstanden war, und Jugendliche, für die das Angebot eher als eine allgemeine Integrationsmaßnahme angedacht war, zusammen untergebracht. Dazu zählten:

- Suchtpräventions-Projekte mit Schulklassen (da Aussiedlerkinder für eine suchtspezifisch bildungsmethodische Arbeit am besten in den Schulen zu erreichen sind)
- Mädchenspezifische Bildungs- und Freizeitangebote
- Seminare in Verbindung mit Freizeitfahrten als "Aufhänger" zur Suchtprävention und Integrationsförderung
- aufsuchende sozialpädagogische Arbeit in Jugendräumen der Kirchengemeinden und in Schulen
- Hilfestellung, Beratung oder Unterstützung zumeist junger Aussiedler, die aus verschiedenen individuellen Gründen (mangelnde Sprach- und Sachkenntnisse in den hiesigen Strukturen) keine entsprechende Hilfeleistung von den dafür zuständigen und vorgesehenen Trägern, Institutionen und Behörden bekamen.
- Hilfestellung bei der beruflichen Orientierung und bei der Suche nach einem Praktikums- oder Ausbildungsplatz (Hilfe bei Bewerbungen und Berufsorientierung).

Die Erfahrung aus den durchgeführten Maßnahmen hat ergeben, dass Sozialarbeit für Migranten die wirksamste Form der Drogenprävention darstellt.

## **2.4 Erfahrungen aus der Arbeit mit suchtmittelabhängigen Aussiedlern in der Beratungsstelle (Tertiärprävention)**

Dieser Arbeitsbereich des Projektes ergab sich ausschließlich aus den Hilfsangeboten für Jugendliche und Erwachsene mit bereits vorhandenen Suchtmittelproblemen (überwiegend Alkohol-, Heroin- und weniger Cannabisabhängige), die aufgrund der schwachen Sprachkompetenzen ihrerseits nicht von einheimischen Mitarbeitern betreut werden konnten. Die übliche Vorgehensweise war die Abstinenz- bzw. Therapiemotivation, Mitwirkung und Unterstützung bei der Vermittlung in Therapieeinrichtungen, bzw. Entgiftung, Beratungs- und Unterstützungsgespräche in kritischen Lebenssituationen.

Während der Projektlaufzeit 2003 bis 2006 wandten sich in verschiedenen Lebensangelegenheiten über 70 hilfesuschende Personen verschiedenen Alters an das Projekt PASSpORT. Mit diesen Personen wurden erste Aufnahmegespräche zur Klärung der Situation und zur Information über mögliche Formen der Hilfestellung oder Behandlung geführt. Unter Berücksichtigung der für die Klienten notwendigen Behandlungsformen, ihrer eigenen Vorstellungen und Erwartungen, aber nicht zuletzt ihrer sprachlichen Kompetenz und in Abstimmung mit dem Fachpersonal der Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen und in Kooperation mit anderen Institutionen und Einrichtungen wurden sie im Rahmen des Projektes in weiterführende Behandlungsformen und Hilfestellen vermittelt. Bei der allgemeinen Sozialisation (z.B.: Ausbildungsplatzsuche), Konfliktbewältigung (z.B.: Stabilisierung der Eltern-Kind- bzw. Schüler-Schule-Beziehung) und der Verminderung suchtmittelbedingter Auffälligkeiten in Einzelbetreuungen konnten Erfolge erzielt werden. Der Aussiedleranteil der Klienten der Beratungsstelle für den Bereich Korbach stieg von 12% im Jahr 2002 auf 32% im Jahr 2006 gestiegen. Dies zeigt deutlich die Steigerung des Wissenstandes der Zielgruppe hinsichtlich des deutschen Suchthilfesystems und auch, dass Hemmschwellen diesem gegenüber erfolgreich abgebaut werden konnten.

Bei den Vergleichszahlen der Suchtberatungsstelle für den gesamten Landkreis (einschließlich Korbach) zeigt sich auch ein Trend zur Steigerung des Aussiedleranteils, der allerdings weniger stark ausfällt: von 12,9% Aussiedleranteil im Jahr 2002 auf 20% im Jahr 2006

#### a) Junge (20 bis 30-jährige) Heroinabhängige

In der Regel, mit einigen weiblichen Ausnahmen, sind dies junge Männer mit bereits mehrjähriger Drogenkarriere, die schon Anfang der 90er-Jahre nach Deutschland ausgesiedelt sind. Der Zuzug war groß, die Probleme der Eingliederung und Betreuung der neuen fremden Bürger dementsprechend. Die Möglichkeit der illegalen Drogensuchtepidemie bei den Aussiedlern hatte man nicht vorausgesehen.

Erstens: Am Anfang kamen überwiegend Menschen aus ländlichen Provinzgebieten, die dementsprechend zurückhaltend, ohne die abenteuerlichen Erfahrungen eines Großstadtmenschen bzw. ohne Drogenerfahrungen waren. Sie waren zwar schon von dem Zerfall der Sowjetunion berührt, aber noch nicht in großem Maße von dessen Auswirkungen geprägt. Die Ehen waren noch überwiegend national-homogen, zumindest die Eltern hatten deutsche Sprachkenntnisse, die typisch russlanddeutschen Tugenden der älteren Generationen und der früheren Aussiedlerwellen aus den 50er bis 80er-Jahren wie Bescheidenheit, Geduld, Fleiß und Anpassungsfähigkeit hatte man seinerzeit hier automatisch auf die Jüngeren übertragen und sah die Gruppe durchaus als unproblematisch an. Die wenigen kriminellen Ausschreitungen sah man nur als naturgegebene negative Ausnahmen.

Zweitens: Die negativen Einzelfälle wollte man (politische Haltung auch der damaligen Bundesregierung) nicht „an die große Glocke hängen“, um nicht die Bevölkerung unnötig zu beunruhigen. Die Folge war das lange Nicht-Wahrnehmen des Problems. So wurden deutlich viele spezifische Gruppenmerkmale, die in der Entwicklung der Suchtproblematik bei den jungen Aussiedlern als ausschlaggebende Gefährdungsfaktoren gelten, außer Acht gelassen: Das ausgeprägte Gruppenverhalten, die starke Solidarität, die absolute Verschwiegenheit nach außen, die scheinbare Zurückhaltung und Bescheidenheit mit allen positiven aber auch, im gegebenen Fall, negativen Auswirkungen. Die ersten (wenigen) „Drogen-Abenteuerlustigen“ rekrutierten mit großem Erfolg und ohne Mühe viele neue Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren in ihren Reihen, oft sogar aus dem Geschwister- und Verwandtschaftskreis (!), da für diese durchaus „erfolgreiche Verdienst- und Hobbytätigkeit“ ein sehr „günstiges“ Geschäftsumfeld vorhanden war (große Altersgruppe mit besonderen Integrationsproblemen und persönlichen Entwicklungsproblemen hinsichtlich Sprache, Schule, Ausbildung, Heimweh,

Adoleszenz; Verschwiegenheit, Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen, geringer Kenntnisstand hinsichtlich der negativen Auswirkungen des Drogenkonsums, ständiger Nachschub an potentiellen Konsumenten durch Neuankömmlinge).

Drittens: Die Problematik der Aussiedler-Politik (und Einwanderungspolitik überhaupt) auf dem „Schlachtfeld“ der innenpolitischen Auseinandersetzungen (Stichwort: Ist Deutschland ein Einwanderungsland?) und der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Situation überhaupt mit dem Wegfall vieler Arbeitsplätze gerade im unteren bis mittleren Arbeitsmarktsegment, erschwert Menschen mit im Ausland erworbenen und nicht anerkannten Qualifikationen und Sprachproblemen besonders die berufliche Integration.

Die bereits beschriebene Klientengruppe hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Heute sind es überwiegend junge Menschen aus den „alten Reihen“, die bereits als Teenager und Jugendliche noch vor sieben bis acht Jahren auf Druck der Familie, Ausbildungsstelle, Polizei oder Staatsanwaltschaft den ersten Kontakt mit der Beratungsstelle aufnahmen. Das ist die Gruppe, die damals aufgrund des schnellen Wachstums, sprachlicher Defizite und völliger Ahnungslosigkeit über die Problematik, in der sie steckten, große Besorgnis bei den Fachkräften ausgelöst hat: Diese Gruppe war es schließlich auch, wegen der das Projekt ins Leben gerufen worden war. Sicher gibt es heute einige aus dieser alten „Garde“, die keine Klienten der Beratungsstelle mehr sind. Auf verschiedenen Wegen, mit unterschiedlichen Strategien und Hilfsmöglichkeiten (professionelle Hilfe, familiärer Zusammenhalt, günstige Umstände im allgemeinen sozialen Umfeld) haben sie es geschafft, den Realitätsbezug wieder zu finden, den Alltag in den Griff zu bekommen und von Drogen weg zu kommen. Allerdings hat leider ein großer Teil dieser Gruppe in diesen Jahren entweder die „steile und erfolgreiche Karriere eines extrem süchtigen kriminellen Drogenabhängigen“ oder gar nichts gemacht (Stichwort: Substitution). Die meisten von ihnen haben mittlerweile Hafterfahrungen. Dabei hat wiederum schätzungsweise rund die Hälfte der ehemaligen Haftinsassen für sich die Lehre daraus gezogen: Der etwaigen weiteren Hafterfahrung ziehen sie heute das Substitutionsprogramm (aktuell die überwiegende Aussiedler-Klientel dieser Altersgruppe in der Beratungsstelle) vor und vegetieren still und unauffällig mit der Ersatzdroge. Die andere Hälfte schafft manchmal nur einige Stunden nach der Haftentlassung ohne Suchtmittelkonsum, wird massiv rückfällig bzw. wieder straffällig. Die Folgen sind: neues Verfahren, neuer Prozess, neue vergebliche

Versuche etwas zu „ändern“, um der Inhaftierung zu entkommen, neue Inhaftierung, da man unter dem Sucht- und Angstdruck noch mehr Fehler macht! Ein Teufelskreis, der den ganzen Riesenapparat – Familie, Berater, Bewährungshelfer, Anwälte, Richter, Ärzte, Therapeuten, Polizei, den Fachdienst für soziale Angelegenheiten, den Fachdienst Jugend und andere (je nach Individualität des Falles), also Dutzende von Fachkräften beschäftigt hält.

Die ersten Kontakte mit dem Klienten, oft auch mit den Familienangehörigen, überraschten die Berater am Anfang immer wieder. Man stellte fest, dass sie, auf den ersten Blick, überwiegend aus einem ganz anderen Muster der Familiendynamik kommen, als die einheimischen Klienten. Die Eltern – sehr arbeitsame, zurückhaltende und anständige Menschen - waren immer liebevoll zu den Kindern gewesen und hatten ihnen immer das Beste gegeben und gewünscht. Daher geht die Sucht oft mit enormen Druck durch schlechtes Gewissen und Schuldgefühle bei den Betroffenen den Eltern gegenüber einher. Im Gespräch kommt es so nicht selten zu solchen Aussagen: „Die Eltern/die Familie sind heilig, ich bin der letzte Dreck“.

Vor diesem Hintergrund neigt man dazu, die Drogenabhängigkeit nur der Integrationsproblematik „in die Schuhe zu schieben.“ Das ist aber nur zum Teil gerechtfertigt. Insbesondere im Suchtbereich verstecken sich hinter der „aussiedler-spezifischen Fassade“ oft dramatische, zum Verdrängen verdamnte Familiengeheimnisse, nach außen anständige und vernünftige und im häuslichen Bereich sehr brutale und autoritäre Väter mit eigener Alkoholproblematik sowie weitere und andere ungünstige und/oder tragische Konstellationen und Ereignisse. Die Migration, die Pubertät, das introvertierte Gruppenverhalten und der leichte Zugang zu Drogen spielen in solchen Fällen die entscheidende Rolle des Auslösers auf dem bereits viel früher „gut vorbereiteten Boden“ (familiäre Dynamik, gesellschaftliche Sozialisation und kulturelle Prägungen durch die Herkunft). Es ist oftmals erstaunlich, wie die jungen Klienten bis zur absoluten Selbstverleugnung das Seelenheil und die Ehre der Familie nach dem Prinzip „meine Familie ist in Ordnung und anständig, sie hat mit meinem Problem nichts zu tun, ich bin das einzige schwarze Schaf“ verteidigen; nicht wenige sind von dieser auf Selbstbetrug und Scheinheiligkeit beruhenden, aber immer wieder vorgebrachten „heilen Welt“ der Familie auch überzeugt. Sie können (oder unbewusst wollen) nicht den Alkoholkonsum oder die Brutalität des Vaters, die daraus resultierenden permanenten Konflikte zwischen den Eltern, die darunter still oder offen leidende

Mutter sowie allgemeine emotionale Verwahrlosung im eventuellen Zusammenhang mit der eigenen Suchterkrankung sehen – „die Familie ist normal, ihr Alltag ist Normalität – dort braucht ihr nichts zu suchen, der einzige Unnormale bin ich.“ Mit diesem Muster der Familiendynamik geht oft eine starke emotionale Abhängigkeit voneinander einher, oft in Form von Hass-Liebe (Co-Abhängigkeit), was es von einem gesunden Zusammenhalt und ebensolcher Solidarität zu unterscheiden gilt. Man streitet, verurteilt, hasst und kann nicht los lassen, nach außen jedoch idealisiert und verteidigt der Klient.<sup>216</sup>

„Rede nicht, traue nicht, fühle nicht“ ist das Motto der heroïnabhängigen Aussiedler, aber sie bemühen sich mit Hilfe von Suchtmitteln dies zu unterdrücken.

Die misslungene Integration ist eine Seite der Problematik, die sich in Sucht manifestiert, aber bei aller Kritik an gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Missständen und Fehleinschätzungen stellt man sich automatisch doch die Frage: Warum ist sie denn misslungen?

Was ist mit diesen schein-idyllischen Familienklans, die die Integration ihrer Kinder nicht positiv beeinflussen konnten?

Die meist anzutreffenden familiendynamischen Belastungsfaktoren der jungen Klienten sind (vereinfacht):

- Ein-Elternteilfamilie bzw. mit einem Stiefelternteil;
- alkoholsuchtbelastete Familie;
- gewalt- und autoritätsbelastete Familie;
- sehr niedriger Bildungsstand sowie völlige Rückständigkeit im allgemeinen Alltagsleben der Eltern. Insbesondere ihre Kinder leiden unter einem Mangel an Unterstützung und Förderung, Minderwertigkeitsgefühl, Scham für sich und für die Eltern, sogar Ausgrenzung gerade in der eigenen Herkunftsgruppe.

Das bereits Aufgeführte kann dem Leser durchaus völlig widersprüchlich vorkommen: An einer Stelle wird die misslungene Integration als ausschlaggebender Gefährdungsfaktor in den Vordergrund gestellt, dann steht auf derselben Seite die problematische Herkunftsgeschichte und Familie als Auslöser im Vordergrund. Diese zwei Aspekte auf die Waage zu legen, hat keinen Sinn. Die Migration mit allen daraus folgenden Aufgaben für jeden Einzelnen ist insbesondere für die Heranwachsenden eine schwere Last. Ob sie darunter (zusammen-)brechen, hängt

---

<sup>216</sup> Zu diesen Zusammenhängen (familiendynamische Prozesse vor dem Hintergrund der Suchtproblematik) wird insbesondere verwiesen auf: Black; Mir kann das nicht passieren. Kinder von Alkoholikern als Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

sehr stark von der herkunftsfamiliären Basis und der Unterstützung der Gesellschaft ab.

#### b) Cannabis – Kein Grund zur Aufregung?

Die nächste relativ junge und große Problemgruppe sind die exzessiven Kiffer. Das ist im Großen und Ganzen kein aussiedlerspezifisches, sondern ein für alle immer ernster werdendes Problem. Allerdings vor dem Hintergrund der besonderen sozialen Benachteiligung und Gefährdung (die oben erwähnten Gefährdungsaspekte der Aussiedlung) dieser Gruppe spielt Cannabis hier meistens die Rolle der Einstiegsdroge. Bei den meisten regelmäßig konsumierenden Aussiedler-Kiffern liegt in der Regel bereits ein ausgeprägtes Suchtverhalten vor. Das übliche Suchtmittel wird bei seinem plötzlichen Ausfall von jedem anderen, gerade zur Verfügung stehenden ersetzt. Die Dealer (meistens auch Aussiedler) bieten oft als Alternative zu Cannabis Heroin an, woran schließlich auch mehr verdient wird.

#### c) Die integrierten Außenseiter (Techno und Rave)

Beachtenswert ist auch die Techno- und Rave-Szene der Aussiedler. Konsummittel sind in der Regel: Ecstasy, Amphetamine, LSD. Diese Gruppe scheint sich nach außen in der einheimischen Subkultur integriert zu haben. Das ist die Generation, die die deutsche Sprache mittlerweile akzent- und dialektfrei beherrscht, sie fällt keineswegs durch irgendwelche osteuropäisch-typischen Merkmale auf. In der ländlichen Region um Korbach sind es – im Gegensatz zu Großstädten - eher wenige. Im Rahmen des Projektes PASSpORT kam ihnen daher nur eine marginale Rolle zu.

#### d) Importierte Sucht

Eine relativ neue Gruppe (junge Erwachsene) der drogenabhängigen Aussiedler sind jene, die bereits in ihrem Herkunftsland suchtkrank waren. Das sind die Menschen,

die stark von der immer größer werdenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Unordnung mit all ihren oft chaotischen Verwerfungen in ihren Heimatregionen (meist südliche Regionen Mittelasiens) geprägt bzw. zur Sucht indirekt „getrieben“ worden sind. Anfang der 90er-Jahre kamen sie mit Drogen in Berührung. Ende der 90er-Jahre sind sie suchtkrank nach Deutschland ausgesiedelt. Dabei war die Ausreise ihre – oft so erkannte und erhoffte - große Chance, von der Sucht (Drogen und Drogenszene) wegzukommen. In der Regel ist es nicht gelungen. Schon vor einigen Jahren vermutete man, dass diese Gruppe immer größer werde. Die Erfahrungen der Beratungsstelle in Korbach können diese Tendenz letztlich nicht abschließend bestätigen. Tatsache ist jedenfalls, dass es auch im Rahmen des Projektes zur Beratungsarbeit mit „importierten Suchtkranken“ kam. Rund zehn Prozent der Beratenen waren schon bei der Ausreise suchtkrank.

#### e) Erfahrungen mit den Familienangehörigen der jungen Suchtkranken

Wenn der Kontakt zu den Familienangehörigen der Suchtkranken überhaupt stattfindet, dann sind es in der Regel die Mütter, seltener die Partnerinnen. Im Projekt wurde nur ein einziges Gespräch mit dem Vater eines Klienten durchgeführt (Alkoholproblematik, Kontingentflüchtling).

In den Familien liegt häufig ein völlig irrationales und kontraproduktives Verhalten im Umgang mit der Sucht vor. Insbesondere Mütter tendieren zu einem ausgeprägten co-abhängigen Verhalten<sup>217</sup>, indem sie ihre konsumierenden Söhne bis an das Ende der eigenen Kräfte und der verfügbaren finanziellen Mittel der Familie unterstützen. Erst, wenn diese ausgeschöpft sind, wird der schwere und mit vielen Ängsten beladene Gang in die Beratungsstelle angetreten<sup>218</sup>.

Auch bei der Beantragung einer Therapie sind die Mütter ganz oft stark involviert und übernehmen auch viele Aufgaben von ihren Kindern. Oft sind es aber auch die Mütter, die in ihrem Verhalten den Kindern gegenüber etwas ändern könnten, beispielsweise indem sie über die verborgenen Familiengeheimnisse einmal offen sprechen. Nicht unwesentlich ist bei der Suchtproblematik der Aussiedlerjugendlichen die allgemeine Haltung der älteren Generationen: Die Drogenabhängigkeit des Kindes wird an erster, zweiter und dritter Stelle als

---

<sup>217</sup> Vgl. Srur/Meinhardt/Knielking, S. 121.

<sup>218</sup> Vgl. auch: Barth/Schubert – Kay Osterloh, S. 52; vgl. Srur/Meinhardt/Knielking, S.122f.

Schande<sup>219</sup> für die gesamte Familie definiert und erst viel weiter hinten als Krankheit oder eher noch als schicksalhaftes Unglück empfunden. Man offenbart mit einem „Familienrats-Entschluss“, Hilfe von außen anzunehmen, das eigene und das Versagen des Kindes. Zuvor wird alles probiert, mit dem „Problem“ allein fertig zu werden: Streiten, Drohen, Appelle an das Gewissen, Vernunft und Ehre. Oft werden Hausarreste (insbesondere bei intakten patriarchalisch-autoritären Familien) beschlossen und manchmal Gewalt angewendet. Ergebnisse bleiben in der Regel aus<sup>220</sup>.

Da viele – insbesondere die Eltern - den „feinfühlig und wortlastigen“ Methoden der hiesigen Drogenhilfe misstrauen oder diese nicht verstehen, werden die Jugendlichen teilweise auch nach Russland oder in andere Republiken der ehemaligen Sowjetunion in Kliniken zum Entzug geschickt, wo die Methoden „handfester“ sind. Dies ist vorübergehend oft partiell erfolgreich, allerdings wandelt sich oft nur die Droge (oft vom Heroin zum Alkohol), da die Ursachen der Suchanfälligkeit nicht oder nur zum Teil in die „Therapie“ miteinbezogen werden (Reparaturdenken)<sup>221</sup>.

Alle Mütter berichten über die lang andauernde Gutgläubigkeit ihren Söhnen gegenüber. Wenn sie ihre Söhne bei dem Besitz von Cannabis oder „anderen Pulver“ erwischt haben, bestritten jene Söhne, dies im eigenen Besitz zu haben, und gaben an dies nur zur Weitergabe zu besitzen<sup>222</sup>. In vielen Fällen wiederholten Mütter Aussagen wie: „Wärest Du jetzt lieber tot, könnten wir alle endlich Ruhe haben. Vor allem Du selbst!“ Dies zeigt vor dem Hintergrund des Mutterbildes die tiefste Verzweiflung und den emotionalen Zustand, in den die Drogenabhängigkeit der Kinder die Eltern und andere Familienmitglieder versetzt.

Das sprachliche Niveau ist bei den Familienangehörigen und bei den Klienten aus verschiedenen Gründen sehr variabel. Ausschlaggebend ist, dass die russische Sprache auf jeden Fall auch von jenen, die keine Sprachschwierigkeiten in Deutsch haben, im Beratungsgespräch bevorzugt wird. Man fühlt sich bei dem Gebrauch der russischen Sprache besonders bei emotionalen Gesprächen wohler und sicherer.

---

<sup>219</sup> Vgl. Srur/Meinhardt/Knielking, S. 116.

<sup>220</sup> Vgl. die Schilderungen bei: Srur/Meinhardt/Knielking, S. 121, 135f.

<sup>221</sup> Vgl. Barth/Schubert – Kay Osterloh, S. 52.

<sup>222</sup> Vgl. die ähnlichen Erfahrungen bei: Srur/Meinhardt/Knielking, S. 150.

f) Alkohol – auch hier Droge Nr. 1

Die größte und problematischste Gruppe der suchtkranken Aussiedler sind Alkoholabhängige. Das besondere oder ausschlaggebende Merkmal und gleichzeitig Problem dieser Gruppe ist die kulturelle Einstellung zum Alkohol, bzw. ihre Bedeutung und Stellung in der Herkunftsgesellschaft<sup>223</sup>.

Die weitaus zahlreichste Altersgruppe der davon Betroffenen sind erwachsene Männer (die Altersspanne ist sehr breit, doch im Schwerpunkt handelt es sich um Männer ab 40 Jahren). Sie hatten schon entsprechend genug Zeit für die Entwicklung des Alkoholismus (viel länger und unauffälliger als bei den anderen harten und illegalen Suchtmitteln, aber auch vom Preisfaktor viel unproblematischer als Heroin). Das Alkoholproblem hat in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wieder enorm zugenommen, dementsprechend kommen gerade in den letzten Jahren auch viele bereits alkoholranke Menschen (auch Frauen, was noch vor Jahren fast undenkbar war und heute immer öfter vorkommt) von dort.

In den vergangenen Jahren wandten sich die meisten solcher Klienten im Zusammenhang mit der Führerscheinproblematik an die Beratungsstelle. Nach dem Scheitern der medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) zur Feststellung der Fahreignung bekommen sie oftmals die Empfehlung, sich bei der vor Ort zuständigen Suchtberatungsstelle Rat und Hilfe zu holen. Sie haben die Erwartungshaltung: „Hilf mir bitte, meinen Führerschein wieder zu bekommen“. Den Grund des Führerscheinentzugs halten sie nur für zufälliges Pech, sehen dies keinesfalls als eine Folge der eigenen Alkoholkrankung und des damit verbundenen Kontrollverlustes (Beispiel: Trunkenheit am Steuer mit 2,7 Promille). Der Berater soll eine Bescheinigung über ihre eigene Zurechnungsfähigkeit und das nicht Vorhandensein einer etwaigen Alkoholkrankheit erstellen.

Diese Klienten davon zu überzeugen, dass sie ein Alkoholproblem haben, ist oft eine undankbare Arbeit. In letzter Zeit werden immer mehr Klienten (Aussiedler) von der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaft vermittelt. Auch sie kommen völlig naiv mit dem Vereinbarungsschreiben über die festgestellte alkoholbedingte Arbeitsunfähigkeit und der Auflage, diese zu beseitigen. Oft sind diese Menschen so krank, dass sie absolut unfähig sind zu reflektieren. Erschwerend kommt dazu, dass sie keine geregelten familiären und sozialen Kontakte/Bindungen (mehr) haben; oft

---

<sup>223</sup> Dazu Teil I, Kapitel 4. „Kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge bzw. Hintergründe hinsichtlich der Suchtproblematik der Aussiedler“.

sprechen und verstehen sie kein Deutsch und haben ein niedriges Bildungsniveau. Kommt in solchen Fällen – wie geschehen - eine Doppeldiagnose, z. B.: ein schweres Kriegstrauma aus Afghanistan oder aus dem Kaukasus in Betracht, hat der Berater so gut wie keine Chance, dem Hilfebedarf zumindest ansatzweise zu entsprechen. Diese Menschen sind hier und sie bleiben hier. Diese Menschen brauchen Hilfe, doch dieser Bereich ist am wenigsten bzw. gar nicht im ambulanten Bereich zu versorgen.

## **2.5 Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Institutionen und Kooperationspartnern**

Im folgenden Kapitel wird auf die konkrete Benennung der Akteure und der Handlungsorte bewusst verzichtet. Es geht um die Erfahrungen und Beobachtungen einer in Deutschland ausgebildeten Fachkraft mit dem Faktor eigener Betroffenheit, also mit Aussiedlungshintergrund. Obgleich von subjektiven Eindrücken geprägt, soll der Folgetext eine objektive Betrachtungsweise bei dieser Thematik als Grundhaltung einnehmen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen erstreckte sich auf alle Bereiche der Arbeit im Projekt, bei der Organisation und Durchführung der Veranstaltungen - mit den Schulen und anderen Bildungs- und Fördermaßnahmenträger, mit den Integrationsträgern und Kirchengemeinden. Im Bereich der individuellen Betreuungsfälle ist diese Reihe viel länger, je nach Fallgestaltung sind Anwälte und Bewährungshelfer, Jugendamt und Klassenlehrer, Aussiedlerberatung, Jugendarbeiter, Migrationserstberatung, Fachdienst für soziale Angelegenheiten, Fachpersonal der stationären Therapieeinrichtungen, Stadtverwaltung, Vereine, Betreuer der Maßnahmen und Ehrenamtliche zu nennen. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die aufgeführten anonymisierten Beispiele entstanden in realen Arbeitsbegegnungen.

- Eine gute Zusammenarbeit mit manchen Einrichtungen konnte oft an der Nicht-Verhandelbarkeit bzw. den unterschiedlichen Einstellungen zwischen der Leitung und ihrem jeweiligen Team scheitern bzw. nicht sachgemäß umgesetzt werden. Wollte das Team beispielsweise etwas Innovatives ausprobieren und einbringen, konnte dies am Veto der Leitung scheitern.

Bemühte sich der Leiter um die Erneuerung der Einrichtung, bremste dies sein „uninspiriertes“ Team. Etwas bei solchen Konstellationen durch- und umzusetzen, kostet in der Regel viel Energie und kann – bei erfolgreicher Blockade - auch ein Stück weit Wut und Resignation begründen. Oft muss man sich mit Machtverhältnissen, Interessen, Umständen und Entwicklungen zu arrangieren lernen, wenn man etwas – auch nur teilweise - umsetzen oder gar ändern möchte.

- Im Verständnis mancher Einrichtungen sollte das Projekt so als eine Art „Feuerlöscher“ funktionieren. Man wendete sich an das Projekt mit konkreten Anfragen (Problematik: Kontakt zu den Eltern; Hilfe zur Klärung der Situation auf Grund der Sprachinkompetenz), war jedoch nicht bereit, die Gruppenmaßnahmen oder einrichtungsübergreifenden Angebote wie Multiplikatorenschulungen im Bereich „Arbeit mit Migranten“ wahrzunehmen oder in Kooperation durchzuführen. Es gab auch Anfragen von pädagogischen Fachkräften zu abstrusen Problemfällen wie „Wir haben ein großes Problem, die Aussiedlerjungs schwitzen und stinken“.
- Viele Fachkräfte der Kooperationseinrichtungen konnten sich nicht von der Voreingenommenheit hinsichtlich des Wissens um die Herkunft der Mitarbeiterin freimachen. So waren einige besonders vorsichtig und künstlich neutral oder einfach oberflächlich in ihren Ansichten bezüglich der Migrationsproblematik und der Umsetzung in der Arbeit miteinander. Es gab aber auch jene, die im Gespräch sowohl durch Inhalt als auch nonverbal deutlich signalisierten: „Egal, was du jetzt über mich denkst, ich sage dir alles, was ich von deinen Landsleuten halte.“ Letztlich überwogen jedoch diejenigen, mit denen man sachorientiert und zur Lösung des Problems zusammenarbeitete. Allerdings musste man sich die „Kooperationswilligkeit“ zuweilen intensiv erarbeiten.
- Oft herrschte selbst bei Fachkräften die Einstellung vor, dass sie das „Deutschsein“ und „Deutschtum“ der Aussiedler nicht wirklich akzeptierten. Nicht zuletzt deshalb wird auch im Rahmen dieses Handbuchs die Geschichte der Russlanddeutschen skizziert. Beispielsweise wurde von Fachkräften der Kooperationsstellen (Schulen) direkt gefragt, ob die Mitarbeiterin des Projektes für Aussiedler auch eine „Russin“ sei, da sie mit Akzent spreche.

- Oft erfolgte eine einseitige Ursachenzuschreibung auch bei schwierigen Fällen. Probleme wurden nur auf die Aussiedlung und die (russische) Herkunft zurückgeführt.
- Der Einblick in die wenigen Integrations- und Eingliederungsmaßnahmen verschiedener Träger hat bei der Projektmitarbeiterin den Eindruck erweckt, dass viele Maßnahmeleiter in ihrer Integrationsarbeit die hiesige Gesellschaft bzw. das Land Deutschland „vorführen“, statt sich so zum eigenen Projekt bzw. zur eigenen Aufgabe – und gegenüber den betroffenen Zuwanderern - zu öffnen. Die dahinter stehende Idee der Assimilierung ist mehr ein Ziel von Gestern - zudem sollten die Zuwanderer mehr überzeugt als überredet und nicht mit ihren Vorstellungen ignoriert werden.
- Hervorgehoben werden muss die ausgezeichnete Zusammenarbeit des Projektes mit den Justizorganen (insbesondere der Bewährungshilfe). Auch die Polizei zeichnete sich durch eine hohe Professionalität im Umgang mit den jugendlichen Aussiedlern aus.
- In manchen Bereichen ist eine bewusste Verwendung falscher Begriffe in Bezug auf Aussiedler zu konstatieren. So bezeichnen einige Lehrer Aussiedler-Schüler als Deutschrussen oder Russen.
- Zuweilen herrscht Befremden dahingehend vor, den Migranten gegenüber unterprivilegiert zu sein: Man hält die Extra-Angebote für Aussiedler oder beispielsweise Informationen in russischer Sprache für überflüssig. Wenn man aber faktisch, was immer mehr politische Anerkennung findet, ein Einwanderungsland ist, dann muss man auch Übergangslösungen für die Einwanderer – wie anderssprachige Texte - als selbstverständlich akzeptieren.
- Gelegentlich konnte ein gewisses Misstrauen gegenüber einer Fachkraft mit ausgeprägt osteuropäischem Akzent nicht ganz übersehen werden. Manchmal konnten auch pädagogische Fachkräfte nicht überzeugt werden, dass eine andere Fachkraft, die die Muttersprache der Klienten (oder eines Teils) spricht, zu sinnvollen Anregungen in der Lage sein kann.
- Besonders in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen kirchlichen Einrichtungen, die stets zur Zusammenarbeit bereit waren, fand das Projekt stets Hilfe und Halt.

- Interesse und Unterstützung der Stadt Korbach an der Durchführung und Organisation von Veranstaltungen und Maßnahmen des Projektes und die Zusammenarbeit entsprachen dem großen kommunalen Engagement in der Integrationspolitik.

Das Verfassen eines Handbuchs zu dieser Thematik bringt es mit sich, dass man die Dinge, die verbesserungswürdig sind, umfassender darstellt als jene, die gut und ausgezeichnet liefen. So überwogen die vielen - meist einheimischen - Fachkräfte mit sehr gutem Gespür für die Lebenssituation und die Befindlichkeit von Zuwanderern, sowie die einfach mit den Aussiedlern sympathisierenden und ihnen helfenden Einheimischen sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt!

## **2.6 Die Öffentlichkeitsarbeit im Projekt PASSpOrt**

In der Öffentlichkeitsarbeit, wie das Wort schon sagt, gibt es keine abgrenzbaren Zielgruppen wie Jugendliche, Aussiedler, Einheimische. Die primären Ziele dieser Arbeit im Projekt PASSPORT waren: Interessenvertretung und „Lobbyarbeit“ für die Zielgruppe des Projektes – Aussiedler - und Förderung des interkulturellen Dialoges. Die inhaltlichen Schwerpunkte der öffentlichen Beiträge sollten logischerweise an den Schwerpunktzielen des Projektes orientiert sein. Im Projekt zur Prävention der Drogenabhängigkeit einer Migrantengruppe, die in der Aufnahmegesellschaft schließlich mehr oder minder als solche aufgehen soll und will, wäre diese, wohl in allen anderen Fällen sachdienliche Vorgehensweise, schlicht schädlich. Sucht ist zwar eine Krankheit, die jeden unabhängig von Alter, Herkunft, Nationalität, Bildungsgrad, Einkommen treffen kann, doch gleichzeitig ist es etwas ganz Intimes, was nicht in die Öffentlichkeit gehört, auch wenn es dort um die ganze Gruppe und nicht um einzelne Individuen geht. Die Behandlung der Suchtproblematik einer Einheit (Person/Gruppe) gehört in die Fachkreise – jedoch nicht in die allgemeine Öffentlichkeit (insbesondere lokale oder regionale Landeszeitungen). Andernfalls verlore das Projekt die Glaubwürdigkeit bei der Zielgruppe, womit individuelle und gruppenspezifische („Nestbeschmutzung“) Hemmschwellen bei der Zielgruppe begründet würden.

Wie soll die Öffentlichkeitsarbeit in einem gemeinwesenorientierten Projekt sein?

- Das Projekt soll in der Öffentlichkeit für seine Aktualität und Präsenz werben und eintreten.
- Dabei soll sich das Projekt mit der Zielgruppe identifizieren.
- Speziell in Projekten wie PASSpORT sollte ein sensibles Vorgehen gewählt werden, sodass nicht noch mehr Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten entstehen. Die Beiträge in der Öffentlichkeit sollen die Zielgruppe zwar objektiv – sonst wird es nicht ernst genommen -, jedoch auch aufbauend und fördernd positiv widerspiegeln.
- Die Zielgruppe sollte sich durch die Öffentlichkeitsarbeit ein Stück weit als „Mandantschaft“ des Projektes fühlen, öffentliche Beiträge können deutlich zur Vertrauensentwicklung beitragen.
- Man muss besonders in der Öffentlichkeit bedenken, dass man es nicht immer allen recht machen kann, jedoch durch Objektivität, Offenheit und ein gewisses Maß an Diplomatie viel Sympathie und Unterstützung zu gewinnen ist.

Da die Suchtproblematik insbesondere bei dieser Zielgruppe kaum durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit im Projektsinne zu beeinflussen ist (s.o.), hat sich das Projekt bewusst bei der inhaltlichen Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit auf das Thema „Aussiedlerintegration“ konzentriert. Durch Zeitungsartikel, Medienpräsenz, Veranstaltungen (interkulturelle Begegnungen) und Vorträge konnte das Wissen der Aufnahmegesellschaft hinsichtlich der neuen Mitbürger signifikant bei jenen, die Interesse zeigten, erweitert und viel Verständnis für die Zielgruppe und ihren Migrationshintergrund entwickelt werden. Umgekehrt erlebten die Aussiedler bei gemeinsam organisierten Veranstaltungen und Maßnahmen, dass sie im positiven Sinne gefragt sind und selbstbewusst an einem Miteinander in unserer gemeinsamen Gesellschaft mitwirken können.

## **2.7 Zusammenarbeit zur Projektbeantragung, Berichtspflichten - Leistungsnachweise**

Die Beantragung der Projektförderung für das Projekt Passport erfolgte beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über das Diakonische Werk Kurhessen-

Waldeck und die Bundesmittelzentralverwaltung des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Hier waren die Förderrichtlinien genauestens zu beachten. Bei Abweichungen des Projekts vom ursprünglichen Konzept waren Änderungsanträge mit Begründung erforderlich. Für jedes Jahr musste ein erneuter Antrag mit gegebenenfalls angepasstem Konzept gestellt werden. Ebenso waren jährlich Sachberichte und Verwendungsnachweise zu erstellen. Es fanden insgesamt zwei externe Prüfungen von Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie eine Prüfung durch die Zentralmittelvergabe des Diakonischen Werks in der EKD statt.

Durch diese Vorgehensweise war ein hohes Maß an Transparenz gegenüber den Geldgebern gewährleistet. Zum anderen bestand vor Ort die Notwendigkeit, ständig die Qualität der Arbeit und des Konzeptes zu überprüfen bzw. anzupassen. Die Qualität der inhaltlichen Arbeit war somit gewährleistet und überprüfbar. Der mit dieser Vorgehensweise verbundene hohe Zeit- und Organisationsaufwand sollte bei der Durchführung ähnlicher Projekte mitberücksichtigt und eingeplant werden.

Bei diesen Prozessen war die Stadt Korbach als weiterer Projektpartner und Unterstützer vor Ort ständig mit eingebunden. Von Seiten der Stadt wurden das Projekt PASSPORT bzw. die Beratungsstelle bei diesen Prüfungen und bei den Verhandlungen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sehr gut unterstützt. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, die die Vernetzung und Nutzung weiterer Ressourcen in der Stadt wesentlich voranbrachte, war für die erfolgreiche Arbeit des Projekts ausschlaggebend und wurde auch von Seiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als notwendig und hilfreich erachtet.

## **2.8 Lernprozesse in der Beratungsstelle**

Mit der engen Einbindung des Projektes PASSpORT in die Beratungsstelle bei Suchtmittelproblemen wurde ein ständiger fachlicher Austausch gewährleistet.

Die Mitarbeiterin im Projekt konnte auf die hohen fachlichen Ressourcen der Beratungsstelle zurückgreifen. Die Beratungsstelle war ständig in die fachlich notwendigen und sinnvollen Weiterentwicklungen des Projektes mit eingebunden.

Für die Beratungsstelle und ihr Team sind zwei Lerneffekte in fachlicher Hinsicht besonders hervorzuheben: Zum einen wurde durch zahlreiche Fallbesprechungen

und die gemeinsame Supervision für die MitarbeiterInnen der Beratungsstelle ein besseres Verständnis der Sozialisation von Aussiedlern möglich, so dass die Beratungs- und Behandlungsangebote in den Einzelfällen gut auf die jeweiligen Bedürfnisse der KlientInnen abgestimmt werden konnten. Dadurch wurde immer wieder die Bereitschaft der MitarbeiterInnen zur Einfühlung in Menschen anderer kultureller und sozialer Herkunft und Zugehörigkeit gefordert und die Fähigkeit zur Einnahme einer anderen Perspektive und Relativierung der eigenen Sichtweise weiter gefördert.

Dies führte dazu, dass Grenzen des sozialpädagogischen Handelns weniger in Defiziten bei KlientInnen gesehen werden, sondern auch in der Anwendung der eigenen sozialpädagogischen Konzepte, was wiederum dazu führte, eigenes Handeln kritisch in kollegialer Kooperation dem jeweiligen Bedarf entsprechend weiter zu entwickeln.

Es gibt nach wie vor Einrichtungen der Suchthilfe im stationären Bereich, die Aussiedler nur mit einer Quote von beispielsweise 10% aufnehmen. Begründet wird dies damit, dass diese Klientel besonders schwierig sei und Konzept und Arbeitsweise der Einrichtung durch einen höheren Aussiedleranteil nicht mehr funktionsfähig wären. In diesen Einrichtungen werden die Grenzen professionellen Handelns durch definierte Defizite der Zielgruppe bestimmt. Anderen Einrichtungen, die nicht nach einer bestimmten Quote aufnehmen, ist es dementsprechend gelungen, ihre Konzepte auf die speziellen Anforderungen der Klientel einzustellen.

Die Fragestellung des fachlichen Umgangs mit als schwierig geltendem Klientel ist aber nicht allein auf die Gruppe der Aussiedler beschränkt, sondern stellt sich immer wieder im Rahmen von sozialer Arbeit. Insofern wird durch solche Herausforderungen eine Einrichtung immer wieder gefordert, Bewährtes und Bestehendes weiter zu entwickeln und hat immer wieder die Gelegenheit, sich neu mit den Absurditäten des eigenen Handlungsfeldes auseinander zu setzen.

Eine dieser Absurditäten im Bereich der Arbeit mit Abhängigen von illegalen Drogen ist, dass man ständig im Spannungsfeld zwischen Krankheits- und Kriminalitätskonzept arbeiten muss. Gerade Aussiedler, denen die Illegalität des Drogenerwerbs einleuchtend ist, fordern hier noch einmal eine klare Stellungnahme von der Beratungsstelle: Es muss vermittelt werden, wie einerseits staatliches Handeln in Form von Förderung der Beratungsstellenarbeit der Drogenabhängigkeit

ein Krankheitskonzept zugrunde legt, während die Strafverfolgung das Konzept der Kriminalität zugrunde legt.

In diesem Spannungsfeld werden dann KlientInnen von Justizbehörden der Beratung und Behandlung zugewiesen, was wiederum eine besondere Herausforderung für BeraterInnen und KlientInnen ist.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass mit dem Projekt PASSpORT eine interkulturelle Handlungskompetenz in der Beratungsstelle weiter entwickelt wurde. Dabei wurde deutlich, dass diese interkulturelle Kompetenz mit sozialpädagogischer Fachkompetenz und deren ständiger Weiterentwicklung einhergeht.

## Literaturverzeichnis

Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht; Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft; Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Band 342); Bonn 1997.

Arnold, Helmut und Schille, Hans-Joachim (Hrsg.): Praxishandbuch Drogen und Drogenprävention; Handlungsfelder – Handlungskonzepte – Praxisschritte; Weinheim und München 2002.

Bade, Klaus J.: Ausländer - Aussiedler – Asyl: Eine Bestandsaufnahme; München 1994;

Bade, Klaus J. und Troen, S. Ilan (Hrsg.): Zuwanderung und Eingliederung von Deutschen und Juden aus der früheren Sowjetunion in Deutschland und Israel; Deutsch-israelisches Symposium am Hubert-Humphrey Institute der Ben-Gurion-University of the Negev in Beer-Sheva, Israel, vom 13.-17. Oktober 91; Bonn 1993.

Barth, Wolfgang und Czycholl, Dietmar: Sucht – Migration – Hilfe; Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe und zur Kooperation von Migrationsdiensten und Suchthilfe; Hrsg.: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. und Fachverband Drogen und Rauschmittel e. V., Geesthacht 2005.

Barth, Wolfgang und Schubert, Christine (Hrsg.): Migration - Sucht – Hilfe; Junge Migranten und Migrantinnen aus der GUS in den Systemen Suchthilfe und Migrationsberatung; Nürnberg 2002.

Bauer, Henning, Kappeler, Andreas und Roth, Brigitte (Hrsg.): Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung von 1897; Quellenkritische Dokumentation und Datenhandbuch; Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Band 32, A; Stuttgart 1991.

Beger, Kai-Uwe: Migration und Integration; Opladen 2000.

Bein, Alex: Die Judenfrage: Biographie eines Weltproblems; Band 1; Stuttgart 1980.

Ben-Sasson, Haim Hillel: Geschichte des jüdischen Volkes; Band I-III, Von den Anfängen bis zur Gegenwart; München 1992.

Black, Claudia: Mir kann das nicht passieren. Kinder von Alkoholikern als Kinder, Jugendliche und Erwachsene; Wildberg 1988.

Boll, Klaus: Kulturwandel der Deutschen aus der Sowjetunion; Empirische Studie zur Lebenswelt russland-deutscher Aussiedler in der Bundesrepublik; Tolksdorf 1993.

Boszormenyi-Nagy, Ivan und Spark, Geraldine M.: Unsichtbare Bindungen: die Dynamik familiärer Systeme; 5. Auflage Stuttgart 1995.

Bundesministerium des Innern: Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 113, Januar 2002; Herausgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen; (BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 113).

Bundesministerium des Innern: Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 114, März 2002; Sonderausgabe „Ehrenamt“; Herausgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen; (BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 114).

Bundesministerium des Innern: Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 115, August 2002; Herausgeber: Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen; (BMI, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 115).

Bundesministerium des Innern: Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik; April 2005.

Bundesverwaltungsamt: Jahresstatistik Aussiedler und deren Angehörige 2002; Alter, Berufe, Religion, Verteilung und Herkunftsländer; Stabsstelle, Statistik-Dokumentation, Köln; (zitiert: BVA: Jahresstatistik Aussiedler 2002, ohne Seitenangaben).

Cropley, Arthur J., Ruddat, Hartmut, Dehn, Detlev, Lucassen, Sabine (Hrsg.): Probleme der Zuwanderung, Band I: Aussiedler und Flüchtlinge in Deutschland; Göttingen 1994.

Dietz, Barbara und Roll, Heike: Jugendliche Aussiedler – Porträt einer Zuwanderergeneration; Frankfurt am Main 1998.

Dietz, Barbara und Hilkes, Peter: Integriert oder isoliert?: Zur Situation rußland-deutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland; München 1994.

Fleischhauer, Ingeborg und Jedig Hugo H.(Hrsg.): Die Deutschen in der UdSSR in Geschichte und Gegenwart, Ein internationaler Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung; Baden-Baden 1990.

Freedmann, Robert O. (Hrsg.): Soviet Jewry in the 1980s: The Politics of Anti-Semitism and Emigration and the Dynamics of Resettlement; London 1989.

Graudenz, Ines und Römhild, Regina: Forschungsfeld Aussiedler: Ansichten aus Deutschland; Europäische Migrationsforschung Band 1; Frankfurt am Main 1996;

Grotzky, Johannes: Herausforderung Sowjetunion; Eine Weltmacht sucht ihren Weg; München 1991.

Gugel, Günther: Ausländer – Aussiedler – Übersiedler; Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland; 4. aktualisierte Auflage, Tübingen Februar 1992.

Halbach, Uwe: Das Sowjetische Vielvölkerimperium; Zürich 1992.

Hess, Rainer und Kranz, Jarden: Jüdische Existenz in Deutschland heute: Probleme des Wandels der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Zuwanderung russischer Juden nach 1989; Berlin 2000.

Ingenhorst, Heinz: Die Rußlanddeutschen, Aussiedler zwischen Tradition und Moderne; In: Campus Forschung, Band 747; Frankfurt am Main/New York 1997.

Kappeler, Andreas, Meissner, Boris und Simon, Gerhard (Hrsg.): Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat; Band 1 der Schriftenreihe Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa; Köln 1987.

Keup, Wolfram: Mißbrauchsmuster bei Abhängigkeit von Alkohol, Medikamenten und Drogen; Freiburg 1993.

Klötzel, Lydia: Die Russlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung, Die Geschicke einer nationalen Minderheit vor dem Hintergrund des wechselhaften deutsch-sowjetischen/russischen Verhältnisses; Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München; In: Münchner Universitätsschriften, Osteuropa-Studien des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft Band 3; Hamburg 1999.

Kluge, Rolf-Dieter: Perestrojka – von innen gesehen; Wiesbaden 1990.

Kornischka, Jürgen: Psychische und soziale Probleme von Spätaussiedlern; Pfaffenweiler 1992.

Kotzian, Ortfried: Die Aussiedler und ihre Kinder; Eine Forschungsdokumentation über die Deutschen im Osten der Akademie für Lehrerfortbildung und des Bukowina-Instituts Augsburg; Augsburg 1991.

Kunschner, Friedhelm: Zwischen zwei politischen Kulturen: Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland; Herausgegeben vom Institut für West-Ost-Studien; Leipzig: Dt. Russ. Zentrum 2000.

Margolina, Sonja: Das Ende der Lügen, Russland und die Juden im 20. Jahrhundert; Berlin 1992.

Margolina, Sonja: Wodka. Trinken und Macht in Russland; Berlin 2004.

Menora; Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1999; Herausgegeben von Julius H. Schoeps, Karl E. Grözinger und Gert Mattenklott im Auftrag des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien; Berlin und Bodenheim bei Mainz 1999.

Mensen, Bernhard (Hrsg.): Russland - Politik und Religion in Geschichte und Gegenwart; In: Vortragsreihe/ Akademie Völker und Kulturen St. Augustin, Bd. 18 1994/95; Nettetal 1995.

Mertens, Lothar: Alija, Die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS; Bochum 1993.

Messmer, Matthias: Die Judenfrage in der Sowjetunion, Ideologische Voraussetzungen und politische Realität 1953 – 1985; In: Konstanzer Schriften zur Schoah und Judaica, Band 1; Konstanz 1992.

Messmer, Matthias: Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus, Entwicklungen in Rußland, der Ukraine und Litauen; In: Konstanzer Schriften zur Schoah und Judaica, Band 3; 1. Auflage; Konstanz 1997.

Mitzka, Herbert: Zur Geschichte der Massendeportationen von Ostdeutschen in die Sowjetunion im Jahre 1945, Ein historisch-politischer Beitrag; 2. verbesserte Auflage; Einhausen 1987.

Münz, Reiner, Seifert, Wolfgang und Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland; Frankfurt am Main und New York 1997.

Pinkus, Benjamin, und Fleischhauer, Ingeborg: Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert; In: Osteuropa und der internationale Kommunismus, Bd. 17; Baden-Baden 1987.

Puskeppeleit, Jürgen (Hrsg.): Migration und Bildungswesen: Aussiedler in der Bundesrepublik – deutsche Minderheit in Osteuropa; Münster 1992.

Rapoport, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern: Judenverfolgung in der Sowjetunion; Berlin 1992.

Reitemeier, Ulrich: Aussiedler treffen auf Einheimische. Paradoxien der interaktiven Identitätsarbeit und Vorenthaltung der Marginalitätszuschreibung in Situationen zwischen Aussiedlern und Binnendeutschen; Tübingen 2006.

Riek, Götz-Achim: Die Migrationsmotive der Russlanddeutschen; Eine Studie über die sozial-integrative, politische, ökonomische und ökologische Lage in Rußland; Von der Fakultät Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Stuttgart zur Erlangung der Würde eines Doktors (Dr.rer.pol.) genehmigte Abhandlung; Stuttgart 2000.

Salman, Ramazan, Tuna, Soner und Lessing, Alfred (Hrsg.): Handbuch interkulturelle Suchthilfe; Modelle, Konzepte und Ansätze der Prävention, Beratung und Therapie; 2. Auflage Gießen 2002.

Schoeps, Julius H., Jasper, Willi, und Vogt, Bernhard (Hrsg.): Ein neues Judentum in Deutschland; Potsdam 1999.

Schoeps, Julius H., Jasper, Willi, und Vogt, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland, Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land; Weinheim 1996.

Schulz, Marlies: Juden in Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, Ein (Exkursions-)Bericht zur Migration von Juden in Berlin; In: Arbeitsberichte des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, Heft 54; Berlin 2001.

Sikora, Joachim (Hrsg.): Aussiedler als Herausforderung und Auftrag für die deutsche Gesellschaft; Bad Honnef 1991.

Silbereisen, Reiner K., Lantermann, Ernst-Dieter, Schmitt-Rodermund, Eva (Hrsg.): Aussiedler in Deutschland: Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten; Opladen 1999.

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Migrantenkinder in der Jugendhilfe; Autorenband 6 der SPI-Schriftenreihe; München 2002.

Srur, Nadya, Meinhardt, Rolf und Knielking, Knut: Streetwork und Case-Management in der Suchthilfe für Aussiedlerjugendliche; in: Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg / Bis, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg (Nr. 17) 2005.

Stachowske, Ruthard: Mehrgenerationentherapie und Genogramme in der Drogenhilfe: Drogenabhängigkeit und Familiengeschichte; Heidelberg 2002.

Stölting, Erhard: Eine Weltmacht zerbricht: Nationalitäten und Religionen in der UdSSR; Frankfurt am Main 1990.

Strobl, Rainer, Kühnel, Wolfgang: Dazugehörig und ausgegrenzt, Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler; Weinheim und München 2000.

Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften; Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht; 2. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage Weinheim und München 1999.

Voigtel, Roland: Rausch und Unglück - Die psychischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Sucht; Freiburg im Breisgau 2001.

Wendt, Hartmut (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland - Prozesse und Herausforderungen; Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft; Wiesbaden 1999.